DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 13. Juli 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 160 - 28. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 90,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Stahlhilfe: Der Düsseldorfer CDU-Fraktionschef Worms will den Kanzler zur Koordinierung der Stahlhilfe zwischen Bund und Ländern veranlassen. Ziel: gesunde Struktur durch politische Vorgaben. Bremer Bürgermeister Koschnick fordert persönliches Eingreifen Kohls zugunsten der Werften.

Genscher: Der Außenminister informierte in Washington Präsident Reagan und Amtskollegen Shultz über Moskau-Reise. Volle Zufriedenheit der USA mit Haltung Kohls.

Nachrüstung: Die mögliche Stationierung von Mittelstreckenwaffen ist nach Ansicht Justizminister Engelhards „durchaus verfassungskonform"; auch seien weder ein Gesetz noch eine Volksbefragung vorher nötig.

Sowjet-Hochrüstung: Der Warschauer Pakt kann 1000 Ziele in Europa atomar vernichten, berichtet die Bundesregierung. Nukleare und konventionelle Rüstung gehen im Osten unvermindert weiter.

Rogers: Bei einem sowjetischen Angriff auf Westeuropa wäre wegen konventioneller Schwäche des Westens ein Atomkrieg unvermeidbar, meint NATO-Befehlshaber General Rogers. Einzige Alternative zum Einsatz taktischer Nuklearwaffen wäre Kapitulation.

Demonstrationsrecht: Generalbundesanwalt Rebmann hat die Kritik von Bundesgerichtshof-Präsident Pfeiffer zurückgewiesen. Die geplanten Änderungen seien ausgewogen und ein Mindestmaß dessen, was der Staat zur Verteidigung gegen Anarchisten brauche.

Strauß – Polen: Der CSU-Vorsitzende Strauß ist bei seiner privaten Polen-Reise auch zu Treffen mit Politikern bereit. Das erklärte Strauß dem Botschafter Olechowski.

Arbeitsmarkt: Präsident Stingl will trotz Kritik von Strauß am Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit festhalten.

USA – China: US-Verteidigungsminister Weinberger reist möglicherweise im September nach Peking. China und USA verhandeln auch über eventuelle Zusammenarbeit in der Kernenergie.

Heute: Außenminister Genscher zu Gesprächen mit Parteichef Schiwkow nach Bulgarien. – Abstimmung über Todesstrafe im britischen Unterhaus. – Bundeskabinett berät über Veränderung des Demonstrationsrechts und über Atomentsorgung bei Gorleben. – Ohne Einigung der EG-Fischereiminister tritt Hering-Fangverbot in Kraft.

ZITAT DES TAGES



» Wir wollen keinen heißen Herbst herbeireden. Wir sind jedoch für besondere Ereignisse gerüstet. «

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann zu möglichen Demonstrationen gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen.
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Konjunktur: OECD sieht USA mit real drei Prozent Wachstum 1983 (4,5 Prozent 1984) an der Spitze der Wiederbelebung. Für die Bundesrepublik erwartet sie 1,75 Prozent, während Bonn mit 2,5 Prozent rechnet.

Dollar: Neuer Jahreshöchststand mit 2,5898 DM. US-Finanzminister Donald Regan erwartet bald Sinken des Kurses.

Zinsen: Bankenverbände sehen gute Aussichten für deutsche Zinsentwicklung.

Japan: Lambsdorff wirbt um Verständnis für Begünstigung der Berliner Motorrad-Hersteller in den USA. – Haushalt mit nur 1,01 Prozent Steigerung bei 6,8 Prozent Steigerung des Wehretats verabschiedet.

Berlin-Flugverkehr: Mehr als zwei Millionen Reisende im ersten Halbjahr 1983, Rückgang auf 2,7 Prozent gegen Vorjahr stabilisiert.

EG: Neue Verhärtung Europa-USA befürchtet, nachdem EG sich nicht zum Abbau der Zinssubventionen durchringen konnte.

Börse: An den Aktienmärkten schwächten sich die Kurse stark ab. WELT-Aktienindex 142,5 (144,6). Auch am Rentenmarkt war die Tendenz nachgebend. Goldpreis je Feinunze 429,00 (430,50) Dollar.

KULTUR

Entdeckung: Erstmals wurde eine Protuberanz (Riesengaswolke) über einem Stern der Milchstraße von dem jungen deutschen Astronomen Klaus-Peter Schröder (Hamburg) nachgewiesen; Protuberanzen wurden bisher nur bei der Sonne erkannt.

China: ein 2400 Jahre alter Grabschatz mit mehr als 7000 Jade-, Bronze- und Bambusgegenständen wurde in der Provinz Hubei entdeckt.

Bettina Hürlimann: Die Schweizer Verlegerin von Kinder- und Jugendbüchern starb 74jährig in Zollikon bei Zürich.

Kabel-TV: Bayern bildet Arbeitsgruppe für Gesetz über öffentlich-rechtliche Dachanstalt. Landesweite Freigabe ohne „Pilotprojekte" geplant.

Gustav Bodechtel: Der weltberühmte Neurologe starb mit 84 Jahren in München.

SPORT

Radsport: Bei der 70. Tour de France vollzieht sich der Niedergang der holländischen Stars. Zwei Ex-Weltmeister gaben bereits auf. Das ist das Ergebnis einer Zwischenbilanz.

Fußball: Trotz der Angriffe von Torwart Schumacher bleibt Michels Trainer beim 1. FC Köln. Schumacher steht aber zu seinen Vorwürfen, der nächste Ärger ist bereits programmiert.

AUS ALLER WELT

Bildschirmgeräte: Keine Beweise für Augenerkrankungen durch Arbeit an Bildschirmgeräten fand eine Studiengruppe des Institute of Technology in Georgia (USA) nach zweijährigem Studium heraus. Streßprobleme könnten jedoch durch schlechte oder falsch aufgestellte Geräte entstehen.

Korsika: In der Nacht zum Dienstag wieder neun Sprengstoffanschläge, vor allem gegen Autos und Wohnungen zugereister Franzosen.

Wetter: Wieder sonnig und trocken mit Temperaturen bis 33 Grad, im Norden nur noch um 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Worms will Kohl sein Konzept für Stahlindustrie vortragen

Subventionen nur bei Einhaltung der staatlichen Auflagen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Bernhard Worms (CDU) dringt auf eine Gemeinschaftsaktion von Bund und Ländern, um eine umfassende Sanierung der Stahlindustrie zu erreichen. Worms kündigte in einem Gespräch mit der WELT an, er wolle noch in dieser Woche das Ergebnis von Sondierungen mit führenden Persönlichkeiten der Stahlbranche Bundeskanzler Helmut Kohl vortragen und den Kanzler davon überzeugen, daß es höchste Zeit sei, einzugreifen.

Der von Agonie bedrohten Branche kann nach Einschätzung der nordrhein-westfälischen CDU nur mit einer umfassenden Konzeption geholfen werden.

Das von Worms unterstützte Konzept sieht vor, Subventionen nur dann zu leisten, wenn sich die Firmen an die staatlichen Vorgaben halten. Das schließt auch eine Bestandsgarantie für mittelständische Unternehmen ein. Dies ist ein anderer Weg als der des Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff (FDP), der Subventionen dann geben will, wenn Umstrukturierungen mit Kapazitätsabbau betrieben wird. Aber irgendwelche Auflagen, daß dabei Unternehmenübergreifendes passieren müsse – Fusionen etwa – macht er nicht. Die Gestaltung der Strukturkonzepte soll allein die Sache der Unternehmen bleiben, meint der Wirtschaftsminister. Demgegenüber steht Worms auf dem Standpunkt, der Staat dürfe „kein Geld aufbringen, um Arbeitsplätze zu vernichten".

Im einzelnen sieht das Konzept vor:

Die Max-Hütte in Bayern bleibt unangetastet – auch darauf hoffend, daß die bayerische Wirtschaft stark genug ist, um die Hütte zu stützen. Ministerpräsident Franz Josef Strauß fordert zwar auch von Bonn eine rasche Entscheidung über ein umfassendes deutsches Stahlkonzept, nimmt aber für die Max-Hütte auch Bonner Hilfe in Anspruch.

Strauß schrieb in der vergangenen Woche Kohl direkt an und forderte Soforthilfemaßnahmen des Bundes für die Max-Hütte nach dem Arbed-Vorbild an, denn „die Lage spitzt sich bedrohlich zu". Jetzt erläuterte er in München ergänzend: „Wir hoffen, daß die Finanzierung des nicht in unserer Verantwortung liegenden Teils durch baldige Bonner und Brüsseler Entscheidungen erfolgt. Wir halten 21 Millionen Mark nach wie vor bereit."

Die beiden Korf-Stahlunternehmen in Hamburg und Kehl bleiben ebenso unangetastet. Im Gegensatz zu den Stahl-Moderatoren, die eine Fusion Klöckner/Hoesch/Salzgitter und eine zweite für Thyssen/Krupp vorschlugen, sind nun Erörterungen im Gespräch, nach denen sich Klöckner ganz aus dem Stahlbereich zurückziehen sollte. Das bedeutet, daß ein Verbund Krupp/Thyssen die Klöckner-Hütten und die Stahlquoten von Klöckner übernehmen müßte.

Eine Fusion Thyssen und Krupp, so die Überlegungen weiter, sei ein potenter und stabiler Marktfaktor

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Stahl-Appell an Kohl

JOACHIM GEHLHOFF

Es ist offensichtlich mehr als nur ein weiteres der vielen unternehmensfernen Gedankenspiele über das „Wer mit Wem" aus Politikermund, was der CDU-Oppositionsführer Worms im SPD-geführten größten Stahl-Bundesland zur Umstrukturierung der krisengeschüttelten deutschen Stahlunternehmen in die Öffentlichkeit trägt. Der Mann hat sich, wenn auch nicht bei allen Betroffenen, über das Machbare informiert. Und er hat das Ohr des Kanzlers, dem er jetzt das Stahlproblem aus erster Hand vortragen kann.

Der wichtigste Punkt in den Überlegungen von Worms ist, daß Subventionen nur dann geleistet werden sollen, wenn sich die Firmen an die staatlichen Vorgaben halten. Die deutsche Stahlpolitik braucht den Durchbruch in eine neue Dimension, den nur noch die Richtlinienkompetenz des Kanzlers schaffen kann. Beweis aus dem Gegenteil: Der kategorische Verzicht des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff, die unerläßlichen Milliarden-Hilfen für die Branche an die Erfüllung eines vernünftigen Strukturkonzepts der Unternehmensfusionen zu binden, hat mittlerweile ein heilloses Wirrwarr angerichtet.

Da kämpfen nun mit Hilfsanträgen und Bürgschaften alle Unternehmen, die Bundesländer und auch schon alle stahlbetroffenen Gemeinden gegeneinander – „bald auch schon Stadtteile gegen Stadtteile", resümieren durchaus realitätsnahe Spötter. Die Stahlunternehmen selbst, durch die Subventionsseuche ihrer Nachbarn in der Europäischen Gemeinschaft ausgeblutet und deroutiert, haben längst nicht mehr die Kraft, allein die notwendigen und vernünftigen Fusionskonzepte durchzusetzen. Fast jeder hofft auf den Zusammenbruch des anderen, um selbst überleben zu können.

Überleben aber kann diese in der Welt immer noch hochmoderne und nur durch die europapolitischen Sünden der Bonner SPD-Ära in Not geratene Industrie allein mit einem Aufbruch zu neuen Strukturen. Wird das Gegenteil praktiziert, so entstehen nur teure Dauer-Subventionsempfänger nach dem an der Saar schon vorexerzierten traurigen Exempel.

Wer zahlt, schafft an. Das ist, auf kurzen und groben Nenner gebracht, die stahlpolitische Herausforderung an den Kanzler. Auf seinen Wirtschaftsminister kann er in diesem Punkt nicht mehr rechnen. Auch das wird ihm wohl sein Parteifreund Worms mit Beispielen der Not klarmachen.

Rechte in Polen bleiben eingeschränkt

Keine Hoffnung auf Gewerkschaftsfreiheit nach Aufhebung des Kriegsrechts

cgs/DW. Wien/Warschau

Die erwartete Aufhebung des Kriegsrechts in Polen wird keine Rückkehr zu der Situation bringen, wie sie vor dem 13. Dezember 1981 bestand. Sie wird, wie von offizieller polnischer Seite betont wird, nicht mit einer Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit und erst recht nicht mit der Wiederzulassung der „Solidarität" verbunden sein. Die Regierung soll auch in Zukunft außerordentliche Vollmachten haben, um gegen die Opposition im Lande vorgehen zu können.

Möglicherweise schon in den nächsten Tagen wird der Sejm der Regierung die Aufhebung des Kriegsrechts vorschlagen. Einige westliche Diplomaten erwarten jedoch lediglich die Ankündigung der Kriegsrechtsaufhebung im September – und das nur unter der Voraussetzung, daß der Monat August friedlich verlaufe. Im August jährt sich zum dritten Mal die Streikwelle, die zur Gründung der „Solidarität" führte.

Auch der Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, hatte sich zurückhaltend zur Aufhebung des Kriegsrechts geäußert: „Ich glaube, daß der Nationalfeiertag (22. Juli) mit der Erwartung einer Aufhebung des Kriegszustands verbunden ist". Und er fügte hinzu: „Ich denke, die Amnestie wird das Ergebnis einer solchen Maßnahme sein." Auf Zusatzfragen von Journalisten über den Geltungsbereich einer solchen Regelung erwiderte der Kardinal: „Die Amnestie ist eine allgemeine und die Akte des Straferlasses werden spezifisch sein." Beobachter schlossen daraus, daß Glemp damit rechnet, einige Gewerkschafter oder Angehörige des regimekritischen „Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR) würden unabhängig von der Amnestie im Gefängnis bleiben. Dies betrifft vermutlich vor allem Jacek Kuron und Adam Michnik.

Primas Glemp dementierte, daß er in Kürze mit Partei- und Regierungschef Jaruzelski zusammentreffen werde. Die von westeuropäischen katholischen Bischofskonferenzen geplante Hilfe für die polnische Landwirtschaft sei gegenwärtig noch nicht Gegenstand von Beratungen mit der Regierung, sagte der Kardinal weiter.

Auf der Tagesordnung der morgen beginnenden Sitzung des Sejm stehen neben Wirtschaftsfragen auch Änderungen der Verfassung. Regierungssprecher Urban bestätigte, es gehe um eine Garantie für die private Landwirtschaft, die Verankerung der „Patriotischen Bewegung zur nationalen Wiedergeburt" in der Verfassung sowie möglicherweise um ein „Notstands- oder Ausnahmerecht".

Den USA will Polen nach Urbans Angaben „zu gegebener Zeit" eine Rechnung für die Verluste präsentieren, die der in Warschauer Augen „einseitige Bruch" bilateraler Vereinbarungen durch die Wirtschaftssanktionen gebracht hat. Vor einer Normalisierung der Beziehungen zu den USA müßten auch die Sender „Stimme Amerikas" und „Radio Freies Europa" ihre „Einmischung" unterlassen.

Seite 2: Kriegsrecht, Friedensbluff

Genscher glaubt an Durchbruch bei der KSZE

BERNT CONRAD/DW. Bonn

Nach Gesprächen in Washington rechnet Bundesaußenminister Genscher mit einem endgültigen Durchbruch bei der Madrider KSZE-Folgekonferenz schon in den nächsten Tagen. Genscher, der gestern wieder in Bonn eintraf, hatte nunmehr Grund zu der Annahme, daß sich auch die USA rasch dem Kompromiß anschließen, an einer feierlichen Außenministerschlußsitzung teilnehmen und damit einen weiteren wichtigen Ost-West-Kontakt nutzen werden, hieß es in diplomatischen Kreisen in Bonn.

Mit Genugtuung wurde in Bonn die große Übereinstimmung in der Einschätzung des Moskau-Besuches des Bundeskanzlers Helmut Kohl durch die USA und die Bundesrepublik registriert. Dazu gehörte auch die Stellungnahme eines höheren US-Regierungsbeamten, der in Washington die „klare und genaue Position" Kohls in Moskau hervorgehoben hatte. Im Unterschied zu „Mißtrauen, Skepsis und Besorgnis" bei früheren Reisen von Bundeskanzler Helmut Schmidt habe man die Kohl-Reise diesmal „mit vollem Vertrauen" verfolgt.

Genscher hat in Washington auch noch einmal für ein Gipfeltreffen des US-Präsidenten Reagan mit Staats- und Parteichef Andropow geworben. In der Frage der Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen vertrat Genscher die Ansicht, der Spielraum Moskaus sei noch nicht erschöpft. Hier gehe es keineswegs um „ein Wunder", sondern um „konstruktives Verhalten". Der Minister äußerte die Hoffnung, daß die Sowjets die Genfer Verhandlungen nicht länger durch die Forderung nach Einbeziehung der französischen und englischen Systeme blockieren.

„Stationierung im Einklang mit Verfassung"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die mögliche Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen ist nach den Worten von Bundesjustizminister Hans Engelhard „durchaus verfassungskonform". In einer gestern in Bonn veröffentlichten Analyse kommt der Minister zu dem Schluß, daß ihr weder rechtliche noch gesetzliche Hindernisse entgegenstehen. Bundesjustizminister Hans Engelhard widersprach damit indirekt den Bundesrichtern Helmut Simon und Heinz Recken, die sich unlängst kritisch zum Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses geäußert hatten.

Der FDP-Politiker betonte, mit ihrer Zustimmung zur möglichen Stationierung nehme die Bundesregierung „ihre Pflicht zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger wahr". Engelhard: „Die Stationierung soll gerade dazu dienen, die Abschreckung wirksamer zu gestalten und einen Angriff auf die Bundesrepublik und die übrigen NATO-Staaten von vornherein zu verhindern."

Gleichzeitig wandte er sich gegen die Ansicht der Doppelbeschlußgegner, eine Raketenaufstellung sei nur aufgrund eines Gesetzes möglich. Eine gesetzliche Regelung, so Engelhard, könnte der Pflicht zum Schutz des Lebens zuwiderlaufen, weil die erforderlichen Maßnahmen zur Abschreckung und Verteidigung nicht vom Gegner schon vorher berechenbar sein dürften.

Auch eine Bürgeranhörung, wie sie die Grünen per Gesetzesinitiative fordern, sei, so der Bundesjustizminister, „verfassungsrechtlich nicht zulässig". Denn sie laufe auf eine „konsultative Volksbefragung" hinaus.

Anklage gegen „Antifa-Gruppen"

Wuppertal als neues Zentrum der anarcho-terroristischen Szene in Nordrhein-Westfalen?

WERNER KAHL, Düsseldorf

Der Verdacht der Sicherheitsbehörden, daß sich im Ruhrgebiet eine neue terroristische Vereinigung gebildet hat, ist durch polizeiliche Ermittlungen am vergangenen Sonntag in Wuppertal bestärkt worden. Unter den 104 aus dem Bundesgebiet angereisten und zur Identitätsfeststellung vorübergehend festgenommenen Teilnehmern eines „Nachbereitungstreffens" zu den Krefelder Krawallen befanden sich nach Angaben der Staatsanwaltschaft auch mehrere Mitglieder der linksradikalen Vereinigung „Antifa-Gruppen".

Gegen elf junge Leute aus Wuppertaler Wohngemeinschaften ist wegen Mitgliedschaft in dieser terroristischen Vereinigung vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht Anklage erhoben worden. Die Ziele der Vereinigung seien darauf gerichtet, so Oberstaatsanwalt Rosenbaum gestern auf Anfrage der WELT, „den Staat kaputtzumachen. Das Beweismaterial dazu haben wir in der Hand."

Die Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft werfen zusammen mit den jüngsten polizeilichen Erkenntnissen aus dem Wuppertaler „Nachbereitungstreffen" ein Schlaglicht auf Wuppertal als neues Zentrum der anarcho-terroristischen Szene in Nordrhein-Westfalen. Nach der Erkenntnislage der Anwaltschaft sei in verschiedenen Wuppertaler „Kommunikationszentren", aber auch in Jugendtreffs benachbarter Ruhrstädte das Umfeld für Angriffe gegen den Staat, die Justiz, die Bundeswehr und die NATO rekrutiert worden.

Bei den Angeklagten handele es sich um mehrere Studenten, ehemalige Lehrlinge mit abgebrochener Lehre, einen Lagerarbeiter, einen Tischlergesellen sowie einen Berufslosen. Sie werden beschuldigt, Anhänger der terroristischen Vereinigung zu sein, die unter dem Sammelbegriff „Antifa-Gruppen" anonym auftritt.

Seit Ende 1979 hätte die terroristische Vereinigung zum Kampf gegen den Staat aufgerufen. Vom Frühjahr 1980 an eskalierten die Aktionen. Brandanschläge auf Firmen sowie Büros der demokratischen Parteien und auf das Wuppertaler Grundbuchamt sollen auf ihr Konto gehen. Bei einem Anschlag auf das Kreiswehrersatzamt konnte einer der Täter verhaftet werden. Die Anklageschrift gegen die terroristische Vereinigung hat 60 besonders gravierende Fälle aufgezählt.

Anfang der 70er Jahre hatte es im Ruhrgebiet Ansätze zur Bildung einer „Roten Ruhr-Armee" gegeben. Sie sollte in Deutschlands größtem Industrierevier Unruhe stiften. Die von Sicherheitsexperten immer wieder als unzureichend kritisierte Aufklärungstätigkeit des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes im Terrorismus begünstigte anscheinend die Entfaltung neuer extremistischer Gruppen. Bei den nun laufenden weiteren Ermittlungen gegen die „Antifa-Gruppen", die bislang in 40 Aktenbänden registriert sind, soll geklärt werden, ob sich hinter dieser Bezeichnung in Wirklichkeit die „Revolutionäre Zelle" (RZ) für das Ruhrgebiet befindet.

Noch immer „Kopfgeld" für Deutsche?

Vertriebene: Ausreiseformulare in Rumänien für 8000 Mark / Bonn: Private Machenschaften

AP, München

Auch nach dem mit Bonn vereinbarten Verzicht Rumäniens auf die Rückzahlung der Ausbildungskosten deutscher Aussiedler werden von den rumänischen Behörden zur Zeit immer noch „Kopfgelder" in Höhe von 8000 Mark kassiert, bevor eine Ausreise-Erlaubnis erteilt wird. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Fritz Wittmann, Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Bayern, schilderte gestern vor Journalisten in München Einzelheiten des Bukarester Vorgehens.

Allein in diesem Monat, so Wittmann, seien rund zehn Millionen Mark solcher Gelder von Privatpersonen in der Bundesrepublik Deutschland an rumänische Strohmänner gezahlt worden. Bei diesen soll es sich in der Regel um Rechtsanwälte handeln, die das Bargeld entgegennehmen, das die Verwandten der Aussiedler meist in Koffern nach Rumänien bringen.

Bundesaußenminister Genscher hatte Anfang Juni bei einem Besuch in Bukarest die Zusage der rumänischen Regierung erhalten, daß das Ausbildungsgeld vom 1. Juli an nicht mehr zurückgezahlt werden müsse. Im Gegenzug hatte die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklärt, sich an der Umschuldung Rumäniens zu beteiligen, nach deren Vollzug wieder Bürgschaften zu gewähren und Kreditmöglichkeiten für industrielle Großprojekte in Rumänien zu schaffen.

An diese Abmachung aber, so Wittmann und Vertreter der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, hielten sich die rumänischen Behörden nicht. Wer nicht bezahle, erhalte die Auskunft, daß die Formulare zur Beantragung einer Ausreise-Erlaubnis wegen Papiermangels ausgegangen seien.

Wittmann sagte, die rumänische Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland habe sogar noch Gelder von Aussiedlern kassiert, die schon in der Bundesrepublik seien – wenn diese zum Beispiel um Entlassung aus der rumänischen Staatsbürgerschaft nachsuchten. Da seien noch die 3700 Dollar für das Abitur gefordert worden, obwohl die Verhandlungen über die Nichtanwendung des Dekrets zur Rückzahlung der Ausbildungskosten zwischen der Bundesrepublik und Rumänien schon abgeschlossen gewesen seien.

Vertreter des Bundes der Vertriebenen berichteten auch von neuen Schikanen gegen die noch in Rumänien lebenden 300 000 Deutschen, die zu mehr als 95 Prozent in die Bundesrepublik übersiedeln wollten. So dürften sie nach einem alten Dekret, das jetzt wieder angewandt werde, keine Schreibmaschinen besitzen, dürften ihre Möbel, ihr Vieh und ihre landwirtschaftlichen Produkte nicht verkaufen, obwohl es um die Versorgung in Rumänien schlechter bestellt sei als in Polen.

Im Bonner Auswärtigen Amt wurde die Ansicht vertreten, daß es sich bei den in Rumänien verlangten Geldern nicht um eine Neuauflage der von Bukarest nach Vereinbarung mit Bonn abgeschafften „Ausbildungssteuer", sondern um „private Machenschaften" handele. Dabei würden Schmiergelder verlangt und gezahlt, damit in Rumänien lebende Deutsche möglichst noch in diesem Jahr die Ausreisegenehmigung erhielten. Bonner Diplomaten meinten, es sei Aufgabe jedes einzelnen Betroffenen – auch im Interesse der anderen ausreisewilligen Deutschen –, diese Machenschaften zu unterbinden, indem man keine Schmiergelder zahle.

Vermutlich wird das Problem auch noch auf amtlicher Ebene mit der rumänischen Regierung besprochen werden, hieß es in Bonn.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kriegsrecht, Friedensbluff

Von Carl Gustaf Ströhm

Die bevorstehende Aufhebung des Kriegsrechts in Polen wird zum Gesprächsstoff für die westliche Öffentlichkeit und zum Propagandathema des polnischen Regimes. Primas Glemp ließ erkennen, daß er mit einer solchen Aufhebung rechnet. Der polnische Sejm will das Thema „diskutieren". Am 22. Juli soll es dann soweit sein.

Alle, auch die katholische Kirche, sind sich jedoch darüber im klaren, daß diese „Aufhebung" und „Normalisierung" keineswegs die Rückkehr zu den Zuständen bedeutet, wie sie vor dem 13. Dezember 1981 oder sogar dem August 1980 in Polen bestanden. Es wird keine Legalisierung der Gewerkschaft „Solidarität" geben. Es wird nicht einmal die Möglichkeit geboten, den seinerzeitigen „halblegalen" Zustand des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" (KOR) wiederherzustellen, wie er in der Amtszeit des Parteichefs Gierek bestand.

Mehr noch: Aus Glemps Worten läßt sich entnehmen, daß es zwar eine Amnestie für gewisse politische Häftlinge geben soll, daß aber keineswegs alle Inhaftierten mit ihrer Freilassung rechnen können. Die „bösen Buben" des Regimes, wie etwa Jacek Kuron und Adam Michnik, bleiben weiterhin hinter Gittern und dürften wahrscheinlich einem Schauprozeß entgegensehen.

Es bleibt also bei der „Okkupation", auch wenn die Militärverwaltung formell von einer Zivilverwaltung abgelöst wird. Das aber bedeutet auch das Weiterschwelen aller Probleme, welche zu den Ereignissen von 1980 und 1981 geführt haben. Das Warschauer Regime muß schon aus Gründen seines internationalen Prestiges in Politik und Wirtschaft möglichst so tun, als sei alles normal. Daß aber jene Kräfte, die in Polen als Gegner des Systems hervortraten und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren, nun plötzlich einfach verschwunden sein sollen – daran werden selbst die kühnsten Optimisten und westlichen Kreditgeber nicht recht glauben können.

Schweizer Beharrlichkeit

Von Heinz Barth

Arbeitsam zu sein, hat die fleißigen Schweizer noch nie mit Komplexen belastet. Die Schweiz, entnehmen wir der „Neuen Zürcher Zeitung", sei „zweifellos" gut beraten, ihre Widerstandskraft gegen etwaige Schwächeanfälle der Weltwirtschaft „mit gebotener Beharrlichkeit" zu stärken.

Da schau einer her. Kaum steigt die Schweizer Arbeitslosigkeit von 0,5 auf schwindelerregende 0,8 Prozent, schon muß ohne Aufregung, aber mit Beharrlichkeit etwas geschehen, um noch größeres Übel von den Eidgenossen fernzuhalten Zum Beispiel durch rigorose Beschränkung fremder Arbeitskräfte. Welcher Sturm der Empörung würde wohl über Bonn hinwegfegen sollte es wagen, die Fremdarbeiterpolitik Berns, kühl im *Herzen wie die Tresore der Bahnhofstraße, zu imitieren* und dies noch ungeniert mit „staatspolitischen Erwägungen" zu rechtfertigen?

Und das ist nicht alles. Jetzt hat die Schweizer Metallindustrie ihren „ewigen Frieden" von 1937 mit den Arbeitnehmern um weitere fünf Jahre verlängert. Es bleibt wegen schlechter Marktlage bei der 42-Stunden-Woche – in einem Land, in dem ohnehin im Schnitt länger als in anderen Industriestaaten, nämlich 44,3 Stunden, gearbeitet wird.

Der Spielraum für materielle Verbesserungen sei gering geworden, meinten auch die Gewerkschaften. Ihre Hoffnungen auf die 40-Stunden-Woche stellten sie erst einmal bis 1988 zurück. Auch dann gibt es noch keinen vollen Lohnausgleich, sondern eine Kürzung des Wochenlohnes um 1,2 Prozent.

Interessant, nicht wahr? Da fragt man sich, warum das Leben im Wohlstand die wackeren Schweizer nicht so arbeitsmüde gemacht hat wie andere,die sich des Wohlstandes noch nicht so lange erfreuen. Haben sie vielleicht die realistischeren Gewerkschaftler? Erzog sie die Gewöhnung an den materiellen Wohlstand zu mehr Gelassenheit und Sicherheit? Hier müssen wir Bertolt *Brechts Aussage differenzieren. Nicht* alle, *die im* Wohlstand leben, leben gleich angenehm.

Samantha und Irina

Von Enno v. Loewenstern

Süß, die kleine Samantha. Auf der Krim trug sie sogar eine Uniform der Jungen Pioniere. Wer wird da nicht an die Bräuche der Kaiser und Könige von einst erinnert, zu Ehren des Gastgebers die Uniform eines Regiments *im Lande anzuziehen? Samantha Smith, 11,* aus Manchester (US-Staat Maine) ist zwar keine Königin, aber es läßt sich königliche Publicity mit ihr machen.

Vor einigen Wochen hat das Mädchen an Andropow geschrieben und ihn gefragt, warum sein Land den Atomkrieg wolle. Andropow selber hat geantwortet, die UdSSR wolle den Frieden, und auf daß Klein Samantha sich davon überzeugen könne, lud er das Kind mit seinen Eltern zu einer Umschau in die UdSSR ein. Und sie wurde als Staatsgast empfangen: Tschaika-Limousine am Flugplatz, Junge Pioniere mit Blumensträußen, und dann ab auf die schöne sommerliche Krim.

Soweit bekannt ist, stehen auf der Krim keine Atomraketen. Samantha kann also daheim dem Fernsehpublikum berichten, sie habe nur Frieden in der UdSSR gesehen.

Und, natürlich, strahlendes kindliches Glück. Denn man gab ihr sogar eine zuverlässige elfjährige Gesellschaftsdame bei, Natascha Krischina aus Simferopol auf der Krim. Man hätte auch eine Zwölfjährige aussuchen können, Irina Tarnopolskaja aus Charkow. Dieses Mädchen hat auch an Andropow geschrieben, nachdem es von Samantha aus dem Sowjet-Fernsehen erfuhr, aber nicht ein nettes dummes Brieflein über allgemeine Weltversöhnung, sondern eine ganz konkrete Bitte: Er möge doch ihren Vater freilassen, den Physiker Jurij Tarnopolskij, eingesperrt wegen seines Eintretens für die Emigration jüdischer Sowjetbürger nach Israel.

Aber Irina bekam keine Antwort – oder doch: Ihr Vater wurde zu drei Jahren Haft verurteilt. Und Samanthas Reiseroute führt am prosaischen Charkow vorbei. Auch der charmante Briefpartner Andropow nämlich kennt die erste und wichtigste Regel des Fernsehens: Die im Dunkel sieht man nicht.



Der Hund muß doch wachzukriegen sein!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ausstieg ins Nichts

Von Peter R. Hofstätter

Der Gedanke an eine psychiatrische Heil- und Pflegeanstalt löst nicht nur bei Laien in einem so hohen Maße Angst und Ekel aus, daß man entweder versucht, ihn ganz und gar zu verdrängen, oder daß man sich stark macht für die völlige Abschaffung solcher Institutionen. In Italien hat der Gesetzgeber 1978 diesen Weg eingeleitet. Der Ansatz, den Franco Basaglia zu Beginn der siebziger Jahre in Triest verwirklichen konnte, ist problematisch, und es kann sein, daß er im großen und ganzen das Elend von psychiatrischen Patienten vergrößert, obwohl er deren Leben menschenwürdiger zu gestalten beabsichtigt.

Tatsächlich haben sich jedoch die Belegzahlen der Irrenanstalten in dem Vierteljahrhundert zwischen 1955 und 1980 dank der Entwicklung zahlreicher und sehr spezifisch wirksamer Psychopharmaka fast überall in der westlichen Welt sehr deutlich verringert. In den USA gingen sie auf weniger als ein Viertel zurück. Man konnte aufatmen und hoffte auf weitere Fortschritte. Nun aber strömen mit einem Mal in die entleerten Anstalten neue Patienten in großer Anzahl. Mehr als 150 000 sollen es pro Jahr sein, und davon gehören erschreckend viele – rund 70 000 – einer Population an, die man bisher als recht gesund und widerstandsfähig eingeschätzt hat: der Altersgruppe zwischen 18 und 34.

Die neuen Patienten kommen zu einem erheblichen Teil aus der Hippie-Bewegung, die am Rande des allgemeinen Wohlstandes ihre Glücks- und Naturphantasien eine Zeitlang *ausleben konnte. Natürlich,* Haschisch und andere Drogen spielten dabei auch eine Rolle, aber die Bewunderer der Hippies versuchten, ihren Einfluß für eine völlige Freigabe dieser Mittel geltend zu machen. Wenn nicht schon früher, so müßten sie jetzt einsehen, wie töricht, ja unverantwortlich, ihr Engagement war.

Die neuen Patienten sind zu einem *großen* Teil Straßenexistenzen ohne einen festen Bezugspunkt – sei es in der Familie, sei es in einem Beruf. Beides haben sie abzulehnen gelernt als Zwangsmechanismen des bürgerlichen Lebens in einer – wie ihre Verführer sagten – inhumanen industriellen Ausbeutergesellschaft. Die neue Zeit, ihre Zeit, so meinten sie, orientiere sich nicht mehr an den sogenannten Sekundärtugenden von Arbeit, Fleiß, Ordnung und Pünktlichkeit, sondern nur mehr an Selbstverwirklichung und Aufgeschlossenheit für den *zwischenmenschlichen Kontakt.* Zunächst konnte man in so parasitärer Weise sein Leben in der Hochkonjunktur einigermaßen fristen. Dann aber kam die Rezession, und damit mußte die bunte Seifenblase zerplatzen.

Aber selbst in den USA setzt das Umdenken erst allmählich angesichts des massenhaften Elends der neuen Patienten ein. Diese erweisen sich als ganz besonders schwierig, da sie offenbar nie gelernt haben, wie man sich in ein geordnetes System einfügt, wie man als Patient ärztlichen Anweisungen *folgt* und *Ratschläge der* Pfleger beherzigt.

Das Anstaltspersonal sieht sich ganz neuen Problemen gegenüber, denn bisher waren die Langzeitpatienten eher passiv und meistens auch willig, während die neuen Patienten aggressiv, renitent und sehr unruhig sind. Diagnostiziert werden sie als Schizophrene und meist Depressive; aber das besagt nicht viel, weil sie – gemessen an den klassischen Krankheitsbildern – neue Formen dieser Krankheiten darstellen, die auch auf die bisher erprobten Heilmittel, Therapieformen und Psychopharmaka nicht in der erwarteten Weise ansprechen.

Das liegt einerseits an dem ausgedehnten Drogenkonsum, den die meisten hinter sich haben und heimlich fortzusetzen trachten; zum anderen an einem Defekt ihrer Sozialentwicklung. Sie haben die Auseinandersetzungen mit der älteren Generation – symbolisch repräsentiert durch den „Vater" – nie wirklich erlebt; sie sind ausgestiegen und konnten nicht wissen, daß das für viele von ihnen der Weg ins Nichts, ins Elend des Irreseins sein würde.

In den nächsten Jahren wird es wegen dieser neuen Patienten zunächst in den USA, dann auch bei uns, ein großes Erschrecken geben. Die Aussteiger, die sich der Natur so nahe fühlten, waren zum Teil sicher *schon anlagemäßig gefährdet,* das heißt zur Krankheit disponiert. Darüber hinaus sind viele von ihnen erkrankt, weil sie keine Gelegenheit hatten, die Widerstandskräfte zu entwickeln, die Menschen nun einmal brauchen. Ihre Bewunderer, die ihnen zuliebe absurde Theorien ersonnen haben, müssen nun einsehen, daß zu einem menschenwürdigen Dasein nicht nur Rechte gehören, *sondern – ebenso notwendig!* – auch Pflichten. Erst in ihrer Verschränkung geben sie den erforderlichen Halt. Pflichten aber verlangen da und dort Selbstüberwindung anstelle von bloßer Selbstentfaltung; sie sind deshalb unbequem. Aber sie sind absolut notwendig für die Gemeinschaft ebenso wie für jedes einzelne Individuum in ihr. Das ist die alte Lehre, welche uns das Auftauchen der neuen Patienten in so schrecklicher Weise ins Gedächtnis zurückgerufen hat.

GAST-KOMMENTAR



Schreckliche Folgen einer leichtfertigen Lehre: Hippie-Philosoph Timothy Leary FOTO: AP

IM GESPRÄCH Ilan Halevi

Konzessions-Israeli

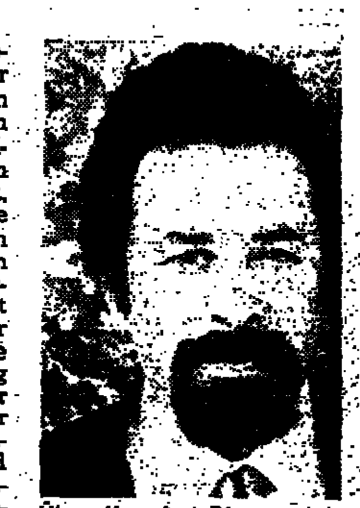
Von Reuven Assor

Issam Sartawi war noch nicht begraben, als Arafat bereits einer erstaunten Öffentlichkeit mitteilen konnte, er habe den „Israeli" Ilan Halevi „mit den Aufgaben Sartawis betraut". Die wenigsten hatten je von einem Herrn Halevi gehört, und es schien bizarr, daß an Stelle des „waschechten", authentischen palästinensischen Arztes, der dem engeren Kreis um Arafat angehörte, der selbst Terrorakte geplant und durchgeführt hatte, und der offenbar in den letzten Jahren eine Wendung in seiner Einstellung zum Judentum und Israel, aber auch eine kritische Stellung zur *derzeitigen Führung der PLO* eingenommen hatte – was der Grund für seine Ermordung durch palästinensische Terroristen war – ausgerechnet ein Jude und ein „Israeli" treten würde.

Ein besonders kluger Schachzug war dies kaum, denn wer selbst von den wenigen israelischen Gesprächspartnern Sartawis wird nun mit einem Juden im Namen der PLO verhandeln wollen? Andererseits kann die Tatsache seines Judentums der PLO bei diversen ultralinken nicht-palästinensischen Kreisen, in denen es sowieso Juden gibt, behilflich sein.

Halevi ist heute 40 Jahre alt. Er wurde in Paris erzogen. Sein Vater ist ein jemenitischer Jude, seine ebenfalls jüdische Mutter stammt aus der Türkei. In seiner Jugend *kam er nach Amerika und schloß* sich eng an die „Schwarzen Panther" und deren militanten Führer Malcolm X an. Zu dieser Zeit schrieb er einen englischen Roman; der von der amerikanischen Kritik sehr gelobt wurde. In New *York bildete er sich auch zu einem* erstklassigen Jazz-Trommler aus. Als einige der Panther-Führer nach Algerien flohen, kehrte Halevi, der damals noch Alain Albert hieß, nach Paris zurück. Dort nahm er Verbindungen mit Leuten der afrikanischen Guerrilla-Bewegungen auf. Mit deren Hilfe kam er nach Mali und arbeitete als Ansager und Reakteur des dortigen Radio-Senders, wo er durch besonders heftige Anti-Europäer-Propaganda auffiel.

Mitte der sechziger Jahre beschloß Halevi ziemlich plötzlich, nach Israel zu kommen. Er wurde im Kibbuz Gan Schmuel aufgenommen. Unmittelbar nach Sechstagekrieg schloß ihn de buz aus, aber er hinterließ ir Schmuel eine ideologische bombe, eine kleine Gruppe G gesinnter, die später alle hin worfen wurden. Einer seine ger wurde als Terrorist zu zw Jahren Haft verurteilt. Er hat levis Dictum ernst genon „Ich habe nichts gegen V chen, es soll jedoch kein pr Verbrechen sein, sondern ein nisiertes, kollektives … Man Banken ausrauben, die Mach zen, den *Staat in die Luft* s gen …"



Übereifer im Dienst der Halevi FOTO: L. MAOUS/ST

Seit er Israel verließ, arbeit für die PLO in Paris und F vor einigen Monaten betrau die PLO mit ihrer Vertretu der Konferenz der UNO fi *Menschenrechte in Genf;* unc nun auch der PLO-Vertret der Sozialistischen Internat anstelle Sartawis.

Selbst wenn der erregbar Argumenten sprudelnde Konvertit – von seiner israeli Frau, mit der er zwei Kinder h er mittlerweile geschieden als Gesprächspartner einf könnte, wäre doch jede Ver lung mit dem Verdacht be daß er gar nicht eigene Üb gungen vertreten kann, daß e mehr immer als Jude seinen schen Auftraggebern bew muß und will, wieviel arabisc ist als sie.

DIE MEINUNG DER ANDERE

Frankfurter Neue Presse

Zur Ostpolitik aus Bonn und München bemerkt die Zeitung:

Nun soll statt des ständigen Geredes von Entspannung Konkretes herauskommen: Herabsetzung des Mindestumtauschs, des Reisealters, man hört bereits von Verbesserungen an den Grenzen, vor allem aber auch der neue Faktor *eines gemeinsamen Umweltschutzes.* Da kann die Opposition schon etwas wütend werden, denn dies alles hat ihr jahrelange Nachgiebigkeit nicht eingetraten – wenn es so kommt, wie es gedacht ist. Daß die einseitige Kassiererei der DDR nicht länger erträglich war, leuchtet ein. Die anvisierten Verbesserungen aber müssen mit großem taktischem Geschick ausgehandelt werden, wobei man es vermeiden sollte, den Kredit optisch allzu aufdringlich in Zusammenhang mit Zugeständnissen zu bringen. Kommunisten sind da empfindlich, weil ja ständig ihre wirtschaftliche Schwäche bloßgelegt wird und damit das Versagen ihres Systems. Ein anderer Aspekt ist zu beachten: Im Osten denkt man wohl über Genf bereits hinaus. Eine *solch monumentale Transaktion* hätte die DDR von Moskau nie gestattet bekommen, rechnete man dort mit einer echten Ostwest-Krise.

WESTFALEN-BLATT

Zu Wuppertal meint die Bielefelder Zeitung:

Der Wuppertaler Polizeipräsident Klaus Koehler traf eine mutige Entscheidung, als er die Großrazzia im örtlichen „Kommunikationszentrum die Börse" anordnete. Denn der Linken in diesem Lande ist es vortrefflich gelungen, polizeitaktische und erkennungsdienstliche Notwendigkeiten als für den Rechtsstaat unzur darzustellen … Die Rech gung für Koehlers Massen kommt von den angebliche fern selbst: Ihr Flugblatt ri Wuppertaler „Nachbereitung Krefelder Krawalle auf un zeichnet „militante Angriff „notwendig". Solche Leute man sich in der Tat näher ans Und mehr hat Koehler ja nicht getan.

RHEINISCHE PO

Zur Familienpolitik heißt es in der I dorfer Zeitung:

Wenn es so weitergeht, dann den im Jahr 2030 nur noch k 40 Millionen Deutsche in der desrepublik leben, wird die F kerung von Generation zu Ge tion um 30 Prozent schrum die Alterspyramide auf dem stehen: Unten schmal, oben Die schlimmsten Befürchtu *hinsichtlich* der *Finanzierb* der Sozialversicherungssys sind bereits jetzt bezifferbar. nun kann die Politik dieses n ve Verhalten der Deutscher dern? Gewiß *nicht* durch *ein* Mark mehr Kindergeld. Abe wiß auch *nicht dadurch,* daß Mutterschutz für berufst Frauen verschlechtert oder Rentenalter gedreht wird. entscheidend wird die Gewäh eines Rentenanspruchs für de ziehenden Elternteil sein, eb *wie massive* Hilfen für den St ein zweites Berufsleben sowie größere Beweglichkeit bei de staltung der Arbeitszeit. Auch Fehlsteuerung gigantischer ströme im Wohnungsbau mu geändert werden, daß sie jene milien zugute kommen, die da fer auf sich nehmen und Kind eine weitgehend kinderfeindl Welt setzen.

Das ferne Chile, seine Legenden und seine wirklichen Nöte

Christdemokraten sind anders, und Marktwirtschaft hat wenig Markt / Von Manfred Neuber

Von Chile geht eine besondere Faszination für europäische Politiker aus. Ereignisse in dem entlegenen Küstenstrich werden hierzulande mit einer ideologischen Verve verfolgt, als hinge von ihnen der Lauf der Weltgeschichte ab.

In allen Lagern erliegt man nur zu leicht dem Irrtum, die eigenen politischen Vorstellungen bei namensgleichen Parteien in Südamerika vertreten zu sehen. Weicht die Wirklichkeit von dem selbstentworfenen Wunschbild ab, ist die Enttäuschung bei der Union zumeist größer als bei den Sozialdemokraten.

Dies vorausgeschickt, nimmt man nicht ohne Verblüffung die Reaktion auf die Inhaftierung christlich-demokratischer Parteiführer in Chile wahr, denen Aufwiegelung gegen das Pinochet-Regime vorgeworfen wird. Mit dem gemeinsamen Protest der EG-Botschafter in Santiago bot sich für das sozialistisch regierte Griechenland gleich nach Antritt der Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft ein Anlaß, politische Moral zu predigen. Wie eifrig Bonn dabei ist, läßt auf einen Nachholbedarf bei der Ermutigung demokratischer Kräfte in Chile schließen. Doch wenn auch jedes Eintreten für jeden inhaftierten Demokraten gerechtfertigt ist – es hat etwas Kurioses an sich, wie die deutschen Christdemokraten sich betont für chilenische Christdemokraten engagieren. Letztere haben zwar dasselbe Etikett, aber sie stehen eher den deutschen Sozialdemokraten nahe, und nicht einmal deren rechtem Flügel. Die SPD wiederum *fühlt sich in Chile Kräften* verbunden, die jenseits ihrer verflossenen Coppiks stehen.

Wie vor zehn Jahren, nach dem Sturz Allendes durch die chilenischen Militärs, beginnen auch jetzt wieder die Legenden über das neue Wirtschaftsfiasko zu sprießen. Je größer die Entfernung, desto kleiner der Wahrheitsgehalt – nach diesem Motto wird schon der Abgesang auf den Präsidenten angestimmt und die Marktwirtschaft in Bausch und Bogen verdammt.

Zur gleichen Zeit feiert der Allende-Mythos fröhliche Urständ in manchen Medien. Am 11. September 1973 wurde Allende, der verfassungsmäßig gewählt, aber unter Mißachtung der Verfassung regiert und zusätzliche Garantien gebrochen hatte, nach Mißtrauensvoten des Parlaments abgesetzt. Die Armee als Hüterin der Verfassung sah damals keinen anderen Ausweg, zumal das Parlament sie ausdrücklich zum Eingreifen aufgefordert hatte.

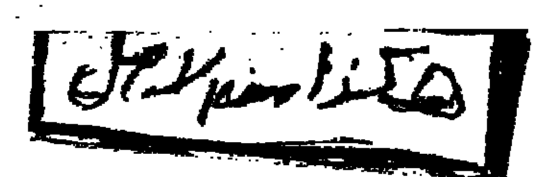
Das Militär behielt allerdings dann auch die Macht, ohne verfassungsmäßige Legitimation. Es verschaffte sich dann eine Legitimation durch die Volksabstimmung über die neue Verfassung, die 1980 mit Zwei-Drittel-Mehrheit gebilligt wurde. Gemäß den Übergangsbestimmungen bis zu den für 1989 vorgesehenen Wahlen regiert General Augusto Pinochet als ungeliebter, aber rechtmäßiger Präsident.

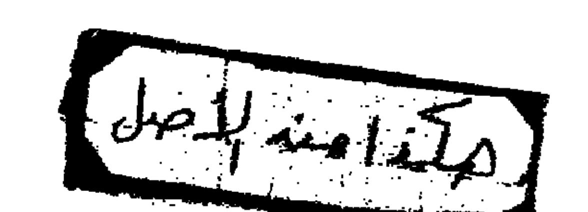
Solange es in Chile nach den bitteren Jahren der Volksfront-Misere wirtschaftlich aufwärts ging, störte sich das Bürgertum wenig an der Zwangspause für die allgemein wenig vermißten Politiker. Doch mit dem Einbruch des Aufschwunges 1982 setzte sich die Unzufriedenheit über die ökonomischen Verhältnisse in politisches Aufbegehren gegen das in jeder Hinsicht starre Regime um.

Ein anderer Staatschef als Pinochet hätte die bei Gewerkschaften und Parteien bekundete Bereitschaft, bei der Bewältigung der schweren Krise mit anzupacken, zum Nutzen des Landes eingesetzt. So hätte der Sturz aus dem kurzlebigen „chilenischen Wirtschaftswunder" abgewendet oder zumindest gemildert werden können. Doch dieser Alleinherrscher und Prinzipienreiter denkt nur in militärischen Befehlskategorien, koste es, was es wolle.

Die linke Fama will heute aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Chiles – ungewöhnlich viele Konkurse, ganze Wirtschaftszweige sind ausgelös das Land hat die höchste F Kopf-Verschuldung der Wel den Schluß ziehen, die „Chic Boys" hätten mit der rücksich losen Anwendung ihrer mon ristischen Lehren das Land i niert. Mit kaum verhohle Schadenfreude wird ein exe plarisches Scheitern der fre Marktwirtschaft konstatiert.

Wenn nicht vorsätzliche I führung, dann ist Unkenntnis Spiel: Chile erlebte nur eine k ze Phase wirklicher Marktwi schaft – nach vierzig Jahren D gismus linker wie rechter Reg rungen. Auch die Militärs lie nach 1973 nur zögernd die Ent tung der freien Kräfte zu, u sobald sich die Krisensymptom mehrten, drosselten sie wied den Wirtschaftsliberalismu Ludwig Erhard konnte in Chi nicht scheitern, weil kaum na seinem Konzept gehandelt wu de. Kurzum, Chile ist tatsächli in keiner guten Lage. Aber d meisten Diagnosen gehen fe Ferndiagnosen haben di manchmal so an sich.





DIE WELT

WIE WAR DAS?

Als die Briten den Henker entließen

Von FRITZ WIRTH

Es war die „Stunde der Henker", vier Uhr im Morgengrauen am 14. Juli 1965, als das Gewerbe der „Aufknüpfer" plötzlich keine Zukunft mehr hatte. In jener Stunde fiel im Unterhaus die Entscheidung, daß die Todesstrafe in Großbritannien abgeschafft wird.

Es war zugleich die Stunde des Sidney Silverman, jenes Labour-Abgeordneten, der seit Jahren für dieses Gesetz wider die Todesstrafe gekämpft hatte. Das Oberhaus inszenierte noch ein letztes Rückzuggefecht und setzte durch, daß dies nur ein „Gesetz auf Probe" sei. Wenn es nach fünf Jahren, genau bis zum 31. Juli 1970, nicht von beiden Häusern des Parlaments ausdrücklich bestätigt würde, dann sollte automatisch wieder das Mordgesetz aus dem Jahre 1957 gültig werden, und das hätte die Rückkehr des Henkers bedeutet.

Harold Wilson war Premierminister in jenen Tagen. Als die fünfjährige henkerlose Probezeit zu Ende ging, waren auch seine Tage als Premier gezählt. Er zog deshalb die Debatte, die bis zum 31. Juli 1970 fällig war, auf den 16. Dezember 1969 vor. Er wollte die Todesstrafen-Debatte aus dem Wahlkampf fern halten.

Die konservative Opposition schäumte. Denn das entscheidende Kriterium dafür, wie Großbritannien ohne Henker fertig wurde, lieferten die Statistiken. Zum Tage dieser Debatte aber lagen nur Erfahrungen bis zum Jahre 1960 vor, und die ließen keine klaren Trends erkennen. Oppositionsführer Edward Heath, der selbst nicht viel von der Todesstrafe hielt, brachte einen Tadelsantrag gegen die Regierung Wilson ein. Die Debatte selbst verlief stürmisch. Innenminister Calaghan hatte als Schlußredner einen großen Auftritt. Am Ende wurde mit 343 gegen 185 Stimmen endgültig die Todesstrafe abgeschafft. Das Oberhaus bestätigte am folgenden Tag mit 220 gegen 174 Stimmen diese Entscheidung.

Endgültig? Es war eine Entscheidung gegen die Mehrheit der Bürger, von denen auch damals schon 74 Prozent die Todesstrafe beibehalten wollten. Sie übten immer wieder Druck auf ihre Abgeordneten aus, das Thema im Parlament neu zu diskutieren. Die Debatte am heutigen Mittwoch ist die sechste Neuauflage.

Die Abschaffung der Todesstrafe war ein Produkt der „permissive society" der sechziger Jahre, behaupten heute noch die Befürworter der Todesstrafe. Es war in der Tat die Zeit des „Swinging London", des Profumo-Skandals, des großen Postraubs und der Abtreibungsgesetze, die London zur „Capital of Abortions" machte, als Sidney Silverman sein Gesetz gegen den Henker einbrachte.

Die Wahrheit ist jedoch: Nicht dieser „Zeitgeist", sondern das absolut unzureichende und paradoxe Mordgesetz des Jahres 1957 hatte den Weg zu dieser Reform geebnet. Denn dieses Gesetz lieferte den Ehemann, der im Zorn seine Frau erschossen hatte, dem Henker aus, verschonte jedoch den Massenmörder, der sich des Giftes bediente, vor diesem Schicksal. Die Abschaffung des Henkers war deshalb eher ein Resultat des gesunden Menschenverstandes.

Das Zusammenspiel ist ein Genuß, sagt der Mann am Klavier

Den Auftritt vor Kameras ist Helmut Schmidt gewöhnt. Zum ersten Mal richteten sie sich nun aber nicht auf den Politiker, sondern auf den Pianisten – bei Aufnahmen eines Klavierkonzerts mit Christoph Eschenbach und Justus Frantz in Zürich.

Von KLAUS GEITEL

Am ersten Abend ist die Stimmung euphorisch. Man strahlt sich an, das Champagnerglas in der Hand. Die Orchesterprobe in der Züricher Tonhalle unter Leitung von Christoph Eschenbach, die erste Begegnung der Schweizer Orchestermitglieder mit Helmut Schmidt, ihrem Klaviersolisten, ist mit Anstand, in gegenseitiger Hochschätzung vorübergegangen.

Nun schwärmt man auf Eschenbachs luxuriöser Villenterrasse hoch über dem Zürichsee: „Es war phantastisch", hört man. „Es ging wie geschmiert", sagte ein anderer. „Das Orchester hat sich glänzend benommen", weiß ein Dritter. Dabei können Orchestermusiker herzlich ekelhaft sein. Keine Spur davon in Zürich. Jedermann war offenkundig freundlich zu Schmidt.

„Ich weiß nicht, ob sie freundlicher waren als üblich", sagt Schmidt. „Ich habe darin keine Erfahrung. Ich saß nur am Klavier und machte klirr-klirr." Das Klirren stammt von Mozart, steht in F-Dur und ist für drei Klaviere geschrieben, an denen (vor den vier Kameras des Schweizer Fernsehens unter der Regie von Hartmut Schottler) Christoph Eschenbach, Justus Frantz und Helmut Schmidt sitzen. Der Film, mit einem Budget von rund 280 000 Mark von Gyula Trebitsch produziert (einschließlich des Konzerts Es-Dur für zwei Klaviere, das Eschenbach und Frantz spielen), wird später im ZDF ausgestrahlt werden.

Zum ersten Mal richten sich in Zürich die Kameras nicht mehr auf den Politiker Schmidt, sondern auf den Pensionisten, den „Pensionär", wie er selbst sich nennt. Endlich einmal muß er nicht gute Miene machen zum bösen Spiel. Denn darüber ist man sich einig: Schmidt spielt vorzüglich. Er zeigt sich musikalisch ebenso glänzend vorbereitet wie auf Parlamentsdebatten.

Er hat das Mozart-Konzert vor rund einem Jahr schon mit Eschenbach und Frantz für die Schallplatte eingespielt. Das wurde ein Riesenerfolg. „Amnesty International" hatte den Nutzen davon. Die Erlöse aus dem Schallplattenverkauf flossen dem Gemeinnutz zu. Der Nutzen, den Schmidt selbst jetzt aus dem Züricher Auftritt zieht, ist dagegen rein musikalischer Art. „Ich genieße das Zusammenspiel", sagt er. „Das Musizieren in der Gemeinschaft. Das Sich-einfügen-Müssen in den musikalischen Gesamtverlauf. Allein, daheim am Klavier, kann man sich Selbstgenügsamkeit, Selbstzufriedenheit leisten. Hier nicht."

Dabei stünden ihm daheim inzwischen mit Vergnügen die exquisitesten Musizierpartner zur Verfügung. „Es war vorher ja nie Zeit dafür", bemerkt Schmidt eher sachlich als melancholisch. Und Frau Schmidt, die Idealpartnerin auch hier, hat seit über vierzig Jahren die Bratsche nicht mehr in die Hand genommen, die sie einst zu spielen gelernt hat. Sie brauchte einen Lehrer, um an Helmut Schmidts Seite im musikalischen Eilmarsch neu zu beginnen. Aber einen Lehrer, wie ihn Helmut Schmidt in Justus Frantz fand, trifft man eben nicht alle Tage.

Frantz und Eschenbach haben ihren Klavierpart vor dem Abflug nach Zürich vier Tage lang musikalisch noch einmal gründlich gedrillt. Schmidt spielt den Part, den sonst in Gemeinschaft mit Eschenbach und Frantz Herbert von Karajan gern übernahm. Er ist pianistisch nicht anspruchsvoll. Der zwanzigjährige Mozart schrieb ihn 1776 für Giuseppina, die jüngste Tochter der Gräfin Antonia Lodron. Er verlangt aber natürlich musikalisches Einfühlungsvermögen, Reaktionsgenauigkeit, Zuhörenkönnen. Für irgendwelche Freiheiten ist kein Platz, weniger noch als einst in der Politik. Es gilt im Konzert zu dritt nun einmal, die Leidenschaften zu zügeln.

Das gelingt Schmidt auf Anhieb nicht immer. „Wenn alles gut läuft, begeistert er sich derart", sagt der Aufnahmeleiter, „daß er leicht zu laut wird. Mißrät ihm etwas, wird er freilich nicht leiser vor lauter Wut." Doch das alles läßt sich technisch herunterregeln.

Der gleichgeschaltete Schmidt spielt mit Akkuratesse im künstlerischen Verband. Er imponiert durch Ernst, Gelassenheit, Gönnerschaft. Er schmeißt nicht. Er hindert nicht. Er verlangt keine Rücksichtnahme. Er ist in seinem neuen Metier sattelfest.

Über der Stadt brütet die Hitze. An drei Tagen hat das Orchester, eigens zu diesen Aufnahmen aus den Ferien zurückgekehrt, sieben Sitzungen zu absolvieren, sechs Stunden und länger musikalischer Dienst bei 31 Grad Hitze auf dem Tonhallen-Podium. Und dazu kommen die Scheinwerfer. Und der dunkle Anzug. Wer Schmidt im feierlichen Frack des Klaviercaruso erhoffte, sieht sich enttäuscht. Es geht fein bürgerlich zu am Klavier. Die Aufnahmen sind für Schmidt sicher kein Zuckerlecken. Er ist der Alterspräsident auf dem Konzertpodium. Er läßt sich nichts davon anmerken. Er wirkt kühl und milde wie eine Weiße, aber mit Schuß.

„Er ist eben das Fernsehen seit Jahren gewöhnt", seufzt ein Musiker, hinschmelzend in der Scheinwerferglut. „Wir aber nicht."

Gerade darum aber hat sich das renommierte Schweizer Orchester, dessen künstlerischer Leiter Eschenbach ist, für diese Aufnahmen zur Verfügung gestellt, noch dazu für ein Entgelt, für das weder Berliner noch Wiener Philharmoniker auch nur ihre Geigenkästen aufklappen würden. Richard Bächi, der erfindungsreiche, unternehmungslustige Intendant des Orchesters, hat hin und her gerechnet, bis er seine Musiker für rund 50 000 Franken in die Produktion einbringen konnte. Er verspricht sich von dem Film eine gute Reklame für die Japan-Tournee des Orchesters im Frühjahr 1985. Nimmt Schmidt an ihr teil? „Ach, das bitte nicht!", ist sein einziger Kommentar. Aber er wäre nicht abgeneigt, in gleicher Besetzung Bachs Konzert für drei Klaviere einzuspielen. Das hätte er schon jetzt, der Abwechslung halber, dem Mozart-Konzert vorgezogen. Aber bis zum Bach-Jahr 1985 bleibt dazu ja noch immer Gelegenheit.

Man zeichnet auf im Playback-Verfahren. Die Tonaufnahmen hat man optisch zwanglos zu ebener Erde im Kleinen Tonhalle-Saal absolviert. Nun wird die Aufzeichnung in den festlichen Großen Saal eingespielt. Die drei Steinways werden noch einmal gewienert, damit sie nicht reflektieren, die drei Solisten aus gleichen Gründen mattiert. Dann rauscht die Musik los aus den Lautsprechern. Es geht ans leichtfingrige pianistische Mithalten mit der vorgeprägten eigenen Leistung. Das ist neu und unbehaglich für Schmidt: Seine Reden hat er schließlich immer selber gesprochen und vor der Kamera nicht immer nur lippensynchron den Papagei zu seinen eigenen Worten gemacht. Bei der geringsten Unachtsamkeit hört man nun plötzlich ein Konzert für sechs Klaviere und zwei Orchester: einen Alptraum-Mozart für Ohrenärzte. Das darf nicht sein.

„Justus Frantz hat mich geleimt", sagt Schmidt. „Er ist ein Wegläch ler der Schwierigkeiten. Er hat mir gesagt, bei den Playback-Aufnahmen könne man am Klavier sitzen wie Gott in Frankreich. Jetzt stellt sich heraus, daß man aufpassen muß wie ein Luchs, damit einem das eigene Spiel nicht herrenlos wegläuft. Man muß konzentriert spielen wie zuvor, nur noch auf eine zusätzliche Schwierigkeit achten." Auch mit ihr wird der eifrige Schmidt im wahrsten Sinne des Wortes spielend fertig.

Die Kameraderie des Musizierens. Schmidt wird von seinen beiden Klavierkollegen auf die musikalisch liebenswürdigste Weise betreut. Bei jeder Probenreprise geht Frantz hinüber zu Schmidt und zeigt ihm, des musikalischen Kauderwelsch „acht (Takte) vor Emil" möglicherweise nicht kundig, mit dem man die Takte zählt, an welcher Stelle im Notentext man wieder beginnen wird. Von vornherein räumt er Schmidt jeden Stolperstein aus dem Fingerweg. Man ist unter Freunden. Das muß dem Politiker Schmidt, mit Freunden (wie jeder Politiker) wahrscheinlich nicht gerade gesegnet, ein Labsal sein.

Er respektiert von Herzen seine musikalischen Ratgeber, die dem graugescheitelten Konzertnovizen mit hochachtungsvoller Sympathie beistehen. Fragt man Schmidt, was ihn am meisten beeindruckte bei diesen Aufnahmen, dann hält er mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg: Es ist die ruhige Autorität, mit der Eschenbach vom Klavier aus Orchester, Kopianisten und Mozart beherrscht. So stellt sich Schmidt wahrscheinlich noch nachträglich Kabinettssitzungen vor: Das sachkundige Fingerrühren in Harmonie zur Realisierung eines herrlichen Friedenswerks, bei dem das einzig Militaristische ausgerechnet die Generalpause ist.





Mozart in der Zürcher Tonhalle: Helmut Schmidt mit seinen Ko-Solisten Justus Frantz (links) und Christoph Eschenbach. Am Klavier zeigt sich der frühere Kanzler glänzend vorbereitet. FOTOS: BILD UND NEWS/AP

Wenn Opposition zur Geisteskrankheit erklärt wird

Auf der Generalversammlung des Weltverbandes für Psychiatrie wurde in Wien erneut gegen den politischen Mißbrauch der Psychiatrie protestiert. Angeklagt ist die Sowjetunion, wo vermutlich 6000 Menschen aus politischen Motiven in Nervenkliniken interniert sind.

Von PETER JENTSCH

Boris Lesnow (44), Mechaniker aus Uljanowsk, seit 1981 in der Sonderhaftanstalt Kasan in psychiatrischer Behandlung. Grund: Ausreisebemühungen.

Anna Tschertkowa (56), Hausfrau aus Minusinsk, seit Juli 1973 hospitalisiert in der Sonderhaftanstalt Taschkent zur psychiatrischen Behandlung. Grund: religiöse Tätigkeit.

Ivan Medwedew (48) aus Sinelnikowo, seit 1976 in psychiatrischer Behandlung in der Sonderhaftanstalt Dnepropetrowsk. Grund: Organisation eines Arbeitsstreikes.

Aleksander Stepanow (47), Radiotechniker, seit 1970 in der Haftanstalt Kasan in psychiatrischer Behandlung. Grund: Verteilung von antikommunistischen Schriften.

Vier Fälle von 192, die den Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken in der Sowjetunion belegen. Vier Fälle von 192, wahllos herausgegriffen – und doch machen sie deutlich, in welchem Maße die Sowjetunion in Demokratien selbstverständliche Bürgerrechte mißachtet. Die vier Fälle sind der neuen Dokumentation der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Deutsche Sektion (Stand: 1. Juli 1983), entnommen, die aus Anlaß des VII. Weltkongresses für Psychiatrie in Wien „erneut auf den fortgesetzten Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken in der UdSSR hinweisen" soll.

In der Tat: Ein weitgefaßter Psychophreniebegriff der sowjetischen Psychiatrielehre offeriert dem Staat über seine Polizeiorgane und die Gerichte die Möglichkeit, Andersdenkende durch Internierung in Nervenheilanstalten einzuweisen.

Psychiatrie als staatliche Peitsche zur Domestizierung der Bürger. Kritik am kommunistischen System, am Regime, oder öffentlich geäußerter Wunsch nach Reformen werden nach Darstellung des Londoner Politologen Peter Reddaway in der sowjetischen Psychiatrielehre „als erhöhte Konfliktbereitschaft" der betreffenden Person und damit als „seelisches Anderssein" gewertet. In diesem Sinne werde „Dissidententum betrachtet als eine Erkrankung des Gehirns, wobei der pathologische Prozeß sehr langsam und gemäßigt fortschreitet".

Dieses Krankheitsbild ist in der Psychiatrie bekannt als „schleichende Schizophrenie". Die Ausweitung und Anwendung dieser psychiatrischen Diagnostik auf Dissidenten ist dem „Psychiatriepapst" der Sowjetunion, Professor Schneschnewskij, Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der Sowjetunion, zu „verdanken". In Paragraph 59 des sowjetischen Strafgesetzbuches heißt es denn auch: „Die Einweisung in eine psychiatrische Anstalt speziellen Typs kann vom Gericht verordnet werden bei einem Geisteskranken, der wegen seines psychischen Zustandes und des Charakters seiner die Gesellschaft gefährdenden vollbrachten Tat eine besondere Gefahr für die Gesellschaft darstellt."

Wie viele Bürger den Weg in die zum Teil von KGB-Angehörigen bewachten psychiatrischen Anstalten gegangen sind, läßt sich nur schätzen. Die inzwischen zerschlagene Moskauer „Kommission für die Untersuchung der Anwendung der Psychiatrie für politische Zwecke" hatte etwa 500 Fälle dokumentiert. Der sowjetische Psychiater Anatoly Konyagin, einst Mitglied dieser Kommission und deshalb 1981 zu siebenjähriger Haft und fünfjähriger Verbannung verurteilt, schätzt die Zahl der Sowjetbürger, die psychiatrisch zwangsbehandelt werden, auf mehrere tausend. Konyagin wurde während der Generalversammlung des Weltverbandes für Psychiatrie (WVP) in Wien auf Grund seiner Verdienste bei der Darstellung des Mißbrauchs der Psychiatrie in seinem Land zum Ehrenmitglied des Verbandes gewählt.

Der Vorsitzende der „Deutschen Vereinigung gegen politischen Mißbrauch der Psychiatrie", Friedrich Weinberger, geht von etwa 6000 Fällen aus. Er beruft sich dabei auf Angaben der im Moskauer Gesundheitsministerium tätigen Psychiaterin Soja Serebrjakowa aus dem Jahre 1981, mit denen sie quasi öffentlich die Internierungen in Nervenkliniken einräumte.

Mit der Internierung im medizinisch-wissenschaftlichen Sinne geistig gesunder Menschen mißachtet die sowjetische Psychiatrie die „Erklärung von Hawaii" des Weltverbandes für Psychiatrie, die am Wochenende von der WVP-Generalversammlung in Wien noch einmal bestätigt wurde. Darin heißt es: „Wenn von Patienten oder von dritter Seite Maßnahmen verlangt werden, die gegen wissenschaftliche oder ethische Grundsätze verstoßen, muß der Psychiater seine Mitwirkung verweigern." An sich eine Selbstverständlichkeit – setzt doch ärztliches Handeln seit Hippokrates Ethik voraus.

Wird aber ärztliches Verhalten von der Ethik entblößt, wird die Medizin in ihr Gegenteil verkehrt. Leben, aber zumindest die Gesundheit gefährdende psychiatrische Maßnahmen mit dem Ziel, Menschen ihrer geistigen Freiheit zu berauben und mundtot zu machen, werden in der Sowjetunion aber zur Tagesordnung. Dabei beruhen die „Heilungsmethoden" in den Sonderanstalten des sowjetischen Innenministeriums (schon die Zuständigkeit spricht für das Ziel) auf zwei Hauptverfahren: Einschüchterung und Medikamentenfolter durch Überdosierung von Neuroleptika.

Aus der Liste der psychiatrischen Foltermittel ein kleiner Auszug: Das meistbenutzte Medikament ist Haloperidol, in der Bundesrepublik bekannt als Haldol, das unter anderem zur Behandlung von Schizophrenie und epileptischen Psychosen oder paranoiden Syndromen eingesetzt wird. In Überdosierung besitzt es teuflische Nebenwirkungen: Bewegungsarmut und den ständigen Prang, die Körperhaltung zu verändern, ohne daß der Patient eine befriedigende Haltung findet. Die Behandlung mit Majeptol verursacht bei Überdosis Wahnvorstellungen, das Gedächtnis läßt nach, die Zeitorientierung schwindet. Daneben wird in den Anstalten auch die Insulin-Schock-Therapie angewandt, mit ständig erhöhten Dosierungen, durch die die Patienten in ein hypoglykämisches Koma (Schockzustand) geraten. Es ist die Perversion der Medizin.

Wie Moskau über die DKP Einfluß auf die verästelte Friedensbewegung nimmt

Von WERNER KAHL

Von Pastor Martin Niemöller kam die Prophezeiung, die Deutschen würden sich notfalls mit einer kommunistischen Herrschaft, ja sogar mit der Sowjetmacht, abfinden, wenn damit der Frieden und zugleich die Einheit erreicht würde. Das meinte der frühere Präsident der evangelischen Kirchen von Hessen und Nassau am 20. Dezember 1949 in einem Interview mit der „New York Herald Tribune".

Es war das Geburtsjahr der von Moskau initiierten Weltfriedensbewegung. Niemöller hatte noch in den zwanziger Jahren aktiv am Kampf gegen Kommunisten im Ruhrgebiet teilgenommen. Heute besitzt er als einziger Deutscher sowohl das Bundesverdienstkreuz als auch den Leninorden in Gold. Mit dem Ansehen des Kirchenmannes warben jetzt in Krefeld rotgrüne Ausrufer des „Krefelder Appells" für einen Verzicht auf Nachrüstung gegenüber den längst in Stellung gebrachten sowjetischen SS-20-Raketen. Der werbemäßige Einsatz des inzwischen 91jährigen, der zurückgezogen in Wiesbaden lebt, signalisierte in der Nachkriegszeit jedesmal eine neue Kampagne.

Schon Stalin hatte Repräsentanten des Bürgertums und der Kirchen im westlichen Ausland mit dem – wie man es heute ausdrückt – Minimalkonsens des Begriffes Frieden für gemeinsame Aktionen gewinnen können. Das im August 1948 in Moskau während der Berlin-Blockade gebildete zentrale sowjetische Friedenskomitee erhielt folglich alle Vollmachten, Reisegenehmigungen und Devisen für Propaganda im Westen. Der Kreml bereitete sich auf den ersten Weltfriedenskongreß im April 1949 in Westeuropa vor.

In dem Dichter Nikolai Tichonow als Vorsitzenden des Sowjet-Komitees sahen westliche Prominente einen unverdächtigen Friedensmann. Bei der Wahl des Präsidenten des Weltfriedensrates, des französischen Wissenschaftlers Frédéric Joliot-Curie, spielte dessen Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Frankreichs für die 224 Delegierten aus 60 Ländern keine Rolle. Als Sitz des Exekutivrates wurde die Hauptstadt des neutralen Schweden bestimmt. In den Jahren danach nahm die Bewegung ständig an Bedeutung und Umfang zu. Für die Einbeziehung der westeuropäischen, besonders der westdeutschen Jugend setzte der Kreml von 1950 an den damaligen Komsomol-Sekretär Wjatscheslaw Kotschemassow – vor kurzem zum neuen Botchafter der UdSSR in Ost-Berlin ernannt – ein.

Die Friedensbewegung auf deutschem Boden hat eine bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichende Tradition. Schriftsteller und Gelehrte wie Erich Maria Remarque und Albert Einstein unterstützten in der Weimarer Republik die Parole „Nie wieder Krieg". In den fünfziger Jahren bildete sich dann eine eigenständige Bewegung gegen eine Aufrüstung in Ost und West. Achtzehn Göttinger Professoren, darunter die Atomphyiker Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker, sprachen sich 1957 gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen aus. Bundeskanzler Konrad Adenauer lud die Wissenschaftler ins Kanzleramt ein. Sie kamen überein, auf die Staaten in Ost und West einzuwirken, um zu einem kontrollierten Abrüstungsabkommen zu gelangen.

Im März 1958 wurde in der Frankfurter Kongreßhalle die „Aktion gegen den Atomtod" eröffnet. Unter dem Motto „Ob im Osten oder Westen – ohne Bomben ist's am besten" appellierten die Demonstranten an die Sowjetunion und die USA. Gewerkschafter achteten damals auf Abgrenzung gegenüber kommunistischen Gruppen, um einseitige Propaganda zu verhindern. Denn durch inzwischen gegründete Tarnorganisationen wie die Deutsche Friedensunion (DFU) war der Kommunistischen Partei bereits der Einstieg in die neue Friedensbewegung gelungen.

Ein Teil der heutigen Unterzeichner des von der DKP beeinflußten und unterstützten „Krefelder Appells" war in den fünfziger Jahren zum ersten Mal für Aktionen von Tarnorganisationen geworben worden. Wirksamstes politisches Medium, besonders unter der akademischen Jugend, wurde das aus dem „Studentenkurier" hervorgegangene Linksmagazin „Konkret". Herausgeber Klaus Rainer Röhl war ebenso wie seine damalige Ehefrau, die spätere „Konkret"-Chefredakteurin Ulrike Meinhof, in Ost-Berlin heimliches Mitglied der vom Bundesverfassngsgericht 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) geworden. „Die Gelder für den Druck kamen direkt aus der DDR", enthüllte Röhl 1981 Diejenigen, die es angehen müßte, so Sicherheitsexperten, stopften sich dieser Offenbarung jedoch die Ohren zu.

Das Instrument des Generalstreiks, an das der SPD-Politiker Oskar Lafontaine heute erinnert, war bereits 1952 vom damaligen „DDR"-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl empfohlen worden. Um die Einbeziehung des freien Teils Deutschlands in das westliche Bündnis zu verhindern, rief der 1946 von der SPD zur SED übergetretene Funktionär das Volk zum „Massenstreik" auf.

Die Bewegung der Ostermärsche, nach dem Vorbild der britischen „Campaign for Nuclear Disarmament" (CND) 1960 organisiert, zerfiel 1970 mit dem Austritt führender Mitglieder. Die positive Haltung der DKP gegenüber der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Warschauer Paktstaaten hatte dazu beigetragen. Die Bewegung, zu Anfang fast ausschließlich aus Anhängern eines ethisch-religiösen Pazifismus bestehend, hatte sich zunehmend zu einer außerparlamentarischen Sammelbewegung mit antiwestlicher Zielsetzung entwickelt.

Die Friedensbewegung präsentierte sich zu Beginn der achtziger Jahre stärker, und 1981 sowie 1982 fanden die bisher größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik statt. Der damalige Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD), der der Friedensbewegung ansonsten keinen „langen Atem" prophezeite, erklärte dazu, sie könnten nicht als „kommunistisch gesteuert" bewertet werden. Es sei jedoch nicht zu bestreiten, daß die Kommunisten unter den Demonstranten einen Teil der Organisation in den Händen gehabt hätten und daß „Geld aus Moskau darein geflossen" sei.

Das buntgewürfelte Heer von rund 3000 Bürgerinitiativen, die seit den siebziger Jahren auftraten, teilte sich in zwei Lager: Pro-Aktive setzen sich für etwas ein, etwa für Abrüstung in Ost und West; Anti-Initiativen nahmen den Kampf gegen etwas in ihr Programm auf: gegen die Nachrüstung der NATO und gegen Kernkraftwerke. Die Grünen wiederum verstehen sich nach eigenen Angaben als pazifistische Partei. Sie gehen davon aus, daß eine einseitige westliche Vorrüstung besteht.

Die als größte pazifistische Organisation geltende „Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK)" wird wegen Unterwanderung durch DKP und deren Tarnorganisationen von anderen Gruppen der Friedensbewegung skeptisch bis ablehnend bewertet. Anhänger der autonomen Gruppe „Graswurzelrevolution" – diese treten „für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft" ein – beklagten sich in Publikationen darüber, daß Kritiker der sowjetischen Hochrüstung in der DFG/VK als Lobbyisten „westlicher Kriegstreiber" diffamiert werden. „Man schleift (in der DFG/VK – die Red.) die Sicheln, um pazifistische Köpfe rollen zu lassen."

In der verästelten Friedensbewegung ist die „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) über die von ihr beeinflußten Organisationen um Einwirkung bemüht. Zur Koordinierung der sowjetischen Offensiven gegen den NATO-Doppelbeschluß bedient sich die DKP, wie das rheinland-pfälzische Innenministerium jüngst feststellte, der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)", der „Deutschen Friedensunion" (DFU) und des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" – Kofaz ausgesprochen. Über die DFU und die von der DFU beeinflußte „Initiative Christen für die Abrüstung" (CFA) versuche die DKP auf christliche Kreise einzuwirken. Dabei geht der Einfluß der orthodoxen Kommunisten, die in der Friedensbewegung eine Minderheit bilden, weit über ihren Anteil nach Zahlen hinaus.

Über eine internationale Friedenstagung, die von kommunistischer Seite im Juni in Prag veranstaltet worden war, urteilte der Grüne-Bundestagsabgeordnete Oswalt nach der Rückkehr: „Dieser Friedenskonferenz war nichts Friedliches abzugewinnen." Sie sei vielmehr ein Versuch gewesen, mit viel Geld (Nulltarif für Übernachtung, Essen und öffentliche Verkehrsmittel) und Propaganda Vertreter westlicher Friedensbewegungen „einzukaufen".

In der „DDR" bildeten sich Ende der sechziger Jahre erste vom amtlichen Parteikurs abweichende Arbeitskreise mit Friedens-Seminaren. Zu den Teilnehmern gehörten vor allem Verweigerer eines Wehrdienstes in der „DDR"-Armee, sogenannte „Bausoldaten". Es handelt sich zumeist um christlich geprägte oder von marxistischen Utopien erfüllte junge Leute. Der Marxist Professor Robert Havemann habe begonnen, so Pfarrer Rainer Eppelmann an Havemanns Grab, „was zur heutigen Friedensbewegung führte". Gegenüber einer schwedischen Zeitung wurde die Haltung einiger in der „DDR" agierenden Friedensgruppen so definiert: „Reagans Politik bedroht die ganze Welt (...) Wir aber kämpfen für den Frieden (...) Niemand spricht über die Einführung des kapitalistischen Systems (...) Wir müssen deshalb den Sozialismus von innen heraus reformieren."

Die britische Friedensbewegung beruft sich auf die Tradition der „War we say no"-Aktionen von 1939, dem Jahr des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges. Seit den fünfziger Jahren wurden Ostermärsche von Aldermaston, dem britischen Kernforschungszentrum, nach London veranstaltet. Nach einer Spaltung der Gruppen organisierte CND (Campaign for Nuclear Disarmament), zu Beginn der achtziger Jahre eine neue, kräftigere Bewegung. Die Unilateristen, zu denen Michael Foot gehört, plädierten für einseitige, wenn auch nicht uneingeschränkte Abrüstung. Demgegenüber setzen sich die Multilateristen für Abrüstung in Ost und West ein. Symbol der britischen Pazifisten-Bewegung wurde in diesem Frühjahr der britische Luftwaffenstützpunkt Greenham Common, den Pazifistinnen zeitweise belagerten.

Eine Friedensbewegung wie in Westeuropa mit Massendemonstrationen von mehreren hunderttausend Teilnehmern existiert in den USA dagegen nicht. Dennoch bestehen Gruppierungen, die in letzter Zeit Aufmerksamkeit erregten. Sie werden mit europäischen Organisationen verglichen. Häufig sind amerikanische Gruppen ähnlich wie in Westeuropa mit Bürgerinitiativen für Umweltschutz identisch. Der „Rat für das Einfrieren der Atomwaffen" (Council for a Nuclear Weapons Freeze) unterhält Kontaktbüros in den meisten US-Bundesstaaten. Die „Vereinigung besorgter Wissenschaftler" (Union of Concerned Scientists) veranstaltet Aufklärungsvorträge und das „American Friends Service Committee" – seine Anhänger kommen vor allem aus der Vietnam-Protestbewegung – demonstrierte unlängst für eine Abrüstungssonderkonferenz der UNO.

In Frankreich hat sich bisher keine mit den anderen euopäischen Staaten vergleichbare Friedensbewegung gebildet. Auch wenn im Juni annähernd 250 000 Menschen zum Protest gegen Atomwaffen zusammenkamen, steht die Beteiligung in keinem Verhältnis zur Werbekampagne der kommunistischen Veranstalter. Im Gegensatz zu Deutschland spricht man in Frankreich offen darüber, daß die Kommunistische Partei das „Friedensfest" organisiert hatte. Die Sozialisten blieben fern, und die französischen Grünen lehnten es ab, sich an einer Veranstaltung zu beteiligen, von der sie wußten, daß sie von der KPF ausgerichtet war. Linksradikale Gruppen verlangten denn auch „bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion". Zuvor hatte Ministerpräsident Mauroy für Abrüstungsverhandlungen aus einer Politik der Stärke plädiert und betont, Frankreich sei durch den Neutralismus in Europa alarmiert. Er forderte dann ein „Erwachen Europas".

Wie das Innenministerium die Protestbewegung sieht

Im Bundesinnenministerium beruft man sich auf sozialwissenschaftliche Studien, nach denen es sich bei der „Friedensbewegung" um eine „kleinbürgerliche Protestbewegung" handelt. In den Gruppen überwiegen junge Menschen mit hoher Formalbildung (Abitur). Die große Mehrheit ihrer Anhänger ordnete sich politisch „links" ein; sie hält die etablierten Parteien CDU/CSU, FDP, SPD für unfähig, die Probleme unserer Zeit zufriedenstellend zu lösen.

Gebilligt wird von diesen Gruppierungen die Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst und die Beteiligung von Kommunisten an der Regierung. Trotz einer kritischen Distanz zur Sowjetunion glaubt die Mehrheit in der „Friedensbewegung" diesen Studien zufolge, daß es der Kreml mit der Entspannungspolitik ernst meine und daß die USA ein militärisches Übergewicht anstrebten. Sie bejaht Hausbesetzungen und lehnt nicht nur die militärische, sondern auch die friedliche Nutzung der Kernkraft ab.

Die „Friedensbewegung" stellt also keine „Ein-Punkt-Bewegung" dar, sondern eine Bündelung der neuen sozialen Bewegungen. Folgt man den Ergebnissen von Umfragen, müßte die Zahl der Aktiven dieser Protestbewegung zwischen 1,5 Millionen und 3 Millionen liegen. Der Bonner „Koordinationsausschuß" der Protestbewegung rechnet damit, daß sich an der geplanten Herbstoffensive mindestens eine Million Menschen beteiligen werden.

Die Glaubwürdigkeit des Koordinationsausschusses hat allerdings im vergangenen Jahr durch beträchtliche Übertreibungen tatsächlicher Teilnehmerzahlen an Kundgebungen gelitten. Den Umfragen zufolge wären nur drei bis fünf Prozent der Träger der Kampagne gegen die Nachrüstung der NATO-Linksextremisten. W. K.

Papst stiftet Frieden am Kap Horn

Der Territorialstreit zwischen Argentinien und Chile ist entschärft

Von MANFRED NEUBER

Der Grenzstreit zwischen Argentinien und Chile am Beagle-Kanal, der Atlantik und Pazifik verbindet, ist nach jahrelanger Vermittlung des Vatikans weitgehend entschärft worden. Die Region an der Südspitze des Subkontinents soll zur „Friedenszone" erklärt werden.

In dem Konflikt um drei kleine Inseln und die Hoheitsgewässer nahe Kap Horn, der beide Staaten bereits 1978 an den Rand eines Krieges brachte, ließ Papst Johannes Paul II. im Dezember 1980 einen Schlichtungsvorschlag unterbreiten. Einzelheiten wurden bis heute nicht bekannt.

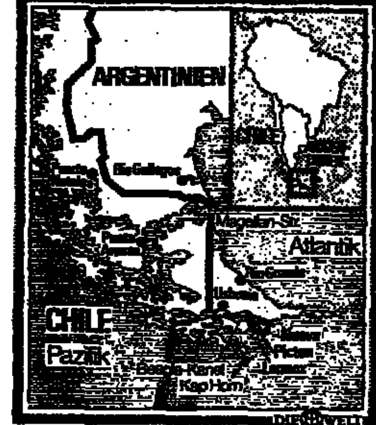
Chile erklärte schon nach kurzer Prüfung im Januar 1981 seine Zustimmung. Argentinien rang sich erst kürzlich –, wenn auch mit einigen Vorbehalten – zur Annahme durch. Sicherem Vernehmen nach soll der Schiedsspruch günstig für Chile ausfallen.

Beide Länder werden von Militärregimes regiert, die Territorialfragen zur besonderen Ehrensache hochspielen. Nach der Niederlage im Falkland-Krieg vor einem Jahr zeigte sich Argentinien im Beagle-Streit gegenüber dem Vatikan lange unnachgiebig. Als in den vergangenen Monaten wieder beunruhigende Erklärungen von militärischer Seite beiderseits der Anden kamen, drängten die Parteien in Argentinien zu einer friedlichen Lösung. Sie fordern darüber hinaus einen Nichtangriffspakt mit Chile und gutnachbarliche Beziehungen.

Bischof Justo Laguna, der nach einer Rom-Reise mit argentinischen Parteiführern konferierte, schließt die Möglichkeit nicht aus, daß die gegenwärtige Militärregierung dem im Oktober zu wählenden Kongreß die Ratifizierung einer Beagle-Übereinkunft überläßt, um die Verantwortung auf viele Schultern zu übertragen.

Aus dem Vatikan kamen im Mai in geheimer Mission päpstliche Abgesandte nach Buenos Aires, um neue Spannungen zu beheben. Argentinische Zeitungen hatten von Truppenbewegungen beider Seiten im Krisengebiet berichtet und neue Zwischenfälle befürchtet. Bischof Bufano erklärte: „Wir standen (am 25. Mai) kurz vor dem Krieg."

„Wer den Standpunkt vertritt, die drei Inseln im Beagle-Kanal seien argentinisch", so erklärte der frühere Vizeaußenminister Angel Centeno, „und wer glaubt, die



müßten mit allen Mitteln zurückgewonnen werden, der sollte jetzt offen dafür eintreten. Die Alternative zu Verhandlungen ist Krieg. Ich bin dagegen. Nur sollte mit den Gerüchten Schluß sein."

Diplomatische Kreise Chiles ließen durchblicken, Santiago sei zu einigen Konzessionen bereit, sofern Buenos Aires die päpstliche Schlichtung akzeptiere. Damit lassen sich vielleicht noch die starken Vorbehalte in der argentinischen Marine überwinden.

Buenos Aires verfocht bisher die These: Argentinien ist eine atlantische, Chile eine pazifische Nation.

Die Anerkennung der So[...] tät Chiles über die drei I[...] Beagle-Kanal änderte die[...] tum. Die Chilenen kön[...] heitsgewässer im Südatla[...] ein größeres Segment de[...] tis beanspruchen.

Der Direktor des chil[...] Antarktis-Institutes, Pedr[...] ro Julio, verlangte dieser[...] „Kolonialisierung" des[...] schen Staatsgebietes[...] Antarktis" und den Aus[...] beiden Hauptstützpunkte[...] dell-Meer. „Chile muß sei[...] nale Souveränität zwisch[...] 53. und dem 90. Längeng[...] gen", fordert er und l[...] Konzept von der Nutzung[...] arktis als „gemeinsames[...] Menschheit" ab. Doch de[...] tis-Vertrag negiert alle G[...] sprüche.

Zur Sorge in Argentin[...] das Verhältnis zu Chile tru[...] feneinkäufe in Großbritan[...] Unlängst wurden drei C[...] Bomber und zwölf Hawi[...] ter-Jäger geliefert. Der[...] Botschafter John Hickma[...] tigte, daß der Besuch des[...] schen Luftwaffenchefs, Fernando Matthei, in Lon[...] engeren militärischen Zu[...] arbeit und gegenseitiger[...] stützung diente.

Inzwischen ist auch das[...] nis zwischen Argentinien[...] silien belastet. Brasilia l[...] großzügige Auslegung de[...] chung zu, daß britische Mi[...] zeuge auf dem Fluge zu d[...] land-Inseln „in Notfällen"[...] brasilien auftanken dürfen[...]

Ausschlaggebend für di[...] geständnis dürfte das B[...] der Brasilianer sein, 140 Sc[...] zeuge vom Typ Tucano[...] Royal Air Force zu liefern[...] hatte kürzlich einen Auft[...] 150 Maschinen dieses Ty[...] niert, weil Brasilien[...] Transporter mit Waffen fü[...] amerika „aufgebracht" hat



Der Chemikant verdrängt den Hilfsarbeiter

40 industrielle und 20 handwerkliche Berufe werden neu geordnet / Lehrlinge lernen mit dem Computer umzugehen

Von SIMONE GUSKI

Durch die Luken der mächtigen Schmelzöfen sieht man eine gelbrot glühende Masse. Noch in einigen Metern Entfernung ist die Hitze unerträglich. Flammenwerfer schmelzen in einem Zinnbad Sulfat und Sand, die Rohstoffe für Glas. Hundert Meter weiter wird das zähflüssige Glas numerisch gesteuert geschnitten: jeden Tag 850 000 Tonnen. Auf einem Bildschirm in einer Schaltzentrale – mit ihren Apparaturen einem Nasa-Raumfahrtzentrum ähnlich – sieht man die Flammenwerfer im Innern des Ofens.

Zwölf Arbeiter überwachen in einer Schicht die Produktion. 135 Leute arbeiten in vier Schichten. Sie kontrollieren die Angaben des Computers, der die Maschinen steuert. Sie sollen lediglich Störfälle melden oder beheben. Ehemalige Schneider, Bäcker und Schuster wurden dazu angelernt. 800 Mann arbeiten heute in der Flachglas AG in Gladbeck. Vor zehn Jahren waren es noch 5000. Früher wurde das Flachglas noch geschliffen. Die Umweltbelastung war dadurch höher, der Energieverbrauch auch.

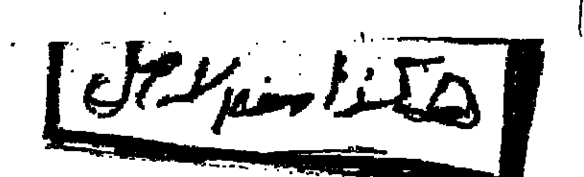
Die manuellen Fertigkeiten der älteren Glasbläser und Glasschleifer werden nun nicht mehr gebraucht. Einsicht in die Funktion der Meß- und Regeltechnik ist gefragt. Das Durchdenken und Erfassen von Prozessen, die nicht mehr sichtbar sind, muß erlernt werden. Ähnlich ist es in anderen Industriezweigen. Bei der Kraftwerk Union in Mülheim haben numerisch gesteuerte Maschinen auch schon die Fließbänder abgelöst, an der Dreher und Fräser vor einigen Jahren noch Turbinen fertigten. Heute stehen die Arbeiter an einem Kontrollpult, schauen konzentriert auf den Ausschlag von Zeigern und drücken hier und da einen Knopf. Die Computer-gesteuerten Maschinen arbeiten exakter, als dies je eine Menschenhand könnte. Sie vernichten aber auch viele Arbeitsplätze. Heinrich Galland, Leiter der Fertigung, dazu: „Um einen Arbeitsplatz einzusparen, werden 200 000 Mark investiert. So wird eine Produktmaximierung mal zwei erreicht." Anders ausgedrückt: Die Hälfte der Arbeitsplätze wird abgebaut. So werden immer weniger Arbeitskräfte gebraucht, dafür aber besser qualifizierte.

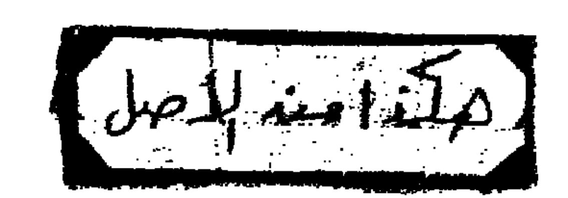
Um eine neue Ausbildungsordnung für Lehrberufe ringen deshalb das Bundesinstitut für Berufsbildung und die Betriebe. Bei dieser Kontroverse geht es darum, wie weit neue Technologien schon während der Lehrzeit vermittelt werden sollen. Um guten Nachwuchs zu bekommen, praktizieren das schon die Giganten unter den Betrieben. Bayer Leverkusen zum Beispiel liegt mit einer eigenen Berufsschule und Lehrwerkstätten für 2400 Lehrlinge ganz vorn. Hier bildet man für ganz neue Berufe aus, den Chemikanten zum Beispiel. Das ist nicht mehr der Chemiefacharbeiter und schon gar nicht mehr der angelernte Bäcker oder Landwirt aus Oberschlesien, die heute noch die Hälfte der Arbeiter auch bei Bayer ausmachen. Der Lehrling lernt hier Meß- und Regeltechnik; Grundlagen der Naturwissenschaften werden hier vermittelt, darunter auch Biologie. Denn der Facharbeiter in einem Chemiebetrieb ist es schließlich, der durch falsche Bedienung der Geräte irreparable Umweltschäden anrichten kann.

Bei alledem versucht man jedoch, so spät wie möglich zu spezialisieren und nicht nur an den neuesten Geräten zu trainieren, damit die Facharbeiter nicht ohne Basiswissen dastehen, wenn die nächste Generation von Computer die Fabrikhallen erobert. Gegen neue Technologien in der Ausbildungsordnung überhaupt wendet sich Kurt Plitt, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Kraftwerk Union in Mülheim: „Wir Großen haben da keine Probleme. Aber die mittelständischen Betriebe, die diese Technologien gar nicht haben, können da nicht mithalten. Sie müßten aufhören auszubilden, obwohl gerade sie diejenigen sind, die noch ausbilden könnten und auch bereit dazu sind." Die zweite Schwierigkeit: Der Stoff muß so aufbereitet werden, daß er sowohl für Hauptschüler als auch für hereindrängende Abiturienten geeignet ist. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben sich unlängst darauf geeinigt, sich allein an den Erfordernissen der Betriebe zu orientieren.

40 industrielle und 20 handwerkliche Berufe werden zur Zeit vom Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin neu geordnet, weil man immer mehr Facharbeiter und immer weniger Angelernte braucht. Dazu Norbert Krekeler vom Bundesinstitut für Berufsbildung: „Dabei muß man sich jedoch im klaren sein, daß auch die Zahl der gebrauchten hochqualifizierten Kräfte immer mehr zurückgeht." Eine Umordnung der Berufe also, um dem Fortschreiten der Technologie gewachsen zu sein.

Ein Lehrling von der Kraftwerk Union in Mülheim über die Arbeit am Computer, zu der er trainiert wird: „Die Arbeit wird immer einfacher und langweiliger. Die Leute stehen halt immer mehr rum." Der Betriebsratsvertreter der KWU, der selbst jahrelang an der Drehbank stand: „Ich bin zwar ein Träumer, aber die alten Zeiten möchte ich auch nicht wieder haben."





Kanadas Sozialdemokraten leben in einer Traumwelt

Die Partei verliert den Sinn für politische Wirklichkeit

A. von KRUSENSTIERN, Ottawa

Kanadas Sozialdemokraten wollen nicht regieren. Auf ihrem Parteikongreß verabschiedeten sie neulich ein Programm, das nach einhelliger Meinung politischer Beobachter nur einen weiteren Schwund ihrer politischen Basis zur Folge haben kann.

„Die neue demokratische Partei (so nennen sich die Sozialdemokraten) ist nach wie vor ein Debattierklub, der sich als politische Partei gibt und nicht fähig oder nicht willens ist, den politischen Realitäten ins Gesicht zu sehen", schrieb der kanadische Kolumnist Dale Eisler. Selbst einigen Delegierten auf dem Parteikongreß war klar, daß die Partei in einer Traumwelt lebt. „Wir müssen die Unterstützung einer breiteren Basis suchen", rief eine Delegierte in der Debatte. „Wir müssen gar nichts", fuhr ihr ein anderer Delegierter in die Parade. „Das überlassen wir den Liberalen und Konservativen. Wir haben das nicht nötig."

Auf dem Kongreß feierten die kanadischen Sozialdemokraten auch den 50. Geburtstag ihrer Partei, die am 1. Juli 1933 gegründet worden war. Sie erhofften sich vom Kongreß ein in die Zukunft weisendes Programm. Kurz vor dem Kongreß ergab eine Gallup-Umfrage, daß zur Zeit nur 16 Prozent der kanadischen Wähler die neue demokratische Partei unterstützen.

Nach dem Kongreß äußerten manche neue Demokraten Zweifel daran, ob die Partei selbst diese 16 Prozent werde halten können. „Ich würde mich nicht wundern, wenn wir in der nächsten Wahl nur etwa zwölf Sitze halten können!" meinte ein Vertrauter des Parteichefs Ed Broadbent. Gegenwärtig haben die neuen Demokraten 31 der 281 Sitze im kanadischen Unterhaus.

Die extremsten Forderungen des linken Flügels – Verstaatlichung der Industrie, des Transportwesens und der Banken – wurden von der Mehrheit des Kongresses abgeschmettert. Aber was übrigblieb und von der Mehrheit akzeptiert wurde, ist immer noch geeignet, die große Mehrheit der Kanadier vor den Kopf zu stoßen. Der Kongreß forderte ein Einfrieren der Atomwaffen in aller Welt auf dem gegenwärtigen Stand, ein Verbot der geplanten Erprobung amerikanischer Marschflugkörper in der kanadischen Arktis und ein Verbot der Zulieferung kanadischer Industrieprodukte an amerikanische Firmen, die in irgendeiner Form am amerikanischen Atomwaffenprogramm beteiligt sind. Ferner sprach der Kongreß sich für ein kostspieliges Arbeitsbeschaffungsprogramm und eine Ausweitung der kanadischen Sozialprogramme aus.

Ein Versuch der Linken, den langjährigen Parteichef Ed Broadbent zu Fall zu bringen, schlug fehl. Völlig unerwartet meldete der 28jährige Historiker John Bacher auf dem Kongreß seine Kandidatur für das Amt des Vorsitzenden an. Als sich daraufhin über 50 Reporter und Kameramänner auf ihn stürzten, wurde Bacher von Panik gepackt, rannte aus dem Saal und versteckte sich in einem Waschraum. Durch die verschlossene Tür hindurch wurde er überredet, seine Kandidatur zurückzuziehen. Broadbent wurde daraufhin ohne Abstimmung durch Akklamation als Parteichef bestätigt. (SAD)

Im Burenstaat kommt der Reformzug in Bewegung

Das empfindliche Gleichgewicht in Südafrika erträgt keine gewagten Experimente / Ein Kernstück in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West

Von GERHARD SCHRÖDER

Wir tun gut daran, uns wegen Südafrika ernste Sorgen zu machen. Europa ist den Ereignissen dort beinah hautnah. In der Ost-West-Auseinandersetzung ist dieser Teil der Welt ein empfindliches Kernstück.

Weithin hat die vom kommunistischen Terror im Regierungszentrum Pretoria gezündete Bombe Abscheu, Schrecken, Angst gebracht. Die südafrikanischen Bomben auf die Operationsbasis des ANC (Afrikanischer Nationalkongreß) in Maputo waren die Antwort. Frühere Attentate waren im Umfang geringer, aber sie passen ins Bild.

Vor ein paar Tagen hat in Bonn, eingeladen von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Konrad-Adenauer-Stiftung, der KwaZulu-Führer Gatsha Buthelezi gesprochen. Er, der Chef eines der Homelands und Schöpfer der schwarzen Inkatha-Bewegung (einer von Christen geführten Befreiungsbewegung, die sich um eine gewaltlose Friedenslösung bemüht), ist einer der bekanntesten schwarzen Politiker Afrikas. Ich habe ihn im Mai '78 mit einer Bundestagsdelegation in Ulundi besucht. Er sagte jetzt in Bonn: „Ich bin überzeugt, wenn der Westen nicht etwas Positives tut, um den inneren schwarzen Widerstand gegen die Apartheid zu unterstützen, werden wir schließlich den ganzen Subkontinent Südafrikas in Flammen aufgehen sehen. Wenn der Westen weiter die diplomatischen Spiele betreibt, die auf Kosten unserer menschlichen Würde gehen, sollten w i r nicht getadelt werden, wenn wir uns versucht fühlen, uns mit unseren Brüdern in der ANC nach Freundschaft mit dem Osten umzusehen, was das auf die Dauer auch kosten mag. Die Frage ist, ob der Westen jetzt bereit ist, in den gewaltlosen Kampf der schwarzen Südafrikaner einzugreifen, die er so lange ohne Hilfe gelassen hat – oder ob es dem Westen gleichgültig ist, wenn wir nach Freunden suchen, wo immer wir sie zu finden meinen. Ich glaube, daß der Westen eine moralische Verpflichtung hat ... Es ist hohe Zeit, daß der Westen diese Warnung ernsthaft wägt ..."

Etwa gleichzeitig haben zwei wichtige Politiker aus Südwestafrika/Namibia beim Bundeskanzler, dem Außen- und dem Entwicklungsminister vorgesprochen. Der Präsident der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) Namibias, Kuaimo Riruako, und der DTA-Vorsitzende Dirk Mudge bezeichneten diese erste Begegnung von DTA-Politikern mit dem deutschen Regierungschef als „offen, vertrauensvoll und freundschaftlich". Sie hätten den Eindruck gewonnen, als wolle sich Kohl mit Engagement und Sachverstand auch der Probleme des heute noch von Südafrika verwalteten Landes annehmen. Riruako erklärte, er habe den Kanzler besonders auf die Notwendigkeit deutscher Entwicklungshilfe für die Bevölkerung Südwestafrikas vor der Unabhängigkeit hingewiesen. Mudge versicherte, die DTA vertrete rund 95 Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung des Landes.

Zur Erinnerung sei gesagt, daß die Vereinten Nationen Sam Nujoma als einzig berechtigten Sprecher von Namibia anerkennen.

Einen Einblick in die amerikanische Afrika-Politik unter der Ägide Präsident Reagans vermittelte vor kurzem ein Symposium in St. Gallen (Schweiz). Chester Crocker, Direktor der Afrika-Abteilung des State Department, hat dort seine politischen Leitlinien dargelegt. Als Gradmesser für die südafrikanische Reaktion war der bekannteste südafrikanische Industrielle, Harry Oppenheimer, gekommen. Für beide Sprecher ist das südliche Afrika ein Krisenherd ersten Ranges. Sie sehen aber auch Lösungsmöglichkeiten.

Nach Meinung Oppenheimers ist die Liberalisierungspolitik im Wirtschaftssektor schon weit gediehen. Beeindruckende Fortschritte sieht er im Lohnbereich, bei der gewerkschaftlichen Organisation, beim Hausbau. Eine Einbeziehung der Schwarzen in die Entscheidungsbildung scheint ihm möglich zu werden. Vielleicht könne man zu einem zunächst beschränkten Stimmrecht kommen. Der „one man, one vote"-Rhetorik der schwarzen Führer gegenüber sei ein stufenweises Vorgehen denkbar. Die begonnenen Reformen der Regierung seien ein Anfang. Eine Förderung der gemäßigten Kräfte von außen sei sehr willkommen.

Crocker vertrat sein Konzept des „constructive engagement". Für den Westen gelte es zu sorgen, daß sich Südafrika und die ganze Region möglichst frei von äußerer Beeinflussung entwickeln könnten. Schädlich seien „radikale Patentrezepte, die den Realitäten nicht gerecht würden". Amerika billige die herrschenden Verhältnisse in Südafrika nicht. Die Homeland-Politik sei abstoßend; alles müsse getan werden, daß sie verschwinde. Aber das Gleichgewicht im südlichen Afrika sei zu empfindlich, die Verlockung für außenstehende Mächte, einzugreifen, sei zu groß, als daß man sich auf Experimente einlassen könne. Südafrika dürfe nicht zum „Nahen Osten des 21. Jahrhunderts" werden. Crocker verzichtete darauf, den strategischen Wert des Landes für den Westen darzustellen. Sollte aber die friedliche Entwicklung in Südafrika scheitern, so wäre die ganze Region verloren.

Daß Namibia im Augenblick Vorrang in der Afrika-Politik der USA hat, ergibt sich aus mehreren Gründen. In Angola hat der Ostblock Fuß gefaßt; die Gefahr eines Übergreifens auf die südlich angrenzenden Staaten ist groß. Deshalb der Wille der Administration Reagan, diesen potentiellen Störfaktor gleichzeitig – aber nicht als Vorbedingung – mit einer Lösung der Namibia-Frage auszuräumen. Die Vorteile liegen auf der Hand, die Risiken ebenfalls. Aber es gebe, so stellte Crocker mit Nachdruck fest, keine Alternative zu der gegenwärtigen westlichen Politik. Ausdrücklich bekannte er sich zur Arbeit der westlichen Kontaktgruppe und damit auch zur Lösung im Rahmen des UNO-Planes.

Sicher ist Südafrika die stärkste Militärmacht im südlichen Afrika. Der Burenstaat braucht eigentlich niemanden zu fürchten, denn seine Armee ist jederzeit in der Lage, „Präventivschläge" oder „Vergeltungsaktionen" gegen „Terroristenziele" in jedem Nachbarstaat rasch und erfolgreich durchzuführen. Aber in Kapstadt wird das Bild einer von „Kommunisten" angezettelten Verschwörung an die Wand gemalt. Es herrscht die Überzeugung von einer Übermacht von Feinden an den Grenzen des Landes vor.

Der Terrorakt in Pretoria ereignete sich trotz einer bestgerüsteten Armee und eines starken Polizeiapparats. Nach Angaben von Terrorismus-Sachverständigen gab es zwischen 1976 und 1982 insgesamt mehrere hundert Anschläge, hauptsächlich gegen militärische Objekte oder Infrastruktureinrichtungen. Das Land und seine Bevölkerung dürften in Zukunft vermehrt unter Schlägen von „Stadtguerrilleros" zu leiden haben. Die Warnung an Pretoria, jede Überreaktion zu vermeiden, geht davon aus, daß das verhängnisvolle Karussell von Terroranschlägen und Strafaktionen nur schwer zu stoppen ist, wenn es einmal richtig in Fahrt gekommen ist.

Südafrikanische Industrie- und Wirtschaftskreise sagen ihrer Regierung, daß den Bombenlegern und Attentätern der Nährboden durch tiefgreifende politische Reformen zugunsten der schwarzen Mehrheit entzogen werden muß.

Der Verfassungsumbau, den die Regierung plant, soll den Mischlingen und den Indern das Recht auf politische Mitsprache geben. Dem Parlament in Kapstadt liegt ein Vorschlag vor. Er ist umstritten. Die schwarze Mehrheit im Lande bleibt ausgeschlossen. Nach dem Willen der Regierung soll das Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet werden. Der weißen Bevölkerung soll es zum Referendum unterbreitet werden. Die Regierung ist nach wie vor dafür, die Homeland-Politik voranzutreiben.

Das Problem der „Urban Blacks" ist das am schwersten lösbare. Die Einwohnerzahl von Soweto wird mit 850 000 angegeben. Kenner veranschlagen sie eher auf zwei Millionen! Zu den Zukunftsängsten der Weißen gehört die Überlegung, daß der Anteil der Weißen an der Gesamtbevölkerung heute etwa 16,5 Prozent beträgt. Er dürfte bis zum Jahr 2000 auf etwa 10 Prozent zurückgehen. Heute: 4,6 Millionen Weiße bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 30 Millionen.

Die Weißen wissen, daß der „Reformzug" in Bewegung ist und nicht mehr rückwärts fahren kann. Nach meinem ersten Besuch in Südafrika war ich überzeugt, daß wachsender Lebens- und Bildungsstandard aller Einwohner Südafrikas diesen Teil Afrikas schließlich doch stabilisieren würde. Gibt es einen zwingenden Grund, diese Hoffnung zu begraben?

Bayern übernimmt Pilotfunktion

Kabinett in München beschließt Gründung einer neuen öffentlich-rechtlichen Anstalt

PETER SCHMALZ, München

Als erstes Bundesland wird Bayern eine neue öffentlich-rechtliche Anstalt gründen, der die Aufsicht und Verantwortung für die im Zusammenhang mit den Neuen Medien zu erwartenden Programme übertragen werden soll. „Wir haben damit eine Pilotfunktion für die anderen Länder übernommen", erklärte der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, gestern nach der Kabinettssitzung in München. Auf der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober will Bayern über seine Absichten informieren.

Die bayerische Regierung betonte gestern ihr Interesse an einer bundeseinheitlichen Regelung, schließt aber einen Alleingang nicht aus, falls mit dem Abstimmungsverfahren Verzögerungen verbunden wären. Stoiber: „Noch haben wir Zeit für eine Regelung, aber wir können nicht mehr warten."

Der Gesetzentwurf für die neue Anstalt, die im wesentlichen nur aus einem Aufsichtsgremium bestehen wird, muß auf Wunsch des Kabinetts bis Ende des Jahres vorliegen. Überlegungen, den Bayerischen Rundfunk (BR) mit der Aufsicht über die künftigen Kabelprogramme zu beauftragen, lehnte die Regierung ab. Stoiber: „Der BR kann nicht über seine Konkurrenz entscheiden." Ebenso wurden Pläne der Bundespost abgelehnt, selbst Fernsehprogramme in die von ihr verlegten Kabelanlagen einzuspeisen.

Der gestrige Grundsatzbeschluß soll zugleich beitragen, die noch mühsamen Startvorbereitungen des Münchner Kabelpilotprojekts zu verbessern. Zu diesem Zweck wurde die Pilotfunktion aufgehoben, da sie nach Meinung der Münchner Regierung in den vergangenen Jahren ohnehin von der technischen Entwicklung überholt wurde. Es gehe nicht mehr darum, ob Kabelfernsehen kommt, sondern wie, meinte Stoiber.

Die Aufhebung der Pilotfunktion hat eine weitreichende Konsequenz: Die für das Projekt produzierten Programme können demnach nicht nur im Münchner Versuchsgebiet mit geschätzten 10 000 Teilnehmern gesendet werden, sondern können künftig landesweit in alle bestehenden Kabelnetze eingespeist werden. Zur Zeit sind in Bayern rund 200 000 Haushalte verkabelt. Damit, so hofft die Regierung, werden dritte Anbieter neben ARD und ZDF verstärkt zur Teilnahme am Kabelprojekt animiert.

Das Münchner Kabelprojekt unter Leitung des ehemaligen BR-Chefredakteurs Rudolf Mühlfenzl ist nach zunächst euphorischen Ankündigungen in erhebliche Turbulenzen geraten, daß selbst CSU-Fraktionsvorsitzender Gerold Tandler, der ein Befürworter des Projekts ist, von der Gefahr eines „totalen Fiaskos" spricht. Dieses soll durch den gestrigen Beschluß beseitigt werden, soweit dies durch politische Hilfestellungen möglich ist.

Nachdem allerdings die Stadt München bereits ankündigte, sie werde mit ihrem Lokalprogramm frühestens nach der Kommunalwahl im März nächsten Jahres senden können, wird über eine mögliche Verschiebung des Sendebeginns von Ende Dezember auf nach Ostern '84 gesprochen.

Keine disziplinarischen Schritte

NRW-Staatssekretäre verurteilen „Beamten-Friedensinitiative" als unzulässig

WILM HERLYN, Düsseldorf

Trotz eines Verstoßes gegen das Beamtenrecht können die Initiatoren einer „Friedensinitiative in der Landesregierung" damit rechnen, daß keine disziplinarischen Schritte gegen sie eingeleitet werden. Allerdings hat die Ständige Konferenz der Staatssekretäre in Düsseldorf den Aufruf von knapp 30 Beamten und Angestellten in der nordrhein-westfälischen Landesregierung „zum entschiedenen Widerstand" gegen die NATO-Nachrüstung als „unzulässig und irreführend" verurteilt.

Die ersten Flugblätter waren in der vergangenen Woche in verschiedenen Ministerien verteilt worden. Darin heißt es, an die Ernsthaftigkeit der Bemühungen der beiden Verhandlungspartner in Genf „vermag ohnehin kaum jemand mehr glauben". Die Initiatoren – die Mehrzahl der Unterschriften wurden im von Christoph Zöpel geleiteten Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung und in dem Kultusministerium von Jürgen Girgensohn wie im Wissenschaftsressort von Hans Schwier geleistet – erwecken den Anschein, auch die von der absoluten Mehrheit der SPD getragene Regierung von Johannes Rau trete nicht aktiv genug für den Frieden ein.

Die Formulierung „Wir – die Friedensinitiative in der Landesregierung" suggeriert staatliche Autorität. Das Informationsamt in der Staatskanzlei sprach zunächst von einer „Aktion von Privatpersonen", Wissenschaftsminister Schwier dagegen reagierte sofort nach Bekanntwerden der Vorgänge und teilte den Betroffenen mit: „Ich mißbillige Ihre Meinung."

Die Staatssekretäre mahnten jetzt, beamten- und tarifrechtliche Gebote seien strikt zu beachten, da andernfalls Konsequenzen unausbleiblich seien. Gegenüber der WELT begrüßte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Otmar Pohl diese Haltung, zeigte sich aber verwundert darüber, warum Ministerpräsident Johannes Rau selbst noch nicht in dieser Frage Stellung bezogen habe. Es müsse gefragt werden, ob die Initiatoren bewußt einen Zeitpunkt ihrer Aktion gewählt hätten, zu dem Rau auf Staatsbesuch in Wien außer Landes gewesen sei.

Die CDU sieht sich in ihrer Auffassung bestätigt, daß die Führungsschwäche des Ministerpräsidenten immer deutlicher zutage trete. Gleichzeitig wurde bekannt, daß es in der Gruppe Auseinandersetzungen gegeben hat, nachdem einige der Unterzeichner ihre Unterschrift zurückzogen. Sie erklärten jetzt, sie seien von den Gründern der Gruppe enttäuscht worden und hätten nicht gewußt, daß ihre persönliche Meinung zu einer politischen Demonstration herhalten sollte.

Die Staatssekretär-Konferenz bekräftigte ihre Auffassung, daß auch Bedienstete der Landesregierung ihre private Meinung zu politischen Fragen äußern dürfen, verbietet aber die Formulierung „in der Landesregierung" ebenso wie das Verteilen von Flugblättern in den „Amtsräumen".

„Honeckers Staat 20 Jahre zurück"

Amerikanischer Journalist: „West-Berlin ist ein Leuchtturm der Demokratie"

WOLFGANG WILL, New York

„Nichts symbolisiert die Rivalität zwischen der kommunistischen Welt und den Demokratien des Westens dramatischer als die geteilte Stadt Berlin", schreibt der amerikanische Journalist Robert Haeger im Nachrichtenmagazin „U. S. New and World Report". Nach Besuchen der „zwei Berlins" zieht Haeger das Fazit: „In der wirtschaftlichen Entwicklung liegen die Ostdeutschen wenigstens 20 Jahre hinter den Westdeutschen zurück."

Er fügt hinzu: „Ostdeutschlands Lebensstandard, obwohl der höchste in Osteuropa, ist nur halb so hoch wie der in West-Berlin oder Westdeutschland." Zwar seien in Ost-Berlin Milliarden in den Aufbau des Stadtzentrums gesteckt worden, „doch nur wenige Minuten von den Wohnhochhäusern und Bürogebäuden entfernt erstrecken sich Flächen, wo sich seit Jahrzehnten nichts verändert hat: Häuser der Jahrhundertwende stehen an nicht reparierten Kopfsteinpflasterstraßen und zeigen noch immer die Wunden des Zweiten Weltkrieges."

Lebensmittelpreise und Mieten würden künstlich niedrig gehalten, subventioniert durch den Staat, der dafür jährlich „wenigstens zehn Milliarden Dollar" aufbringt, schreibt das Blatt. Während sich das Regime Erich Honeckers der wirtschaftlichen Erfolge brüste, „verschweigt es die massive finanzielle Hilfe, die es von Westdeutschland erhält. Bonn hält West-Berlin über Wasser, aber gibt auch Ost-Berlin Milliarden von Mark, um das Prinzip aufrechtzuerhalten, wonach Deutschland, obwohl geteilt, weiterhin eine Nation darstellt."

Hunderttausende von sowjetischen und „DDR"-Soldaten, unterstützt von 100 000 Mann „Sicherheitskräften", sorgten dafür, daß sich der Aufstand vom 17. Juni 1953 nicht wiederholt, schreibt Haeger. Doch die Slogans der kleinen Friedensbewegung wie „Frieden schaffen ohne Waffen" und „Schwerter zu Pflugscharen" seien verboten. Der US-Journalist kommt zu dem Schluß: „Wie die Kohleschwaden, die Ostberlins Luft verpesten, ist die starke staatliche Autorität dort wie im Rest des Landes unwiderlegbare Tatsache."

Über West-Berlin bemerkt Haeger: „An der Oberfläche ist diese westliche Enklave innerhalb Ostdeutschlands geschäftig und energiegeladen, tatsächlich aber handelt es sich um eine wirtschaftliche Katastrophenregion mit zurückgehender Einwohnerzahl und abnehmenden Arbeitsplätzen." Der westdeutsche Steuerzahler habe im vergangenen Jahr 13 Milliarden Mark für West-Berlin aufgebracht – „das sind etwa 16 Millionen Dollar pro Tag und mehr als ein Drittel des westdeutschen Verteidigungshaushaltes". Dies geschehe, um West-Berlin als „Leuchtturm der Demokratie" zu erhalten.

Zweite Runde über Zukunft Hongkongs

Jo/rtr, Peking/Bonn

Die zweite Gesprächsrunde über die Zukunft der britischen Kronkolonie Hongkong ist gestern in Peking eingeleitet worden. An den Gesprächen nimmt auf britischer Seite erstmals auch der neue Gouverneur Hongkongs, Sir Edward Youde, teil, der bei den Verhandlungen aber nicht als Vertreter Hongkongs von chinesischer Seite anerkannt wird. Die chinesische Delegation wird vom stellvertretenden chinesischen Außenminister Yao Guang geführt.

Obwohl beide Seiten die gleiche strikte Vertraulichkeit wahren, wie sie bereits über die erste im Herbst vergangenen Jahres begonnende Verhandlungsrunde vereinbart worden ist, erwarten Beobachter in Peking von den Verhandlungen detailliertere Ergebnisse.

Nach dem Besuch der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in Peking im September 1982 war die Souveränitätsfrage Hongkongs wieder aktuell geworden; sie hatte erhebliche Irritationen im Verhältnis beider Staaten ausgelöst. Anlaß war die Absichtserklärung Chinas, die Souveränität über Hongkong wiederzuerlangen, „wenn die Zeit reif ist". Der Pachtvertrag für die britische Kronkolonie, den China nicht anerkennt, läuft 1997 nach 99 Jahren aus.

Wie aber inzwischen über die Gespräche zwischen Frau Thatcher und der chinesischen Regierung von chinesischer Seite bekannt wurde, soll Chinas starker Mann Deng Xiaoping ihr im Herbst 1982 gedroht haben, daß „China seine eigene Lösung" bekanntgeben werde, wenn beide Staaten bis Ende 1984 keine Übereinkunft erzielen können.

Sowohl Großbritannien als auch China sind an Ergebnissen bei den derzeitigen Verhandlungen interessiert. Die in Hongkong entstandene tiefe Unsicherheit sowie eine verstärkte Kapitalabwanderung aus der Kronkolonie kommen Peking ungelegen. China hat mehrfach durchblicken lassen, daß es bei Wiedererlangung der Souveränität Hongkong den Status einer praktisch autonomen Wirtschaftszone gewähren und die Lebensverhältnisse dort nicht ändern wolle.

„DDR bat auch in Paris um Kredite"

AP, München

Die „DDR" ist nach Angaben des CSU-Bundestagsabgeordneten Fritz Wittmann wegen eines Kredits auch in Frankreich und in einem skandinavischen Land vergeblich vorstellig geworden, bevor ein hochrangiger Ostberliner Diplomat beim bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß um ein Milliardendarlehen nachgesucht habe.

Seine Partei knüpfe an den Kredit Erwartungen, daß es an der Zonengrenze weniger Schikanen geben werde, daß die „DDR" die Forderungen nach Ausgleich im Postverkehr von 600 auf 250 Millionen Mark zurückschraube und daß sich „beim Schießbefehl nichts mehr ereigne", sagte Wittmann in München. Allerdings wäre es gut gewesen, „wenn man rechtzeitig informiert worden wäre, um das eine oder andere Problem unterzubringen", sagte er.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Hollands Katholiken steht ein neuer Prinzipienstreit mit Rom ins Haus

BODO RADKE, Den Haag

Den Katholiken Hollands stehen nach allgemeiner Erwartung wieder einmal stürmische Wochen interner Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des konservativen und des „progressiven" Flügels bevor. Die überraschende Ankündigung, daß Papst Joahnnes Paul II. in Kürze den als konservativ geltenden Bischof Simonis von Rotterdam zum Nachfolger des 73jährigen Kardinals Willebrands – und damit zum Primas der niederländischen Kirchenprovinz – ernennen werde, wird von vielen „fortschrittlichen" Priestern und Laien als Schock empfunden.

Schon vor zwölfeinhalb Jahren hatte sich an Adrianus Johannes Simonis unter Hollands Katholiken ein Prinzipienstreit entwickelt, wie er in solcher Heftigkeit wohl nur in den Niederlanden denkbar ist. Anlaß war an der Jahreswende 1970/71 die Entscheidung des damaligen Papstes, den vakanten Bischofsstuhl der Diözese Rotterdam mit dem damals 39jährigen Kaplan Simonis zu besetzen. Die Befürworter des zu dieser Zeit bei allen Diskussionen über Probleme der Kirchenlehre und Kirchenpraxis dominierenden Reformkurses reagierten mit Aufschreien der Empörung.

In hitzigen Debatten zum Chef-Opponenten profiliert

Der neue Bischof von Rotterdam nämlich hatte sich in vielen hitzigen Debatten zum Chef-Opponenten gegen alles profiliert, was den Reformern wichtig war: Lösung des Priesteramtes von der Zölibatsverpflichtung, Liberalisierung der kirchlichen Einstellung zur Empfängnisverhütung und Demokratisierung aller Gremien der katholischen Religionsgemeinschaft wenigstens in Holland.

„Simonis", warf man dem Bischof auf der ersten Sitzung des Diözeserats nach seiner Ernennung vor, „nimmt alle im Vatikan getroffenen Entscheidungen kritiklos hin", mit der Rangerhöhung des Kaplans Simonis verbindet Rom offenbar die Absicht, die demokratisierenden Tendenzen zum Stillstand zu bringen, die sich Dank der verständnisvollen Haltung der Bischofskonferenz in ihrer bisherigen Zusammensetzung entwickeln konnten", hieß es.

Als Studentenpastor Jan van Well als Vorsitzender des Diözesanrats anschließend einen formellen Mißtrauensantrag gegen den neuen Bischof zur Abstimmung brachte, wurde dieser mit 21 gegen zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen akzeptiert. Auch der damalige Primas der niederländischen Kirchenprovinz, Kardinal-Erzbischof Alfrink, machte kein Hehl aus seinem Widerwillen gegen die Vatikan-Entscheidung, bei der zum erstenmal seit langer Zeit das Mitspracherecht der niederländischen Kirchenfürsten bei der Besetzung eines vakanten Bischofsstuhls vom Papst nicht respektiert worden war. Der Name Simonis hatte auf keiner Vorschlagliste gestanden.

Wenn in den zwölfeinhalb Jahren seither Bischof Andrianus Johannes Simonis weniger oft im Brennpunkt kritischer Auseinandersetzungen gestanden hat, als bei seinem Amtsantritt allgemein befürchtet worden war, so hat das drei Gründe. Zunächst vertritt Simonis seine Ansichten weniger aggressiv als früher. Zum zweiten haben Hollands Reformkatholiken ihre extreme Sturm-und-Drang-Zeit hinter sich. Eheschließungen von Priestern werden nicht mehr zu Publizitäts-Spektakeln hochstilisiert und der kirchliche Segen für das Eingehen einer Lebensgemeinschaft von homosexuellen Pärchen ist in Holland auch keine Sensation mehr.

Der dritte und wichtigste Grund für die relative Windstille um Simonis aber ist, daß der Bisch[...] Rotterdam schon wenige[...] nach seinem Amtsantritt aus[...] Position des Chefrepräsen[...] der vatikangetreuen Kath[...] von einem Amtsbruder ver[...] wurde, nämlich Bischof Gijs[...] Roermond. Dessen Erne[...] 1972 durch den Papst entge[...]len aus Holland vorliegende[...] fehlungen bestärkte die Ve[...] des „progressiven" Flügels i[...] Überzeugung, daß im Vatik[...] langfristig angelegter Pla[...] Zähmung der rebellische[...]chenprovinz ausgearbeitet s[...]

In Zukunft noch päpstlicher als der Pap[...]

Viele niederländische K[...]ken – sie stellen mit über 4[...]zent der Gesamtbevölkeru[...] größte Religionsgemeinscha[...]lands – sehen in der bevor[...]den Beförderung von Simon[...] Kardinal-Erzbischof eine [...]quente Fortführung dieses [...] Der Kardinal-Erzbischof v[...]recht ist von Amts wegen nic[...] Primas, sondern auch Vorsit[...] der siebenköpfigen Bischofs[...]renz. Und von einem Kardi[...]monis kann die römische Ki[...]spitze eine energischere [...]tung ihrer Meinungen in [...] höchsten katholischen Gre[...] Hollands erwarten als vom b[...]gen Kardinal Willebrands, de[...] um Kompromisse bemüht w[...]

Im niederländischen „R[...] Kirchen" als Dachverband c[...]cher Religionsgemeinsc[...] macht man sich Sorgen üb[...] Auswirkung der Rangerh[...] von Simonis auf die künfti[...]sammenarbeit. „Simonis", s[...] es in einer Stellungnahme, [...] noch päpstlicher sein als der [...] Es ist zu erwarten, daß er si[...] Kardinal bemühen wird, die [...]tion der holländischen Kath[...] zu mehr Unabhängigkeit vo[...] rückgängig zu machen."

Wird Immunität in Rom mißbrauch[...]

Zwei „ehrenwerte Abgeordnete" wurden gewählt, nur weil sie in Prozesse verwickelt[...]

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Unter den Mitgliedern des neugewählten italienischen Parlaments, das gestern in Rom zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, befinden sich zwei „Onorevoli", das heißt „ehrenwerte" Abgeordnete, besonderer Art. Sie verdanken ihre Wahl ausschließlich der Tatsache, daß sie in Gerichtsverfahren mit politischem Hintergrund verwickelt sind.

Gegen Universitätsprofessor Toni Negri, einem der mutmaßlichen Hauptexponenten der subversiven „Autonomia"-Bewegung, läuft vor einem römischen Schwurgericht ein Prozeß, in dem er unter der Anklage des bewaffneten Aufstandes gegen die Staatsgewalt, der Bildung einer bewaffneten Bande, der Entführung und des Mordes sowie der Mordbeihilfe steht. Die Radikale Partei hatte ihn mit dem erklärten Ziel auf ihre parlamentarische Kandidatenliste gesetzt, seine Haftentlassung zu erzwingen.

Der Polizeikommissar Salvatore Genova, Chef der Sondertruppe, die seinerzeit den amerikanischen NATO-General Dozier aus der Gewalt der Roten Brigaden befreite, wird in einem anderen Prozeß in Padua der Gefangenenmißhandlung beschuldigt. Er wurde von der sozialdemokratischen Wählerschaft in den Abgeordnetenstand erhoben.

Beide Justizfälle zeigen Aspekte, die nach Ansicht breiter Kreise der italienischen Öffentlichkeit Kritik rechtfertigen. Negri befand sich bis zu seiner Haftentlassung nach der Wahl ohne jedes Gerichtsurteil vier Jahre und drei Monate lang in Untersuchungshaft. Eine solche Praxis verstößt eindeutig gegen die Grundsätze der Menschenrechte. Das Verfahren gegen Genova und einige andere Angehörige seiner Sondereinheit stützt sich fast ausschließlich auf die Aussagen bereits verurteilter Rotbrigadisten, die bewiesen haben, daß sie in ihrem Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat keinerlei Skrupel kennen. Es ist geeignet, die gesamte Polizei, die im Kampf gegen den Linksterrorismus schwere Opfer gebracht hat, zu demoralisieren.

Von den Radikalen und von den Sozialdemokraten sind diese Argumente als Rechtfertigung für die Aufstellung Negris und Genovas ins Feld geführt worden. Beide Parteien haben ihr Ziel erreicht: Negri mußte aus der Haft entlassen werden. Der Prozeß gegen ih[...] eine Gruppe seiner Genosse[...]de zunächst ausgesetzt. Im [...] Genova wurde das Verfahre[...]gen den Polizeikommissar [...] Hauptverfahren abgetrennt [...] ebenfalls bis auf weiteres [...]setzt. Gegen beide kann lau[...]kel 68 der Verfassung nur [...] weiterverhandelt werden, [...] die Abgeordnetenkammer d[...]drückliche Zustimmung daz[...] Für ihre eventuelle Verhaf[...] auch auf Grund eines unwide[...]chen Gerichtsurteils – bedü[...] dann noch einer weiteren, [...]derten Zustimmung, die [...]rungsgemäß vom Parlament [...] den seltensten Fällen erteilt [...]

Nicht wenige Italiener si[...] Ansicht, daß die Institutio[...] parlamentarischen Immunit[...] Fall Negri und im Fall Gen[...] absurdum geführt worden se[...] einer Einrichtung zum Sch[...] parlamentarischen Freiheit [...] zum politischen Instrument z[...]zwingung eines Asylrechts [...]funktioniert worden, wie es i[...]tertum den zu Recht oder zu[...]recht Verfolgten in heiligen [...]ken gewährt werden mußte. [...] Justiz wurde jedenfalls zun[...] einmal in die Arme gefallen.

CDU-Abgeordneter: Sozialleistungen auf den Prüfstand

GISELA REINERS, Bonn

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit muß nach Ansicht des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion, Haimo George, „alles auf den Prüfstand, was ausbildungs- und beschäftigungshemmend wirken kann". George will damit nicht die gesamte Sozialpolitik zur Disposition stellen – „etwa 90 Prozent aller Bestimmungen werden erhalten werden müssen" – aber eine Diskussion eröffnen über die Veränderbarkeit von Regelungen, die „kontraproduktiv" wirken, also Einstellungen eher verhindern.

In einem Diskussionspapier, das nicht mit Fraktion und Arbeitsministerium abgestimmt worden ist, zählt der Abgeordnete Beispiele auf für Schutzvorschriften, die es Arbeitgebern erschweren, Frauen, Jugendliche oder Behinderte zu beschäftigen. Hier steht George Möglichkeiten, eventuell zeitlich begrenzt und somit wieder rücknehmbar, die Vorschriften zu lokkern. Er spricht von „vorübergehender Flexibilisierung". Trete nach einer gewissen Frist der erhoffte Beschäftigungseffekt nicht ein, müsse die Arbeitgeberseite zur Rechenschaft gezogen werden.

Doch nicht nur Schutzvorschriften, auch die Lohnfortzahlung, die Tarif- und Lohnstruktur sowie die Arbeitszeitordnung will George diskutieren lassen, um die Wirtschaft so zu „entlasten", daß sie „nicht entlassen" müsse. Er erwähnte auch die im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Einkommen in den Niedriglohngruppen. Zur Vorruhestandsregelung (58jährige scheiden aus, Arbeitslose ersetzen sie) meinte er, politisch werde man nicht daran vorbeikommen. Doch rechne er mit einem Beschäftigungseffekt von Null.

Erler – Wegbereiter für das Godesberger Programm



Morgen wäre der 1967 verstorbene Fritz Erler 70 Jahre geworden

FOTO: ALOIS BANKHARDT

Am 14. Juli werden erst 70 Jahre vergangen sein seit der Geburt eines großen Deutschen: Fritz Erler. 53jährig, riß ihn eine tückische Blutkrankheit aus dem Leben. Er sah noch das Ufer, dem er mit seiner ganzen politischen Leidenschaft, seiner überragenden Intelligenz, seinem ungewöhnlichen Arbeitseinsatz zustrebte. Aber er selbst konnte nicht mit seinen sozialdemokratischen Freunden das endlich erreichte Land der Großen Koalition bestellen. Das ist die Tragik im Leben Fritz Erlers.

War sein früher Tod im Februar 1967 auch tragisch für die Entwicklung der SPD, für die Bundesrepublik Deutschland? Der Mann, der sein Nachfolger als Fraktionsvorsitzender im Bundestag und als stellvertretender Parteivorsitzender der SPD wurde, Helmut Schmidt, bezeichnete später einmal Fritz Erler als seinen Freund und als sein Vorbild. Bei der Trauerfeier des Bundestages sagte Schmidt über Erler: „Er hätte schon zu Beginn der Bundesrepublik ein guter Innenminister sein können; er wäre später ein hervorragender Verteidigungsminister gewesen; er war in seinen letzten Jahren prädestiniert für die noch schwierigere Außenpolitik. Und viele von uns wußten sehr genau, daß er alle Fähigkeiten zum höchsten Amte besaß: Leidenschaft, Verantwortungsbewußtsein und Augenmaß in höchstem Grade und im inneren Gleichgewicht zueinander."

Jetzt, wo eine Generation herangewachsen ist, welcher der Name Erler nicht mehr viel, wenn überhaupt noch etwas sagt, muß daran erinnert werden, daß damals nicht nur Sozialdemokraten die Qualitäten Erlers so hoch einschätzten wie Helmut Schmidt.

Der Atem stockt einem, wenn man darüber nachdenkt, was geworden wäre, falls Erler nicht seit dem Sommer 1966 seinem unausweichlichen Tode hätte ins Auge sehen müssen. Dann wäre Erler und nicht Willy Brandt Bundesaußenminister der Großen Koalition geworden. Dann hätte er aller Wahrscheinlichkeit nach 1969 noch einmal zusammen mit Herbert Wehner und Helmut Schmidt gegen Willy Brandt für die Fortsetzung der Großen Koalition gekämpft. Und wäre er und nicht Brandt geradezu unvermeidlich dann auch der Kanzlerkandidat der SPD geworden?

Das letzte, was die Öffentlichkeit Ende 1966 von Fritz Erler hörte, war eine geschliffene Erklärung, die er in seinem Krankenbett in einer Klinik in Freiburg verfaßt hatte. Damit stellte er sich hinter die unter den Sozialdemokraten damals umstrittene Entscheidung für die Große Koalition. Das war für Erler weit mehr als ein Stück Taktik. Das war für ihn nicht anders wie das Godesberger Programm der SPD, Ausdruck seines konsequenten Willens zur Reform der SPD, ihres Wandels zur Volkspartei, ja zur staatstragenden Volkspartei.

Hervorragender Redner

Heute haben schon viele vergessen, daß der engagierteste und entschiedendste Vorkämpfer für diesen Wandel und damit für das Godesberger Programm in den 60er Jahren Fritz Erler gewesen ist. Helmut Schmidt bescheinigte ihm in seiner Gedenkrede: „Der Weg von der Klassenpartei zu einer Partei für die Überwindung von Klassen, für eine Gesellschaft ohne Vorrechte und Privilegien ist nicht von Fritz Erler allein gewiesen worden; aber wir Sozialdemokraten hätten ohne Fritz Erler diesen Weg nicht beschreiten können."

Dieser Fritz Erler hatte es sich selbst und der SPD, der er seit Kindesbeinen angehörte, nie leicht gemacht. Der Sohn einer kleinbürgerlichen, sozialdemokratischen Familie aus dem Berliner Arbeiterviertel Prenzlauer Berg war als junger Mann ein Linker. Er kapitulierte nicht vor den Nazis, stand an führender Stelle der Widerstandsgruppe „Neu Beginn", wurde wegen illegaler Tätigkeit zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Er floh im April 1945 aus einem Gefangenentransport in Süddeutschland.

Im württembergischen Kreisstädtchen Biberach setzten ihn die Franzosen als Landrat ein. Acht Monate später sperrten die gleichen Franzosen ihn in ein Internierungslager für Nationalsozialisten ein, weil er geflüchtete Fremdenlegionäre vor der Auslieferung bewahrt hatte. Als er dort entlassen wurde, holte ihn sich Carlo Schmid als Landrat nach Tuttlingen. Zwei Jahre später zog Fritz Erler in den neugewählten Bundestag ein.

Bonn erlebte damals in Fritz Erler einen hervorragenden Redner, der die Kunst der Debatte beherrschte, einen Mann, dem die Schnelligkeit seines Denkens, seine Formulierungskunst und sein ungewöhnlich umfangreiches immer parates Wissen zum Meister der freien Rede machte. Er griff nie nach dem schweren Säbel. Er war auch kein Florettfechter. Er benutzte die leichten Klingen, mit denen er blitzschnell zuschlug und zustach.

Erler behielt immer eine gewisse intellektuelle Kühle. Er galt auch als humorlos. Beides hatte dazu beigetragen, daß es ihm nicht leicht gemacht wurde, sich in der Spitzengruppe der SPD durchzusetzen. Noch 1954 fiel er bei den Vorstandswahlen auf dem Berliner Parteitag der SPD durch. Aber das war nicht primär die persönliche Eigenschaft Erlers, es war sein Drängen nach Weiterentwicklung sozialdemokratischer Politik – damals der Wehrpolitik –, die ihn zum umkämpften Mann werden ließ. Manche seiner Parteifreunde brauchten noch einige Jahre, bis sie sich Erlers Drängen anschlossen, bis sie den Weg nach Godesberg fanden.

Gegen fremde Einmischung

Unweigerlich drängt sich in diesen Tagen, in denen viele in der SPD das Godesberger Programm vergessen möchten, die Frage auf, wo würde Fritz Erler stehen. Zitate geben die Antwort: Fritz Erler in der WELT vom 8. 8. 1960: „Nicht die Bundesrepublik allein ist unser Vaterland, sondern ganz Deutschland." Vier Jahre später sagte Erler: „Um den Preis des Verlustes der Freiheit hätten wir die Einheit jederzeit haben können. Aber für uns alle miteinander hieß doch auch für unsere Landsleute in der Zone, daß die Einheit nicht die Einheit in einem kommunistischen Zuchthaus sein dürfe."

Dann ganz aktuell: „Bei jeder Abrüstungsmaßnahme müssen wir auch das notwendige militärische Gleichgewicht erhalten ... Zur Entspannung gehört die Überwindung der unnatürlichen Spaltung Deutschlands, gehört das Recht der Deutschen, ihre eigenen Angelegenheiten nach dem freien Willen der Bevölkerung ohne fremde Einmischung zu regeln."

GEORG SCHRÖDER

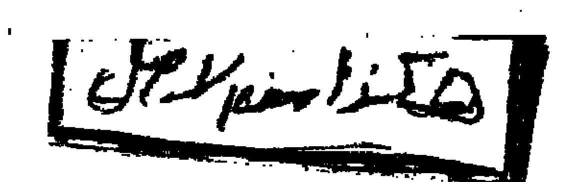
Militärdekan: Pfarrer lassen Soldaten im Stic[...]

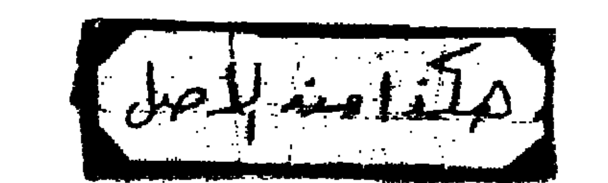
IDEA, M[...]

Der evangelische Wehrbereich[...]dekan Winfried Sixt (Mainz) hat [...] Kirchenleitungen aufgeford[...] Soldaten mehr vor Pfarrern [...] Schutz zu nehmen, die der Au[...]sung sind, daß ein Christ nicht [...] der Bundeswehr dienen kö[...] Anlaß dieses Appells war ein [...]würfnis zwischen Pfarrern [...] Soldaten in der Stadt Mayen.

Die Gemeindepfarrer Gün[...] Reese und Gernot Jonas, die [...] „politisch sehr einseitig" in [...] Friedensbewegung engagiert [...] hätten bei den Soldaten den [...]druck hinterlassen, sie seien in [...] Kirche unerwünscht, sagte S[...] Unter anderem verweigerten [...] den Soldaten eine Trauung in [...]form. Nach Angaben des Militär[...]kans hätten sich auch anschließen[...]de Gespräche mit den beiden P[...]rern als wenig sinnvoll erwiesen[...] Reese und Jonas seien im Grun[...] überhaupt nicht gesprächsbe[...] gewesen. Der zuständige Mili[...]pfarrer sei an den Konflikten [...] seinen Amtskollegen seelisch [...] körperlich „fast zerbrochen", er[...]beite deshalb jetzt in einem [...]ren Ort. Sixt: Und genau di[...] Kontroverse mit den Gemeind[...]pfarrern zeige, daß es sich um [...] Problem der Kirchenverfassung [...]handele.

Zu einem weiteren Konflikt [...] es gekommen, als im evange[...]schen Gemeindezentrum in Maye[...] sechs Wochen lang eine Colla[...]aushing mit dem Satz „Soldate[...] sind alle bezahlte Mörder". Ein [...] hieraufhin eingeleitete Klage [...]gen die Religionspädagogin Ko[...]nelia Kroeber-Loewenstein, die i[...]re Schüler das Thema „Frieden [...] illustrieren ließ, wurde vom Amts[...]gericht Mayen zurückgewiesen.





RADSPORT / Zwischenbilanz der 70. Tour de France: Holländische Stars sind demoralisiert

Im Maastrichter „Duce“ bestellten die alten Herren Cognac und wetteten auf einen Franzosen

Im Café „Duce", am Vrijthof in Maastricht, sank die Stimmung am Montagabend schlagartig. Es war wie damals, als Holland das Endspiel um die Fußball-Weltmeisterschaft in München gegen Deutschland verloren hatte – kaum jemand redete noch über Sport. Die Stimmung war gedrückt, als die Lage der holländischen Radstars bei der Tour de France unumstößlich wurde: Joop Zoetemelk ohne reelle Chance auf den Sieg, Johan van der Velde ebenso, Peter Winnen zum Mitfahrer degradiert, Kuiper, und vorher schon der große Jan Raas, ausgestiegen. Die Stars flüchten sich vor den Fernseh-Mikrophonen in Klischees, Ausdruck der Fassungslosigkeit. Zoetemelk: „Die Tour ist noch nicht vorbei." Van der Velde: „Die Rechnung ist noch nicht präsentiert." Winnen: „Es bleibt wenig Zeit, um noch etwas zu tun."

Der Oberkellner im „Duce" erinnerte sich an eine Gruppe älterer Herren, die trotz des holländischen Tour-Debakels nochmals eine Runde alten Cognac zum Kaffee bestellten. Allesamt hatten sie bei ihrem Buchmacher auf den Franzosen Pascale Simon getippt – weil sie das Bild des jungen Mannes in der Zeitung so sympathisch fanden. Die zehn Gulden waren am Montagabend gut angelegt, Simon durfte sich das gelbe Trikot des Führenden überstreifen.

Rund 400 000 Mark haben die kolumbianischen Fernsehanstalten ausgegeben, um täglich bis zu acht Stunden lang via Satellit von der Tour de France zu berichten. Am Montag schien sich der Einsatz gelohnt zu haben, denn auf der schweren Pyrenäen-Etappe landeten zwei der kolumbianischen Amateure unter den ersten Fünf. Ihr Betreuer, der ehemalige spanische Tour-Sieger Luis Ocana, erklärte es den 54 kolumbianischen Tour-Reportern so: „Hitze sind sie gewöhnt, steile Berge erst recht. Ein normaler Etappenverlauf."

Tour de France 1983: Ohne den Bretonen Bernard Hinault ist das größte Radsport-Spektakel der Welt so spannend wie seit Jahren nicht mehr. Die Franzosen feiern bereits ihren neuen Helden, Jean-René Bernaudeau, den ewigen Widersacher Hinaults. Die Belgier tragen Trauer, denn weit und breit ist kein Nachfolger des bereits legendären Eddy Merckx in Sicht. Die Italiener lachen sich ins Fäustchen, ihre Stars bereiten sich derweil für die Weltmeisterschaft vor.

Tour de France 1983: Die Anfahrtsetappen bis zu den Pyrenäen waren zu lang, die Scharmützel bei großer Hitze zu harte Kämpfe. Die Helden, so scheint es, sind bereits müde. Wer kann noch gewinnen? „Wer am meisten leiden kann", sagt Eddy Merckx. Er hat die Tour fünfmal gewonnen.

FRANS VERMEEREN

Jean-René Bernaudeau





Hennie Kuiper



Sean Kelly

Johan van de Velde
FOTOS: AP (2), RAUCHENSTEINER, BILD+NEWS

Bernaudeau – der Favorit

Einst wollte der Südfranzose Jean-René Bernaudeau (27) zum großen Gegenspieler des Bretonen Bernard Hinault werden. Dehalb verließ er das Renault-Team und versuchte sich als Kapitän bei Peugeot. 1981 ging das bei der Tour de France noch ganz gut, da wurde Bernaudeau Sechster und belegte in der Bergwertung den dritten Rang. Im vorigen Jahr klappte kaum mehr etwas, weil ihm der Australier Phil Anderson die Kapitäns-Rolle streitig machte. Bernaudeau wurde bei der Tour nur noch Dreizehnter. Als Teamchef Maurice De Muer obendrein in Pension ging, „sah ich bei Peugeot keine Arbeitsbasis mehr". Bernaudeau ging zum kleinen Wolbèr-Team. Jetzt gehört er zu denen, die die Tour 1983 gewinnen können, „denn die Tour ist meine einzige Leidenschaft".

Kuiper – der Aussteiger

Als es am Montag bei glühender Hitze durch die Pyrenäen ging, stieg einer der großen Tour-Favoriten aus: der holländische Ex-Weltmeister Hennie Kuiper. Wenn der 34jährige vom Rad steigt, muß Außergewöhnliches passiert sein, denn der Ex-Weltmeister gehört weiß Gott nicht zu den Zimperlichen. Kuipers Vater war am letzten Freitag daheim in Holland mit dem Fahrrad verunglückt und dabei unter ein Auto geraten. Kuipers Frau Ine beruhigte ihren Mann am Telefon: „Es ist nur eine geringfügige Nasenverletzung." Am Sonntag abend, acht Stunden vor der schweren Pyrenäen-Etappe, rückte Frau Kuiper dann mit der Wahrheit heraus: Vater bleibe wahrscheinlich halbseitig gelähmt, das Gehirn sei in Mitleidenschaft gezogen. Hennie Kuiper gab die Tour de France auf.

Kelly – der Versager

Eigentlich wollte der Ire Sean Kelly, der Weltmeisterschaftsdritte, dieses Jahr endlich die Tour de France gewinnen. Doch nach seinem Einbruch in den Pyrenäen ist das nicht mehr möglich, und so konzentriert sich Kelly, der schnelle Spurter, wieder auf das grüne Trikot des Punktbesten. Ihm selbst ist der Formverlust unerklärlich, weil er sich noch kurz zuvor bei der Tour de Suisse als exzellenter Bergfahrer entpuppt hatte. Kelly hat übrigens, wie andere angelsächsische Fahrer auch, schon vor Jahren des Radsports wegen seine Heimat verlassen. Er lebt in der Nähe der belgischen Stadt Gent, startet für das Team seines väterlichen französischen Freundes Jean De Gribaldy. Wenn Kelly mal daheim ist, flattert vor seinem belgischen Haus aber stets die irische Fahne.

Van de Velde – der Verlierer

Nichts dokumentiert den Niedergang des besten Radrennstalls der Welt – TI-Raleigh – so deutlich wie die Aussichtslosigkeit des Holländers Johan van de Velde (27), diese Tour noch gewinnen zu können. Jan Raas, Ex-Weltmeister und Kapitän, ist bereits nach Hause gefahren. Peter Winnen, bis zum Sonntag noch Tour-Favorit, gehört nun zur Staffage. Ende der Saison wird es dieses Team nicht mehr geben. Raleigh will nicht mehr mit Radrennfahrern werben.

Temchef Peter Post verspricht dennoch Verträge und erzählt von einem reichen Sponsor, der noch ungenannt bleiben will. Seine Stars glauben ihm nicht mehr und verhandeln, wie Raas, mit belgischen oder Johan van de Velde mit italienischen Teams. 1983 war van de Velde noch Tour-Dritter.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Weniger Liebe spürbar

„Leserbrief: Kirchenstreit in Südwest": WELT vom 1. Juli

Um es gleich vorwegzunehmen: Ich will zum Kirchenstreit in Südwest nicht Stellung beziehen, obwohl ich vermuten darf, daß weniger theologische als politische Gründe zu diesen bedrückenden Konsequenzen geführt haben.

Ich will vielmehr ein Wort zur Persönlichkeit von Propst Kauffenstein sagen, der mich bei meinen Informationsbesuchen in Windhuk ebenso wie meine Kollegen in der nobelsten Weise informierte, den natürlich schmerzte, daß im Schatten südwestafrikanischer Kirchentürme oft mehr Politik als Seelsorge betrieben wurde.

Ich erinnere mich an ein Gespräch, in dem Propst Kauffenstein sehr bedächtig und ohne jeden Groll auf die bevorstehenden Schwierigkeiten hinwies, dabei aber nicht vergaß zu erwähnen, daß ein Weg gewählt werden müsse, der die Kirche in ihrem Auftrag nicht gefährde. Und dann kam das, was ich bei anderen Männern der Kirche in der Regel heute vermissen muß: Propst Kauffenstein bat seine Besucher aller Konfessionen, mit ihm für alle Menschen, die in diese Konflikte verwickelt seien, zu beten.

Ich hoffe, manchem Theologen nicht zu nahe zu treten, wenn ich ihn an das Beten erinnere. Bundespräsident Carstens hat jüngst seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß es in Deutschland mehr Einigkeit gäbe, wenn mehr gebetet würde.

Es hat mich daher zutiefst bestürzt, daß einer der wenigen Kirchenmänner, der auch in einer Konfliktsituation noch zum Beten befähigt war, Gegenstand eines Aktenvermerks in einer deutschen Tageszeitung wurde, in dem wenig von der Liebe spürbar ist, die ich in der Kirche suche.

Ich möchte dem hinzufügen, daß ich für Propst Kauffenstein bete und ihm mit vielen Christen für seine noble Haltung danke.

Freundliche Grüße
Dr. Hans Stercken, MdB, CDU, Bonn 1

Todesstrafe

„Der Ruf nach dem Henker": WELT vom 4. Juli

Sehr geehrte Herren,

Herr Fritz Wirth behauptet, daß der „Trend" – die Mehrheit der Briten für die Todesstrafe – „eindeutig der der Einstellung zur Todesstrafe in den meisten anderen westeuropäischen Ländern zuwider" laufe.

Herr Wirth hat recht, wenn er die Einstellung derer meint, die bestimmen, was für die betreffenden Länder angeblich gut ist. Er hat jedoch unrecht, wenn er – wofür seine Formulierung an sich spräche – die Mehrheit der Bürger dieser Länder meint, die wie die Briten für die Todesstrafe sind.

Hochachtend!
Horst Christ, Pegnitz

Breitbandnepp

Einem Privatmann würde man es als Bauernfängerei ankreiden, würde er so vorgehen wie die Deutsche Bundespost mit ihrem Angebot zum Anschluß an das Breitbandnetz. Erst werden die Kunden mit niedrigen Preisen geködert, um nachher aufgrund des Staatsmonopols die Preise um ein Vielfaches zu erhöhen.

Nach bisheriger Regelung war für ein Mietshaus von 50 Wohneinheiten eine einmalige Anschlußgebühr von DM 400,– vom Hausbesitzer zu bezahlen und daneben eine monatliche laufende Gebühr von DM 0,88 (für jede weitere Antennensteckdose DM 0,30) somit monatliche laufende Gebühr DM 44,–.

Ab 1. Juli 1983 muß der Hausbesitzer, für Neuanschluß, für alle 50 Mieter je DM 400,– für einmaligen Anschluß bezahlen = DM 20 000,– und an laufenden monatlichen Gebühren für 50 Wohneinheiten je DM 6,– = monatlich DM 300,–. Somit pro Jahr DM 3600,–. Für diesen Preis könnte jährlich eine neue Gemeinschaftsantenne gekauft werden. Dies ist besonders für diejenigen Vermieter bzw. Mieter ärgerlich, die sich bereits an das Kabelfernsehen angeschlossen haben und nicht mehr oder sehr schwer die Möglichkeit haben, eine preiswerte eigene Antenne wieder aufs Dach zu stellen.

Aufgrund dieses Rechenbeispiels wird sich kein Wohnungsunternehmen und kein Hausbesitzer, der noch rechnen kann, mehr bereit finden, sich an das Breitbandnetz der Deutschen Bundespost anzuschließen. Soweit hätte der beschließende Postverwaltungsrat denken müssen!

Helmut Lueginger, Stuttgart 1

Verwirrung allerorten

Liest man die kontroversen Beiträge über das „Wissenschaftskolleg zu Berlin" noch einmal im Zusammenhang, so wird einem aus langjähriger Gewöhnung an den Verlauf öffentlich ausgetragener Fehden klar: Es mußte so kommen.

Da schreibt Hartmut von Hentig voll des Glückes über das dort Erlebte und voller Larmoyanz über die zurückgelassenen „widrigen" universitären Verhältnisse, deren „Schlinggewächs" ihn selbst am Kolleg nicht ganz freigibt. Darauf folgt, Monate später, eine Replik von Joachim Dyck, genau argumentierend, ohne Schwulst, polemisch, erfrischend und sehr vergnüglich zu lesen. Und nun, da alles gesagt war, jeder den Schatz seiner Erfahrungen preisgegeben hat, hätte Schluß sein können: Meinung steht gegen Meinung, das genügt.

Aber mitnichten. Stanislaw Lem muß noch auf drei Spalten das Thema verfehlen, indem er das internationale Flair der Wissenschaft beschwört, Dyck damit als tumben Deutschen in die germanistische Provinz verweist und im übrigen die Früchte seines Berliner Fleißes aufzählt. Und Leo Kreutzer führt zur Entlastung des (offenbar doch vorhandenen?) schlechten Gewissens die Verheißungen der bürgerlichen Gesellschaft an, will aber im übrigen nicht mehr darüber rot werden, daß er von Berufs wegen lesen darf.

Fazit: Verwirrung allerorten.

So läuft es immer. Schreibt jemand, Lehrer hätten zuviel Ferien, und er kenne einen, der schon nachmittags Tennis spielt – schallt die Empörung hundertfach aus den Lehrerzimmern, führt nächtliche Korrekturen, Erschöpfungszustände und andere Berufsqualen an. Und wird der öffentliche Dienst ob seiner Privilegien gescholten, rechnen beamtete Leserbriefschreiber landauf, landab minutiös vor, wie schlecht es ihnen gehe, und daß die Angestellten doch viel mehr ... (und umgekehrt).

Dahinter steckt allemal die Unfähigkeit, Kritik ertragen zu können und auch einmal gelten zu lassen. Ansichten und Meinungen lassen sich eben nicht immer versöhnen, aus vielen Facetten entsteht nun einmal kein Ganzes: Sollte man damit nicht auch leben können?

Theo Meier-Ewert, Bonn 1

Allahs Sonne

„Pankraz, Tonio Kröger und die Paßkontrolle"; WELT vom 4. Juli

Lieber Pankraz,

was Tonio Kröger erfuhr, gibt es noch heute – so: Eine Frau reist von Marokko über Algerien, Tunesien, Libyen nach Ägypten und bis zum Irak, ohne Paß und Visum vorzeigen zu müssen. Nur mit ihrem Buch. Das ist aus dem Deutschen ein paarmal ins Arabische übersetzt, in den Schulen unterrichtet, für Examen studiert worden und – obwohl nicht der Unterhaltung, sondern dem Wissen dienend –, was in Europa kein Feuilleton-Redakteur wagen würde, in den Tageszeitungen je dreiviertel Jahre lang von Bankdirektoren, Taxifahrern, Kaffeehausgästen und Hausfrauen gelesen.

Ebenso wie Professoren, Staatschefs, Teppichhändler, Muftis und Kellner kennen die Grenzpolizisten nur den Namen der Schriftstellerin: „Sijada Sigrid" oder mit Wärme „Schams Allah", d. h. Allahs Sonne. Das genügt. Geist öffnet in der arabischen Welt noch immer Grenzen und Herzen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Sigrid Hunke, Bonn

Wort des Tages

„Das Schicksal des Menschen ist auf glückliche Augenblikke, nicht aber auf glückliche Zeiten eingerichtet."

Friedrich Nietzsche, dt. Philosoph (1844–1900)

SPORT-NACHRICHTEN

Geht Otto nach Florenz?

Berlin (sid) – Wasserball-Nationalspieler Frank Otto vom fünfmaligen deutschen Meister Spandau 04 Berlin wird vom italienischen Erstligaklub FC Florenz umworben. Die Italiener haben dem Berliner für einen Zweijahresvertrag 150 000 Mark geboten. Otto hat sich noch nicht entschieden.

Vahrenkamp bleibt Vierte

Grand Junction (sid) – Ines Vahrenkamp (Oldenburg) kam bei der 72,4 Kilometer langen Etappe in Grand Junction (US-Bundesstaat Colorado) auf den siebten Platz. In der Gesamtwertung des „Coors-Classic"-Radrennens liegt sie mit 6:05 Minuten Rückstand auf die führende Rebecca Twigg (USA) weiterhin auf dem vierten Platz.

Düsseldorf holt Kanadier

Düsseldorf (dpa) – Der Eishokkey-Bundesligaklub Düsseldorfer EG hat für die kommende Saison den Kanadier Peter-John Lee verpflichtet. Lee spielte in der nordamerikanischen National Hockey-League (NHL) in den letzten vier Jahren bei den Pittsburgh Pinguins, für die er in 431 Spielen 114 Tore erzielte.

Otten mit Gehgips

Bremen (dpa) – Werder Bremens Fußball-Nationalspieler Jonny Otten, der sich beim Intercup-Spiel in Malmö den Knöchel gebrochen hatte, muß nicht operiert werden, aber sechs Wochen lang einen Gehgips tragen.

Silber durch Schreiber

Edmonton (dpa) – Am letzten Tag der 13. Universiade in Edmonton errang Helmut Schreiber (Heidelberg) im Speerwerfen mit 84,12 Meter die sechste Silbermedaille für den Allgemeinen Deutschen Hochschulsport-Verband (ADH). Mit einer Gold-, sechs Silber- und zwei Bronzemedaillen belegte der ADH den neunten Rang in der Länderwertung.

Stirbt Schalibaschwilli?

Edmonton (dpa) – Nach Ansicht von Primo Nebiolo (Italien), dem Präsidenten des internationalen Hochschulsport-Verbandes (FISU), hat der verunglückte sowjetische Turmspringer Sergej Schalibaschwilli keine Überlebenschancen: „Er stirbt, und nichts kann mehr für ihn getan werden." Die Mutter des Sportstudenten, die auch seine Trainerin ist, wird bereits in Edmonton erwartet.

ZAHLEN

RADSPORT

Tour de France, 10. Etappe von Pau nach Bagneres-de-Luchon, 198 km: 1. Millar (Schottland) 6:23:27 Std., 2. Delgado (Spanien) 0:07 Min. zur., 3. Simon (Frankreich) 1:14. – **Gesamtstand:** 1. Simon 48:34:03 Std., 2. Fignon (Frankreich) 4:22 Min. zur., 3. Bernaudeau (Frankreich) 5:34, 4. Kelly (Irland) 6:13, 5. Zoetemelk (Holland) 6:21 ... 10. Anderson (Australien) 9:22, 11. Agostinho (Portugal) 9:29 ... 13. van de Velde (Holland) 9:57, 14. Winnen (Holland) 10:18 ... 17. van Impe (Belgien) 11:28.

TENNIS

Int. Turnier in Stuttgart-Weissenhof, 1. Runde, Herren-Einzel: Giammalva (USA) – Elter (Deutschland) 6:4, 6:3, Gitlin – Tanner (beide USA) 6:4, 4:6, 6:0, Teacher (USA) – Orantes (Spanien) 6:4, 2:6, 6:2, Higueras (Spanien) – Givaldo (Brasilien) 7:5, 4:6, 6:3.

Gewinnquoten

Lotto: Rang 1: 1 097 633,80, 2: 98 005,70, 3: 5462,80, 4: 96,60, 5: 7,70. – **Toto: Elferwette:** Klasse 1: 192 826,70, 2: 3476,30, 3: 257,20. – „6 aus 45": Klasse 1: unbesetzt, 2: 20 698,00, 3: 3175,20, 4: 65,10, 5: 6,50, Jackpot: 748 505,70. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 1213,80, 2: 191,90. – Rennen B: Klasse 1: 60,60, 2: 27,10. Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 258 565,40. (Ohne Gewähr)

STANDPUNKT/*Vorfreude*

Kaum ist er da, schon herrscht ein ganz anderer Ton beim FC Bayern München. Bereits beim ersten Training haben die Beobachter festgestellt: Mit Udo Lattek wird alles anders, was im Fußball immer heißt: besser. Er wolle Meister werden, ab sofort werde aggressiv gespielt, auf Angriff. Das hat Lattek versprochen. Und die Fans haben leuchtende Augen bekommen. Nun hat zwar noch keiner in der Bundesliga den Abstieg zum Ziel erklärt und Sicherheit zur Methode, und noch kann keiner begründen, wieso bei so vielen guten Vorsätzen dann doch immer wieder diese deprimierenden 0:0 und 1:1 passieren, wenn es ernst wird. Aber das ist ja auch egal. Versprechen kosten nichts, machen dafür aber unerhört glücklich. Und Vorfreude will ja irgendwie geschürt sein.

In München schwören sie heute schon auf Lattek. Die Spieler sind, so hört man, Feuer und Flamme. Denn nach dem ersten Training hatten sie ein Erlebnis, das sie geradezu als sensationell empfanden. Zum Mittagessen wünschte der Trainer „guten Appetit". Das wäre Pal Csernai nie eingefallen. Super, wie dieser Lattek sich als Meisterpsychologe erweist, selbst dann, wenn nicht mehr passiert, als daß die Suppe auf den Tisch kommt. Gewiß der ideale Mann, um Happel und Rehhagel, Hamburg und Bremen dieselbe zu versalzen.

FUSSBALL / Michels bleibt Trainer in Köln

Doch der nächste Ärger ist bereits programmiert

MARCUS BERG, Köln

Harald „Toni" Schumacher, nach einer Meniskus-Operation gerade erst wieder lauffähig, verließ den Ort der Auseinandersetzung wie ein Sieger. Zwar hatte der Torwart der Nationalmannschaft und des 1. FC Köln sein Ziel verfehlt, Trainer Rinus Michels und Manager Hannes Löhr noch vor Saisonbeginn zur Aufgabe zu zwingen, doch als Verlierer mußte er sich keineswegs fühlen.

Peter Weiand, Präsident des 1. FC Köln, betonte beim Eröffnungstraining am Geißbockheim, daß er nur die Form beanstande, in der Schumacher und sein Manager Rüdiger Schmitz Mißstände im Klub beim Namen nannten. Die Sache blieb ausgeklammert. Und so wiederholte Schumacher in einer internen Mannschaftssitzung, zu der er (bewußt?) nicht geladen, wohl aber erschienen war, Punkt für Punkt die Vorwürfe, die er gegen den Trainer während dessen Abwesenheit öffentlich vorgebracht hatte.

Was Schumacher emotionslos in einem 20-Minuten-Vortrag zu Gehör brachte (Kern: „Die Vertrauensbasis ist gestört. Herr Michels weiß, daß ich der letzte war, der zu ihm gehalten hat. Und damit ist es jetzt auch vorbei"), veranlaßte die Spieler, noch fester gegen den Trainer zusammenzustehen. Einen Tag nach Rückkehr aus dem Kalifornien-Urlaub schien Michels noch geneigt, „die Brocken hinzuwerfen". Auch er hatte Vertrauensschwund herausgestellt und durchblicken lassen, daß eine gedeihliche Zusammenarbeit nun nicht mehr möglich und die massive Kritik des Torhüters ihn sehr getroffen habe.

Einen Tag später freilich („Ich habe darüber eine Nacht geschlafen") präsentierte sich der Holländer, den die Spieler verächtlich „General" nennen, in Kämpferpositur. Mit ihm Hannes Löhr, der erst, nachdem ihm der Vorstand den Rücken stärkte, wieder Mut gefaßt hatte.

Bestärkt durch den Vorstand („Sie haben unser Vertrauen") verkündete Michels der Öffentlichkeit: „Wäre ich Schumachers Wunsch gefolgt, hätte ich mir ein Leben lang Feigheit vorwerfen müssen. Deshalb arbeite ich weiter wie zuvor, auch gegen das Mißtrauen der Spieler." Doch hinter den starken Worten steckt sicherlich die Überlegung, daß der Großverdiener der Branche auf ein ganzes Jahresgehalt (rund eine halbe Million Mark) hätte verzichten müssen, wenn er die Koffer gepackt hätte.

Und auch der tränenfeuchte Hinweis des amtierenden Präsidenten Weiand, die Schumacher-Kampagne gegen Michels, Löhr und letztlich auch seinen designierten Nachfolger Karl-Heinz Thielen, habe ihn so sehr getroffen, daß es ihm schwerfalle in Zukunft weiter mit dem Herzen für den Klub tätig zu sein, hat höchstwahrscheinlich Chiffre-Charakter. In Wirklichkeit, so vermuten Insider, leite Weiand, der ursprünglich noch ein Jahr im Amt bleiben wollte, nur seinen Rückzug ein: Im Herbst sind Vorstandswahlen.

Die Opposition hat sich – zumindest in Gedanken – schon formiert. Es ist kein Geheimnis, daß Schumacher-Berater Rüdiger Schmitz, ein Vermessungsingenieur aus Euskirchen, großes Interesse daran hat, beim FC Köln alles umzukrempeln. Demokratie muß in die verkrusteten Vereinsstrukturen gebracht werden, sagt Schmitz, und Dr. Bernhard Worms, Nordrhein-Westfalens CDU-Chef, beim FC Köln Verwaltungsratsmitglied, soll ihm dabei helfen.

Daß er sich auf die Spieler verlassen kann, wenn es gilt, Funktionsträger zu nennen, die ihm in den Kram passen, machte gerade erst wieder Mannschaftskapitän Gerd Strack, wie Weltklassedribbler Pierre Littbarski und Schumacher Klient von Schmitz, deutlich: „An unserem Standpunkt zu Michels hat sich nichts geändert. Die Mannschaft steht nicht mehr hinter ihm und wenn jetzt etwas schiefgeht, dann muß der Vorstand dafür die Verantwortung übernehmen".

Wie aber soll etwas gutgehen, wenn der Konflikt schon programmiert und die Fronten total verhärtet sind. Beim FC Köln werden wieder einmal Konflikte nicht ausgetragen, sondern vor sich hergeschoben. Und darum darf sich Rüdiger Schmitz, obwohl von Weiand und Michels als Buhmann und Drahtzieher ausgemacht, zusammen mit Schumacher als Sieger fühlen. Denn der heiße Herbst kommt bestimmt.

Sollten sich bis dahin spektakuläre Erfolge und die notwendigen Zuschauer (kalkulierter Schnitt 18 000!) ausbleiben, und danach sieht es aus, wird Weiand den Trainer nicht mehr halten können. Aber vielleicht ist er dann schon nicht mehr Präsident.

PS: Kleines Indiz: Zum Auftakttraining der Kölner kamen 500, zum ersten Training von Borussia Mönchengladbach aber 10 000 Schaulustige ...

Personalien

GEBURTSTAG

Seinen 75. Geburtstag feiert am Donnerstag **Hermann Dietzfelbinger**, von 1955 bis 1975 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und von 1967 bis 1973 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland. Der fränkische Pfarrersohn, seit 1931 im Dienst seiner Kirche, hat immer zurückhaltend im Ton, aber eindeutig in der Sache das vertreten, was er für das eigentliche Anliegen hielt, und mit Nüchternheit und Klarheit dem jeweiligen Zeitgeist widerstanden. Dietzfelbinger, der als letzter EKD-Ratspräsident von einer Synode gewählt worden war, die noch von Vertretern der Kirche aus beiden Teilen Deutschlands beschickt wurde, hat sich stets für eine ecclesia semper reformanda von der Basis der Gemeinde aus und gegen eine politische Inanspruchnahme der Kirche eingesetzt. Dementsprechend stellte er sich auch gegen die Unterstützung militanter Befreiungsbewegungen in Afrika durch den Ökumenischen Rat der Kirchen. Der Bischof hat auch einer vorsichtigen Annäherung der beiden großen christlichen Konfessionen bei klarer Anerkennung der Unterschiede das Wort geredet.



H. Dietzfelbinger

EHRUNG

Werner Nachmann, Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet. Den Orden überreichte am Dienstag Baden-Württembergs Ministerpräsident **Lothar Späth**. Späth würdigte den großen Einsatz von Werner Nachmann bei der Integration der jüdischen Mitbürger in die Gesellschaft der Bundesrepublik. Er erinnerte daran, daß sich Nachmann für den Fortbestand der jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik große Verdienste erwarb. Nachmann gehört auch zu den Initiatoren bei der Gründung der Hochschule für Jüdische Studien, einer Einrichtung, die 1979 in Heidelberg ins Leben gerufen wurde.

ERNENNUNGEN

Ein neuer irländischer Botschafter kommt demnächst nach Bonn. Bundespräsident **Karl Carstens** hat Boschafter **John H. F. Campbell** das Agrément erteilt. Der Diplomat war seit 1980 Botschafter Irlands in Peking und hatte dort die erste irländische Auslandsvertretung eröffnet. John Campbell ist 1936 in Dublin geboren. Seit 1961 gehört er dem Auswärtigen Dienst an, nachdem er vorher im Finanzministerium tätig war. Von 1962 bis 1965 arbeitete er in der Botschaft in Washington, 1968 bis 1972 in der Botschaft in Paris. 1975 ging er als Gesandter nach London und blieb dort bis 1980. Der Diplomat ist mit einer Französin verheiratet. In Bonn löst er Botschafter **Christopher P. Fogarty** ab, der Staatssekretär im Außenministerium wird und dort zuständig ist für die Koordination der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft.

*

Frankreich wird durch einen neuen Generalkonsul in Hamburg vertreten. Das Exequatur erhielt **Bernard Heritier**. Er löst in der Hansestadt Generalkonsul **Ives Mas** ab. Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt außer Hamburg die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

*

Das Bonner Auswärtige Amt schickt Dr. **Eva Lindemann** als Generalkonsul nach Seattle, USA. Die Diplomatin, Jahrgang 1924, ist in der Nähe von Berlin in Brieselang geboren. In Heidelberg und in Northampton studierte sie Geschichte, Soziologie, Philosophie und Staatsrecht. 1954 trat sie in den Auswärtigen Dienst ein. In den folgenden Jahren war sie an zahlreichen deutschen Generalkonsulaten tätig, in Los Angeles, in New York, in Hongkong. 1975 wurde sie der deutschen Botschaft in Moskau zugeteilt. 1979 übernahm Eva Lindemann die Leitung des Generalkonsulats in Bombay.

*

Botschafter Dr. **Ernst Jung**, Leiter der deutschen Delegation bei der Antarktis-Konferenz in Bonn, wurde zum Leiter der Zweiten Session der Sonderkonsultativtagung bestellt, die noch bis zum 22. Juli in der Bundeshauptstadt tagen wird. Damit liegt die Konferenzführung in den Händen eines Mannes, der zu den erfahrensten Diplomaten im AA gehört.

PRÄSIDIALAMT

3000 DM in Form von Schecks oder Bargeld hat die Ärztin Dr. **Veronica Carstens** für Multiple-Sklerose-Kranke bei ihrer Wanderung durch den Bayerischen Wald erhalten. Die Geldbeträge stammen durchweg von bayerischen Gemeinden. Frau Carstens ist Schirmherrin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft. Weitere 500 DM wurden für das Deutsche Müttergenesungswerk geschenkt, das seinerzeit unter **Elly Heuss-Knapp**, der Frau des ersten Bundespräsidenten, ins Leben gerufen wurde. Außerdem bekam Frau Carstens für das Deutsche Müttergenesungswerk einige Gutscheine für Ferienaufenthalte für Familien mit Kindern. Die Frau des Bundespräsidenten wurde auch mit zahllosen Blumensträußen bedacht, weil im katholischen Bayern der Namenstag „Veronica" gefeiert wurde. Über den „Namenstag" freute sich auch die Protestantin Veronica Carstens, die ein weiteres Präsent erhielt, ein Hinterglasbild, das die heilige Veronica zeigt.



Veronica Carstens

Von einem Einlenken ist im Kreml nicht die Rede

Moskau bleibt bei Anrechnung nationaler Raketenarsenale

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesaußenminister Genschers Unterrichtung der US-Regierung über die Moskauer Gespräche des Bundeskanzlers mit der sowjetischen Führung haben eins verdeutlicht: Alle Äußerungen Helmut Kohls über gewisse sich abzeichnende Möglichkeiten bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen (INF) bleiben im Bereich vager Hoffnungen. Nach Genschers Erklärungen in Washington steht nun fest, daß die Sowjetunion auf das westliche Drängen, die INF-Runde durch Kompromißbereitschaft zu beleben, offensichtlich nicht einzugehen bereit ist.

Helmut Kohl hatte am vergangenen Wochenende gegenüber der WELT bestätigt, daß in seinen Moskauer Gesprächen die Frage der Anrechnung der französischen und britischen Atomwaffen mit einer Reichweite von mehr als tausend Kilometer „in den sowjetischen Darlegungen eine große Rolle gespielt" habe und „über diese Systeme in den START-Verhandlungen gesprochen werden könnte". Der Bonner Regierungschef wollte damit der sowjetischen Führung nochmals nahebringen, ihre allein die östliche Seite begünstigende Gleichgewichtsrechnung zugunsten einer für beide Seiten akzeptablen aufzugeben. Genscher offenbarte am Montag in Washington, daß die deutschen Hinweise bei der Sowjetunion nicht verfingen, indem er sagte, Bonn hoffe und erwarte, daß Moskau die Genfer Verhandlungen über eine Begrenzung der Mittelstreckenwaffen nicht länger durch die Forderung der Einbeziehung der britischen und französischen Nuklearwaffen blockiere. Anders ausgedrückt heißt das, im Kreml ist von einem Einlenken nicht die Rede gewesen. Es zeigt, daß zumindest vorläufig in den Augen der Sowjetführer die Hoffnung auf „Ergebnisse" durch die von Moskau beeinflußte „Friedensbewegung" in der Bundesrepublik und den anderen Stationierungsländern der NATO vorwiegt. In Moskau kalkuliert man kühl, der „Druck der Straße" könnte die Stationierungswilligkeit insbesondere auch der Bonner Regierung schwächen.

Kohl hat den sowjetischen Führern darauf deutlich geantwortet. Sie können mit einem Zurückweichen der Bundesregierung vor öffentlicher *Unruhe nicht rechnen.* Ohne ein annehmbares Ergebnis der Genfer Verhandlungen wird planmäßig mit der Stationierung der Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper in den drei Ländern Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland und Italien begonnen.

Annehmbar kann für die NATO nur ein Ergebnis sein, in dem die 162 britischen und französischen Nuklearwaffen für die europäische Berechnung des Gleichgewichts keine Rolle spielen. Diese Waffen können ausschließlich in der globalen Berechnung des nuklearen Gleichgewichts berücksichtigt werden. Dies aber fällt unter die Aufgabe der START-Verhandlungen, nicht jedoch unter die INF-Verhandlungen. Aus den schon erwähnten politisch-psychologischen Erwägungen und zugunsten der „Desinformation" gutgläubiger Laien in den westlichen Ländern, läßt sich Moskau aber von seinem Konzept nicht abbringen.

In der Tat mag es schwerfallen, in der westlichen Öffentlichkeit zu erläutern, warum eine französische Atomrakete auf dem Plateau d'Albion in ihrem Kriegsverhinderungswert für den Westen weniger wirksam sein soll als eine amerikanische Pershing 2. Die Formel vom „Recht auf gleiche Sicherheit", das alle Territorien der NATO gegenüber der Sowjetunion haben müssen, ist zwar richtig, aber gemeinhin in dieser Abstraktion schwer nachvollziehbar.

Deshalb wird auch in der Öffentlichkeit übersehen, daß sich die strategischen Atommächte USA und UdSSR bereits vor mehr als zehn Jahren beim Abschluß des ersten SALT-Vertrages am 26. Mai 1972 über die Einbeziehung der britischen und französischen Raketen in die strategische Globalrechnung grundsätzlich verständigt hatten. Die USA gestanden der Sowjetunion damals die indirekte Anrechnung dieser Potentiale auf das amerikanische SALT-Potential zu. Eine direkte Berechnung unterblieb dann bei SALT II, wurde aber für den Nachfolgevertrag SALT III von beiden Seiten verabredet. Nach der Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, hauptsächlich bedingt durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, wurde SALT II nicht ratifiziert. Erst mit START nahmen beide Großmächte den über Jahre unterbrochenen Dialog über die Reduzierung der strategischen Rüstung wieder auf. An frühere Verabredungen indes mag sich Moskau jetzt nicht mehr erinnern.

Worms will Kohl sein Konzept vortragen

■ Fortsetzung von Seite 1

im Stahlgeschäft. Bekannt ist, daß Thyssen kaum Sorgen hat, Krupp dagegen im Stahlbereich Minus „einfährt" und Berthold Beitz, der Aufsichtsratsvorsitzende, nicht gewillt ist, aus dem Topf der GmbH weiter Millionen in ein Faß ohne Boden zu stecken.

Einen entscheidenden Schnitt soll es bei der Hoesch AG geben. Da der Stahlstandort Dortmund auch für die CDU völlig unbestritten ist, denkt sie an eine Zusammenlegung von Hoesch mit Salzgitter/Peine. Dabei ist sie notfalls sogar bereit, den Firmensitz aus dem Revier nach Niedersachsen aussiedeln zu lassen. Gleichzeitig werden natürlich Gedanken darüber angestellt, wie Dortmunds Oberbürgermeister Günter Samtlebe (SPD), gerade als Vorsitzender des Deutschen Städtetages gewählt, dieses Konzept mittragen kann. Denn ihm und der Stadt fehlten *bei einer solchen Lösung ein* nicht unerheblicher Batzen bei der Gewerbesteuer.

Auch Bernhard Worms und der CDU ist klar, daß eine Lösung nicht „hausgebacken deutsch" sein kann, sondern eine Absprache in Brüssel erfordert. Worms steht aber auf dem Standpunkt, daß die Bundesregierung in aller Deutlichkeit und Härte dem EG-Kommissar Davignon klarmachen müsse, daß Geduld und Möglichkeiten der Deutschen erschöpft seien: „Man muß bei den Verhandlungen in Brüssel sogar bis an die Grenze gehen, daß die EG in die Luft fliegt." Dabei verhehlt Worms nicht, daß er nicht „ins 19. Jahrhundert zurückfallen will" – auch für ihn ist die EG unverzichtbar. Aber so wie andere Mitgliedstaaten sich gerade bei der Quotenregelung ungeniert bedienen, sollte Bonn nach seiner Ansicht mit „Gegendruck" arbeiten – bis hin zu der wirklich ernstgemeinten Drohung, daß das Geld aus Bonn für die Gemeinschaftskasse, jetzt noch ein breiter Strom, zum *kärglichen* Rinnsal wird, „wenn die da nicht mitspielen".

Die von der absoluten SPD-Mehrheit getragene Düsseldorfer Landesregierung beharrt dagegen weiter auf ihrem Standpunkt, daß *eine Ruhrstahl-AG von Hoesch* und Krupp nach wie vor die beste Lösung sei. Die Union hält dagegen, daß nach den Gründungen der Mammut-Unternehmen Ruhrkohle, VEW und RWE ein allzu großer Block entstünde: „Das ist Oligarchie in der Demokratie", sagt Worms, „da ist ein Regieren nicht mehr möglich".

Spielraum bei Arbeitsvermittlung

Übereinstimmung bei Verbänden: Monopol von Stingls Behörde soll unangetastet bleiben

GISELA REINERS, Bonn

Das Monopol der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zur Vermittlung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen soll unangetastet bleiben. Allerdings soll, wenn Ende September die Strukturanalyse Auskunft gibt, ob bei den Ausbildungsplätzen Angebot und Nachfrage zur Deckung gekommen sind, möglicherweise für die Vermittlung von Lehrstellen im Arbeitsförderungsgesetz „etwas *Luft" geschaffen* werden.

Hintergrund ist die sogenannte Lehrstellengarantie des Kanzlers, der jedem einen Ausbildungsplatz zugesichert hatte, der ausbildungswillig und -fähig sei. Wenn diese Zusage eingehalten werden solle, müsse aber das Monopol bei der Arbeitsverwaltung geändert werden, hatte Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß gefordert. Eine Aufhebung des Vermittlungsmonopols der Arbeitsämter lehnte dagegen der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, ab. Eine gelegentliche Vermittlung wollte er aber nicht als Verstoß gegen das Monopol gewertet wissen, erklärte Stingl weiter.

Beim Deutschen Gewerkschaftsbund beobachtet man diese Bestrebungen mit Sorge. Zwar sei man *bereit, vorurteilslos darüber zu dis*kutieren, doch sei man skeptisch, ob nicht die ersten Aufweichererscheinungen schnell in Auflösungserscheinungen umgemünzt würden, heißt es beim DGB-Bundesvorstand. Zusammen mit den Bemühungen um den Abbau des Jugendarbeitsschutzes unter dem Vorwand, die Lehrstellensituation zu verbessern, müsse auch die Ausdehnung der Vermittlungsmöglichkeiten von Lehrstellen auf Private als Angriff auf Bewährtes verstanden werden.

Bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) herrscht ebenfalls die Ansicht, daß die Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter sinnvoll ist und beibehalten werden sollte. Doch wünscht man sich, wie in Bayern und im Arbeitsministerium von Norbert Blüm (CDU) „mehr Flexibilität" bei der Arbeitsverwaltung.

Diese steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion um das Nürnberger Monopol. Am Monopol selbst will niemand rütteln, weder Arbeitgeber, noch Politiker, noch Ministerium. Es geht zur Zeit nur darum, ob auch andere Stellen, als die Arbeitsverwaltung oder die von ihr Beauftragten, Lehrstellen vermitteln dürfen.

Häufig war bemängelt worden, daß die Arbeitsämter nicht in der Lage seien, genügend Lehrstellen zu finden. Ärger hatten auch Buß*geldbescheide der Arbeitsverwal*tung verursacht. Firmen oder Privatpersonen, die sich in Eigeninitiative daran gemacht hatten, Arbeitgeber und Lehrstellensuchende zusammenzubringen, was nach dem Arbeitsförderungsgesetz verboten ist, werden zur Kasse gebeten. In einem Runderlaß hatte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, schließlich angeordnet, sich auch der Hilfe Dritter zu bedienen.

In der Praxis geschieht das schon seit geraumer Zeit. Daß es zu Bußgeldbescheiden gekommen ist, führt man im Haus Blüm auf einige unflexible Mitarbeiter in der Arbeitsverwaltung zurück. Bei den meisten Arbeitsämtern klappe die Zusammenarbeit mit Dritten gut.

Für die Vermittlung von Lehrlingen gelten restriktivere Vorschriften, als für die Vermittlung von Arbeitsplätzen. In letzterem Fall sind Vermittlungen, die grundsätzlich „unparteiisch" und „unentgeltlich" sein müssen, auch gegen Bezahlung erlaubt. So arbeitet im Auftrag der Arbeitsverwaltung die Künstler-Vermittlung gegen Entgelt, weil die Agenturen meistens mehr leisten als nur die bloße Vermittlung von Engagements. Auch bei der Vermittlung von Managern der oberen Führungsebene wird die Zahlung von Honoraren zugelassen, weil es sich hier um hohe und höchste Gehaltsklassen handelt. Jugendliche dagegen werden *als besonders schutzwürdig einge*stuft. Eine Vermittlungsprämie für ihre Beratung darf nicht gefordert werden. Daran soll sich auch künftig nichts ändern.

Bei Reagan klopften Grüne vergeblich an

DIETRICH SCHULZ, Washington

Viele offene Türen fanden die Spitzenvertreter der Grünen während ihres einwöchigen Besuchs in Washington, aber die eine, auf die es ihnen besonders ankam, blieb verschlossen: die des Weißen Hauses. Präsident Reagan ließ die Delegation der Grünen nicht bitten und enttäuschte damit vor allem Petra Kelly, die keine Gelegenheit ausließ zu betonen, *daß die Grünen* gern den Spitzenpolitikern beider Supermächte ihren Standpunkt vortragen möchten. Nun bleibt nur noch die Hoffnung auf den sowjetischen Staats- und Parteichef Andropow, den die Grünen zu einem noch nicht festgelegten Zeitpunkt treffen möchten.

Für die Amerikaner war die Begegnung mit den sechs Bundestagsabgeordneten und zwei anderen Parteimitgliedern der Grünen *eine Erfahrung besonderer Art.* Zum ersten Mal sahen sie sich einer Bewegung gegenüber, die keinen einzelnen für sich sprechen lassen mochte, die die Verantwortung auf möglichst viele Schultern zu verteilen suchte. Wo immer sie auch auftraten, stets kamen sie als Gruppe. Im State Department, wo sie mit Beamten aus dem dritten Glied Gespräche führten, in der Redaktion der „Washington Post", bei einem Frühstück des „Foreign Policy"-Magazins, wo sie mit zahlreichen *Fragen amerikanischer* Journalisten eingedeckt wurden – nie durfte einer allein für alle sprechen. Das führte zu Merkwürdigkeiten *wie* dieser: Otto Schily beantwortete Fragen, die direkt an Petra Kelly gerichtet waren.

Dennoch gibt es keinen Zweifel, daß es gerade Frau Kelly war, die auf ihre amerikanischen Gesprächspartner den nachhaltigsten Eindruck machte. Sie war es denn auch, die in der populären *Fernsehsendung „Meet the press"* dann doch noch einen Alleinauftritt hatte. Mit der ungewöhnlichen Intensität, für die sie in Deutschland mittlerweile bekannt ist, rasselte sie mehrmals mit den vier amerikanischen Journalisten hart zusammen. Fast, so war später zu erfahren, wäre es zu dem Fernsehauftritt gar nicht gekommen: Petra Kelly hatte (wie schon am Abend zuvor) kurz vor Sendebeginn einen Schwächeanfall.

Zwei Dinge vor allem verblüfften *die Amerikaner, die Petra Kelly* im Fernsehen miterlebten. Einmal war es ihre These, daß als Urheber der Gewalttaten bei Demonstrationen in Deutschland auch vom US-Geheimdienst bezahlte Provokateure in Frage kommen könnten *(auf die Frage nach Beweisen* erklärte sie, sie habe keine); das andere war ihre Bemerkung, daß sich in der Grünen-Bewegung jene Deutschen zusammengefunden hätten, wie sie sich Amerika nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus einmal gewünscht habe: nämlich die Friedfertigen. (SAD)

Rebmann ford[...] Verbot der Vermummung[...]

dpa, Ka[...]

„Sehr befriedigt" über [...] plante Verschärfung des [...] strationsstrafrechts hat sic[...] ralbundesanwalt Rebman[...] ßert. Vor der Presse in Ka[...] sagte er gestern, die jetzt g[...] ne Regelung sei das „abge[...] Mindestmaß" dessen, w[...] Staat zur Verteidigung sein[...] ren Sicherheit brauche. D[...] fassung des Paragraphen ü[...] Landfriedensbruch werde [...] ne Personen unter Strafe [...] die sich aus einer gewal[...] Demonstration trotz Auffo[...] nicht entfernen.

Kritik an der Neufassung [...] monstrationsstrafrechts u[...] fassungsrechtliche Bedenk[...] Rebmann für „nicht bere[...] Er fügte hinzu, es wäre [...] innere Sicherheit der Bund[...] blik sehr von Nutzen, w[...] jetzt beschlossene Versc[...] durch ein Vermummung[...] ergänzt würde. Die Notwe[...] eines solchen Verbots ha[...] erneut bei den Krawallen [...] feld gezeigt.

„Auf Sowjet-An[...] folgt der Atomk[...]

dpa, Los A[...]

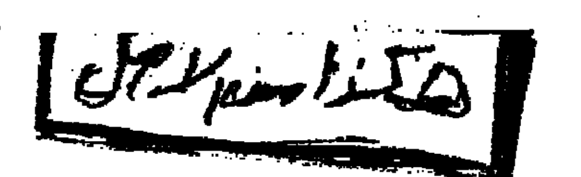
Innerhalb weniger Tage [...] nem sowjetischen Angri[...] Westeuropa würde in Eur[...] Atomkrieg ausbrechen, und [...] telbar darauf würde der [...] Nuklearkrieg folgen. Diese [...] vertrat US-General Berna[...] gers, oberster NATO-Befeh[...] in Europa, in einem Intervi[...] „Los Angeles Times".

Die NATO habe so weni[...] ventionelle Waffen, „daß wi[...] den gegenwärtigen Bedin[...] gezwungen sind, als erste ta[...] Atomwaffen einsetzen zu m[...] Als Alternative bei einem k[...] tionellen sowjetischen Angr[...] be nur die Kapitulation, sa[...] gers. Die geplante Aufstell[...] neuen Mittelstreckenwaff[...] notwendig, um vor einem all[...] nen Atomkrieg abzuschreck[...]

Arafat will jetzt nicht nach Mosk[...]

DW. [...]

PLO-Chef Yassir Arafat h[...] einer Meldung der britischen [...] funkanstalt BBC die Einlad[...] einem Besuch in die Sowje[...] vorläufig abgelehnt. Arafat w[...] tet auf die Reise nach Mosk[...] dadurch die Aufständischen [...] PLO nach seiner Meinung [...] wertet würden.



Lange Leitung

gtm (Stockholm). – Schweden behauptet, beim Export von Waffen äußerst restriktiv zu verfahren: in Krisenherde werde nicht geliefert. Nun tauchen dennoch ab und zu Meldungen auf, daß schwedisches Kriegsmaterial in verschiedenen Ländern Asiens, Südamerikas und Afrikas gesichtet worden sei. Im Herstellerland will dann allerdings niemand wissen, wie es dorthingelangt ist.

Klarer sind die Verhältnisse im jüngsten Fall: Die sozialdemokratische Regierung genehmigte Ende 1982 die Ausfuhr von 1200 in einem Staatsbetrieb (FFV) hergestellten Granatgewehren mit dem bezeichnenden Namen Carl Gustaf im Wert von umgerechnet rund 4,2 Millionen Mark nach Burma. Als jetzt burmesische Rebellen darüber klagten, daß sie mit schwedischen Waffen beschossen würden, erfuhr die Regierung in Stockholm offenbar erstmals, daß dieses Land im Bürgerkrieg lebt. Die Sozialdemokraten, die in der Regel erhebliche Sympathien für Aufständische und Rebellen – vor allem in abgelegenen Ländern – hegen, erklärten nun, bei der Erteilung der Exporterlaubnis davon ausgegangen zu sein, daß die Waffen gegen Rauschgiftbanden eingesetzt werden sollten.

Im Kabinett schieben sich nun der Außen- und der Außenhandelsminister die Schuld an diesem sich nachträglich als Fauxpas erwiesenen Beschluß zu, während man sich beim FFV sicherlich über die Werbewirkung dieses öffentlichen Streites freut. Im übrigen hätte die Regierung nur ihren Botschafter in Burma zur Situation im Lande zu befragen brauchen. Der erklärte jetzt, dort herrsche seit 35 Jahren Bürgerkrieg.

Bürokratenexzeß

Py. – Es hat sich ja alles so schön angehört: Mit der Wende in Bonn sollte den mittelständischen Unternehmen auch durch den Abbau von Bürokratie und überzogener Reglementierung geholfen werden. Die deutsche Schneidwaren-Industrie freilich hat Grund zu der Annahme, daß Politiker so reden, ihre Ministerialbürokraten aber anders handeln – vor und nach der Wende. An dem für Bürokraten-Exzesse besonders tauglichen, weil kleinen und wenig lautstark reagierenden Industriezweig probt Heiner Geißlers Gesundheitsministerium den Entwurf einer Lebensmittel-Hygiene-Verordnung. Er sieht unter anderem vor, daß in Fleisch-, Fisch-, Teig- und Eis-verarbeitenden Betrieben künftig Messer mit Holzgriffen durch solche mit Kunststoffgriffen ersetzt werden. Zwar ist längst erwiesen, daß sich Bakterien bei ungenügender Pflege des Arbeitsgeräts auch in Kunststoffritzen einnisten können, aber die Sterilitätsfetischisten haben nicht einmal den betroffenen Verband zur Anhörung geladen. Die Reglementierungswut, sollte sie nicht noch gedämpft werden, wird Marktanteile, aber auch Ausbildungs- und Arbeitsplätze kosten, falls die Arbeitslosen nicht als Betriebskontrolleure eingesetzt werden.

OECD-KONJUNKTURAUSBLICK / USA haben beste Wachstumsaussichten

Leichte Belebung für Bundesrepublik und die anderen Industrieländer

HEINZ HECK, Bonn

Skeptischer als die Bundesregierung beurteilt die OECD die Wachstumsaussichten der Bundesrepublik für 1984. Im gestern veröffentlichten Konjunkturausblick erwartet sie ein Wachstum von 1,75 Prozent, während die Bundesregierung ihrer Haushaltsplanung ein 2,5prozentiges Realwachstum zugrunde gelegt hat. Übereinstimmend wird mit einer Zunahme der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit auf 2,5 Millionen gerechnet.

Den USA bescheinigt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die günstigsten Wachstumsaussichten innerhalb der westlichen Industrieländer: Sie erwartet für 1983 und 1984 real drei und 4,5 Prozent. Allerdings müßten die USA auch mit dem bei weitem größten Leistungsbilanzdefizit von 24 und 37 Milliarden Dollar rechnen, während für die Bundesrepublik ein Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses von 4,5 auf 2,0 Milliarden erwartet wird.

Bei der Arbeitslosenrate blieben die USA 1983 mit 10,25 Prozent über dem OECD-Durchschnitt von voraussichtlich 9,25 Prozent, während sie 1984 mit 9,5 Prozent den Durchschnittswert aller Industrieländer erreichen würden.

Für die Bundesrepublik erwartet die OECD einen weiteren Zinsrückgang bis Mitte 1984 und einen geringen Anstieg im weiteren Jahresverlauf. Angesichts der Entschlossenheit der Bundesregierung zur Konsolidierung des Haushalts wird mit einer restriktiven Ausgabenpolitik auch für 1984 gerechnet.

Die deutschen Exporte dürften sich der Prognose zufolge in den nächsten zwei Jahren beschleunigen. Zwar hätten jüngste Maßnahmen die Privatinvestitionen und den Wohnungsbau angeregt. Jedoch könnte die restriktive Haushaltspolitik die Nachfrage im nächsten Jahr beträchtlich dämpfen.

Als Fazit heißt es: Da mit einem kräftigen internationalen Aufschwung nicht zu rechnen sei und die gegenwärtige Politik fortgesetzt werden dürfte, sei ein sich selbst tragender Aufschwung, der zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen würde, unwahrscheinlich.

Auch die japanischen Aussichten werden, jedenfalls an japanischen Maßstäben gemessen, als eher dürftig bezeichnet. Die Prognose für das reale Wachstum 1983 und 1984 lautet 3,25 und 3,5 Prozent. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 2,8 bis drei Prozent in diesem und im nächsten Jahr schneidet das asiatische Inselreich allerdings mit Abstand am besten ab.

Die Konjunkturexperten der internationalen Behörde in Paris sehen gerade die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der westlichen Industrieländer nicht als rosig an. So wird allein für Europa mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf vielleicht 20 Millionen bis Ende 1984 gerechnet (etwa 11,5 Prozent gegenüber 10,75 Prozent 1983).

Während außerhalb der USA nur mit einer schwachen Wirtschaftsbelebung gerechnet wird (erwartete Zunahmen des realen Wachstums in den europäischen OECD-Staaten von 0,5 Prozent 1983 auf 1,5 Prozent 1984), wird zumindest eine weitere Preisberuhigung registriert, die zum Teil mit den nachgebenden Ölpreisen begründet wird. Für die 24 OECD-Mitglieder insgesamt wird für dieses und das kommende Jahr mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von jeweils nur etwa sechs Prozent gerechnet. Das ist die niedrigste Steigerungsrate seit Anfang der 70er Jahre. Dieser Durchschnitt wird entscheidend von der erwarteten Entwicklung in den drei wichtigsten Ländern (USA, Japan, Bundesrepublik) beeinflußt. Bei den drei Ländern liegen die USA für 1983 und 1984 mit erwarteten 4,2 und 5,2 Prozent an der Spitze und die Bundesrepublik mit jeweils drei Prozent im Mittelfeld. Für Japan wird ein geringfügiger Anstieg von zwei Prozent 1983 auf 2,5 Prozent 1984 erwartet.

Die OECD spricht von Risiken und Unsicherheiten, wenn sie die Dauerhaftigkeit des weiteren Aufschwungs untersucht. Die Experten rechnen für viele Mitgliedsstaaten mit einer deutlichen Verbesserung der Gewinne in den nächsten zwölf bis 18 Monaten, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau. Auch nehme die Zuversicht der Unternehmer offensichtlich wieder zu. Andererseits blieben die Kapitalzinsen hoch, und eine deutlich bessere Kapazitätsnutzung sei in den meisten Ländern wenig wahrscheinlich. Mit einem investitionsinduzierten Aufschwung sei daher nicht zu rechnen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Problem der Zinsen für Exportkredite nicht gelöst

WILHELM HADLER, Brüssel

Eine neue Verhärtung im europäisch-amerikanischen Verhältnis befürchten EG-Kreise, nachdem sich die Gemeinschaft nicht zur Annahme des in der OECD ausgehandelten Kompromisses über die künftigen Zinsen für Exportkredite durchringen konnte. Washington drängt seit langem auf einen Abbau der staatlichen Zinssubventionen. Es hat wiederholt mit einer aggressiven Politik gedroht, falls sich die EG einer internationalen Abrede widersetze.

Der gegenwärtige „Konsensus“ im Rahmen der OECD läuft am 15. Juli aus. Er sollte durch neue Vereinbarungen ersetzt werden, mit denen sich die große Mehrheit der Industrieländer, darunter die USA und Japan, bereits einverstanden erklärt hat. Frankreich und Italien treten jedoch für eine stärkere Senkung der Mindestzinssätze ein, was die Möglichkeit höherer Kreditsubventionen und entsprechende Handelsvorteile schaffen würde. Die übrigen EG-Partner vermochten beide Länder im Ministerrat nicht umzustimmen.

Damit bleibt der Gemeinschaft nur übrig, um eine befristete Verlängerung des bisherigen Arrangements zu ersuchen und innerhalb der OECD die Diskussion über den Kompromiß neu aufzuwerfen. Entsprechende Verhandlungen sind allerdings nach Einschätzung fast aller Experten wenig aussichtsreich. Voraussichtlich wird das Thema daher spätestens im Oktober zu einer neuen Belastungsprobe für die EG werden.

Frankreichs Finanzminister Jacques Delors begründete die harte Haltung seiner Regierung mit dem Hinweis, daß sich die Kreditkosten seit dem Sommer im gewogenen internationalen Durchschnitt um 2 Prozent verringert hätten. Die in dem sogenannten „Vallen-Kompromiß“ (benannt nach dem schwedischen Vorsitzenden der zuständigen OECD-Arbeitsgruppe) vorgesehenen Zinssenkungen von 0,5 bis 0,67 Prozent für Entwicklungs- und Schwellenländer seien „völlig ungenügend“.

Dagegen brachte der britische Schatzkanzler Nigel Lawson die Befürchtung zum Ausdruck, daß die unnachgiebige Haltung der Franzosen und Italiener zu einem Zusammenbruch des langjährigen Exportkredit-Arrangements und damit zu einem Kreditwettlauf der Industrieländer führen könne. Auch der holländische Finanzminister Ruding sprach von einer „unbefriedigenden und besorgniserregenden Situation“. Es bestehe die Gefahr, daß ein Dschungel unterschiedlicher Exportbedingungen entstehe.

Die Bundesregierung, die sich bereits in der Vergangenheit zum Sprecher marktnaher Kreditzinsen gemacht hatte, sah keine Möglichkeit, den französischen Wünschen stärker entgegenzukommen. Auch die übrigen EG-Regierungen beharrten auf ihren früheren Positionen.

Delors plädierte für eine einheitliche EG-Front zur Abwehr „aggressiver Aktionen“ der USA. Er sieht die Zinsforderungen Washingtons in einer Linie mit den Angriffen auf die EG-Agrarpolitik und den jüngsten Importbeschränkungen für Edelstahl.

Auf dem richtigen Weg

Von HEINZ HECK

Der Sieg der britischen Konservativen vom 9. Juni wird auch als definitive Entscheidung für den Verbleib Englands in der Europäischen Gemeinschaft gewertet – nicht nur von den Konservativen selbst, sondern auch von Labour-Politikern, die mit der Austrittsparole erfolglos im Wahlkampf geworben hatten. Großbritannien bewegt sich auf Europa, speziell die EG zu (mit der es über 40 Prozent seines Außenhandels abwickelt). Im gleichen Maße lockern sich die Bindungen zum Commonwealth, lockert sich auch die historische „special relationship“ zu den USA. Hierzu hat in letzter Zeit vor allem Reagans Verhalten im Erdgas-Röhren-Geschäft beigetragen.

Zwar stoßen einzelne Facetten der EG-Politik auf herbe Regierungskritik. So bezeichnet etwa Schatzkanzler Nigel Lawson die Agrarpolitik als „kompletten Unsinn“. Jedoch ist etwa Industrie- und Handelsminister Cecil Parkinson überzeugt, daß die Mitgliedstaaten ohne Bestehen der EG weit protektionistischer wären als die Gemeinschaft insgesamt. Die Regierung Thatcher ist offenbar entschlossen – und sieht in Bonn gleichsam den natürlichen Bündnispartner –, auch in Brüssel für mehr Haushaltsdisziplin und gegen Protektionismus zu kämpfen.

Lawson, Parkinson und Arbeitsminister Norman Tebbit als dritter in Margaret Thatchers „inner circle“ für Wirtschaftspolitik berichten deutschen Gästen des London-Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Ergebnisse, die mit der Politik der Rückkehr zur Marktwirtschaft auf der Insel seit dem Regierungswechsel 1979 erzielt wurden.

In keinem der – auch mit Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften geführten – Gespräche fehlt der Hinweis, daß die britische Stahlindustrie in der Produktivität inzwischen Europameister sei; dies ist zumindest für Regierung und Unternehmer ein sicheres Indiz dafür, daß man auf dem richtigen Wege ist.

Die sichtbarsten Erfolge wurden bei der Inflationsbekämpfung und bei der Eindämmung der Verschuldung erzielt: Erreichten die öffentlichen Defizite 1973 noch zehn Prozent des Bruttosozialprodukts, so hat England heute mit drei Prozent den niedrigsten Anteil aller Industrieländer. Gegenüber dem Regierungsantritt 1979 sank die Preissteigerungsrate von etwa 22 auf derzeit 3,7 Prozent und ist damit nicht mehr weit von der deutschen entfernt.

Auf Schritt und Tritt begegnet dem Besucher das Wort „Overmanning“, also personelle Überbesetzung, zugleich Ausdruck unterbliebener Strukturanpassung. Auch hier war England Meister, vor allem in den zahlreichen Staatsbetrieben, aber gleichsam am anderen Ende der Skala. Lawson bringt dieses vor allem von den Gewerkschaften erzwungene Phänomen auf die Formel: Arbeitslos auf Kosten der Firma.

Die Eiserne Lady, wie Frau Thatcher in einer Mischung aus Furcht und Bewunderung genannt wird, treibt die britische Wirtschaft nun seit vier Jahren durch ein Stahlbad der Produktivitätssteigerung. Das hat die offene Arbeitslosigkeit auf über drei Millionen erhöht; ein Teil ist allerdings dem Verlust von Auslandsmärkten aufgrund der ölbedingten Stärkung des Pfundes anzulasten. Zwar flachen sich die Steigerungsraten ab, doch ein Ende ist nicht abzusehen. Niemand, weder Regierung noch Unternehmer, wecken Illusionen oder wagen auch nur Prognosen.

Die Minister machen deutlich, daß nur die Rückgewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zum Erfolg führen kann. Zum strategischen Ansatz dieser Politik gehört auch die Privatisierung von Staatsunternehmen in einem spektakulären Ausmaß.

Neben der Steigerung der Produktivität und der Haushaltsentlastung durch Subventionsabbau zielt die Privatisierung auch auf eine Zurückdrängung des gewerkschaftlichen Einflusses, der in den Staatsbetrieben besonders groß ist. Unterstützt wird diese Politik durch die geplante Gewerkschaftsreform, die mehr Demokratie in die festgefügten Strukturen bringen soll (zum Beispiel geheime Wahl der Funktionäre und geheime Abstimmung über Streiks), zugleich aber die Finanzen der Labour Party empfindlich treffen würde.

Noch scheinen die Gewerkschaften ratlos. Offenbar sind sie auch nicht in der Lage, ihre Kritik wirkungsvoll zu artikulieren. Die entscheidende Frage ist aber, ob die Engländer der Eisernen Lady auf diesem richtigen Weg auch noch folgen, wenn in fünf Jahren der Abbau der Arbeitslosigkeit noch nicht zu Buche schlägt. Bei einer Rückkehr in den Schlendrian à la Labour wären allerdings alle Opfer vergeblich gewesen.

AUF EIN WORT



„Die Stahlunternehmer haben eine große Fertigkeit darin entwickelt, einen Pullover in ein Wollknäuel zu verwandeln. Entwirren kann das am ehesten die Rückkehr zum Moderatorenkonzept der Neustrukturierung – diesmal aber mit klarer staatlicher Verantwortung für das Gelingen.“

Jörg A. Henle, Vorsitzender der Gesamtleitung von Klöckner & Co., Duisburg

FOTO: WOLF P. PRANGE

Bund erhöht die Renditen

rtr, Bonn

Das Bundesfinanzministerium erhöht die Rendite der Bundesobligationen mit Wirkung von heute von bisher 7,75 auf acht Prozent. Wie das Ministerium mitteilte, wird der Kurs der Bundesobligationen (Serie 41) mit einem Nominalzinssatz von acht Prozent und einer Laufzeit von fünf Jahren „der Marktentwicklung und der augenblicklichen Situation am Kapitalmarkt entsprechend“ ab heute von 101 auf 100 Prozent herabgesetzt.

BANKEN

Verband sieht die Zinsentwicklung optimistisch

rtr, Bonn

Keinen Anlaß zu Zinspessimismus sieht der Bundesverband deutscher Banken. Wie der Verband in seinem in Köln veröffentlichten Konjunkturbericht schreibt, stehen dem weiterhin starken Einfluß der hohen US-Zinsen auf den Rentenmarkt im Inland positive Rahmenbedingungen für die weitere Zinsentwicklung gegenüber. Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) spricht in seinem in Bonn herausgegebenen Konjunkturbericht sogar von guten Aussichten für ein Nachgeben der Zinsen im weiteren Verlauf des Jahres.

Ein mäßiges Wachstum, eine aktive Leistungsbilanz und günstige Preisperspektiven sprechen nach Ansicht des Bankenverbandes auch auf längere Sicht gegen einen nachhaltigen Zinsanstieg. Darüber hinaus biete der von der Bundesregierung eingeschlagene Kurs zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte realistische Perspektiven für eine allmähliche Entlastung des Kapitalmarktes. Nach Aussage des BVR wird der private Verbrauch vor allem durch eine ruhigere Preisentwicklung begünstigt. Die reale Kaufkraft der Haushalte sei angesichts der seit Jahresanfang nahezu konstanten Verbraucherpreise erhalten geblieben.

Die Bundesbank könne jedoch den Prozeß zu weiteren Zinssenkungen noch nicht fördern, da die Abhängigkeit der deutschen Zinsen vom US-Zinsniveau wieder zugenommen habe. Wann und in welchem Ausmaß die Zinsen weiter sinken würden, sei deshalb vor allem von der Position der Mark an den internationalen Devisenmärkten abhängig, erklärt der BVR. Angesichts des erheblichen Stabilitätsvorsprungs der Bundesrepublik gegenüber den meisten Handelspartnern und des zu erwartenden Leistungsbilanzüberschusses sei die Mark eindeutig unterbewertet.

KOHLEPOLITIK

SPD-Forderung läuft auf gut eine Milliarde Mark hinaus

HEINZ HECK, Bonn

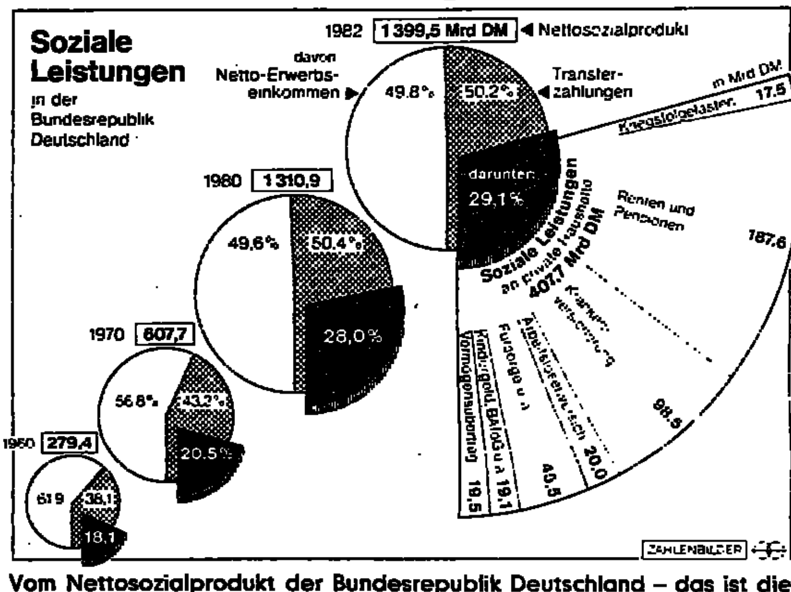
SPD-Fraktionschef Vogel hat Bundeskanzler Kohl in einem offenen Brief „die konstruktive Mitarbeit meiner Fraktion an der Lösung der Probleme des deutschen Steinkohlebergbaus“ angeboten. Vogel zielt vor allem auf die möglichst rasche Einberufung einer „Kohle-Runde“ unter Teilnahme des Bergbaus, der Kohleverbraucher, Gewerkschaften und Kohleländer.

Fraktionsvize Roth und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Energiepolitik, Wolfram, haben gestern Vogels Vorstellungen erläutert, ohne allerdings ihre finanziellen Forderungen für den Kohlebergbau genau zu beziffern. Allerdings lassen die einzelnen Forderungen auf einen Gesamtbetrag von weit über einer Milliarde Mark jährlich schließen (bisher werden Kohlesubventionen meist zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel vom Kohleland aufgebracht).

So soll nach diesen Vorstellungen die Kohlereserve des Bundes auf 20 Millionen Tonnen verdoppelt werden. Die Zinslast wird auf knapp 200 Millionen Mark beziffert und allein dem Bund zur Übernahme empfohlen. Die Erhöhung der Kokskohlenbeihilfe von jetzt 20 auf 70 Mark pro Tonne allein würde rund eine Milliarde Mark erfordern. Außerdem sollte die früher gewährte Investitionshilfe von 800 Millionen Mark wieder eingeführt werden.

Die beiden SPD-Politiker empfahlen auch eine Drosselung des Kohleimports aus Südafrika, nicht dagegen aus Polen und den USA, und begründeten diese unterschiedliche Behandlung mit der „anderen Qualität“ der Vereinbarungen. Eine Anpassung der Förderung an die vor allem durch die Entwicklung bei Stahl sinkende Kohlennachfrage steht nicht im Vordergrund der SPD-Überlegungen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Vom Nettosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland – das ist die Summe der Erwerbseinkommen einschließlich der indirekten Steuern entfällt rund die Hälfte auf Transferzahlungen. 1960 betrug dieser Anteil erst 38 Prozent. Die Strukturverschiebung geht entscheidend auf die Ausweitung der sozialen Leistungen an private Haushalte zurück, deren relatives Gewicht sich von 18 auf 29 Prozent des Nettosozialprodukts erhöhte.

QUELLE: ZAHLENBILDER

Der Süden behauptete sich in der Krise am besten

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Süden der Bundesrepublik hat sich in der Wirtschaftskrise relativ gut gehalten. Das geht aus dem jüngsten Wirtschaftsbericht der Dresdner Bank, Frankfurt, hervor. Während 1982 das Sozialprodukt in der Bundesrepublik preisbereinigt um ein Prozent sank, wiesen Baden-Württemberg und Bayern mit 0,1 und 0,3 Prozent geringe Zuwachsraten auf. Den größten Rückgang verzeichneten Bremen (minus 3,7 Prozent), Nordrhein-Westfalen (minus 2,2 Prozent) und das Saarland (minus 1,9 Prozent). Auf dem Arbeitsmarkt wiesen im Februar 1983 Bremen mit 13,0 und Niedersachsen mit 13,1 Prozent die höchsten Arbeitslosenquoten auf. Baden-Württemberg und Hessen hatten mit 6,7 und 8,7 Prozent – bei einer bundesweiten Quote von 10,4 Prozent – die niedrigsten Raten. Wie gut das „Musterländle“ abschnitt, läßt sich auch an den Firmenpleiten ablesen: Gemessen an der Anzahl der Unternehmen war der Anteil der Insolvenzen in Baden-Württemberg 1982 am niedrigsten, während Berlin am schlechtesten abschnitt.

Hohe Umweltschutzkonten

Frankfurt (dpa/VWD) – Mehr als das Dreifache im Vergleich zu 1970 müssen die Stromversorger der Bundesrepublik in diesem Jahr beim Bau von Steinkohlekraftwerken investieren. Pro Kilowatt installierter Bruttoleistung stiegen die Kosten nach Berechnungen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt in dieser Zeit von 500 auf 1600 Mark. Rund 1,2 Milliarden Mark müssen die Stromversorger zur Zeit für den Bau eines neuen Steinkohlekraftwerks mit 750 Megawatt Bruttoleistung veranschlagen. Auf das Konto Umweltschutz gehen laut VDEW – bereits vor Inkrafttreten der neuen Großfeuerungsanlagen-Verordnung am 1. Juli – etwa 300 Millionen Mark oder 25 Prozent der gesamten Aufwendungen.

Fregatten für die Türkei

Bonn (VWD) – Dem Bau von zwei Fregatten für die türkische Marine hat Bundesfinanzminister Stoltenberg im interministeriellen Ausschuß für Exportgewährleistungen zugestimmt. Damit ist die Voraussetzung für einen Kredit zur Finanzierung des Auftrags gegeben, der über eine Hermes-Bürgschaft abgesichert werden soll. Der Auftrag im Wert von 950 Millionen Mark geht zu gleichen Teilen an die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Hamburg, und an die Blohm und Voss AG, Hamburg. Ausrüstungen wird auch Thyssen Rheinstahl AG, Düsseldorf, liefern.

70 Managern gekündigt

London (SAD) – British Airways, Europas größte Fluggesellschaft, setzt einen personalpolitischen Sturzflug fort, der vor drei Jahren begonnen hat. Diesmal hat die Kündigungswelle die Management-Etage erreicht. Der geschäftsführende Vorsitzende Colin Marshall gab in London bekannt, daß 70 Manager vorzeitig aus der Fluggesellschaft ausscheiden müssen. British Airways beschäftigte vor drei Jahren noch 59 000 Mitarbeiter im Vergleich zu 37 500 Beschäftigten heute. Die gekündigten Manager sind 50 bis 62 Jahre alt. Ihre Abfindungen liegen bei 200 000 Mark. Gleichzeitig mit der Kündigungswelle in der Management-Etage hat die Fluggesellschaft ihre Organisationsstruktur verändert. Während es früher Hauptabteilungen für Europa, Übersee und Technik gab, hat British Airways jetzt die Hauptabteilungen Cargo, Charter- und Linienverkehr gebildet.

„Dollarkurs wird sinken“

Paris (AFP) – US-Finanzminister Donald Regan erwartet ein baldiges Sinken der Dollarkurse, verbunden mit einer allgemeinen Erholung der Weltwirtschaft. In einem Interview mit der französischen Tageszeitung „Le Figaro“ vertrat Regan die Auffassung, die weltweit einsetzende wirtschaftliche Belebung werde außerhalb der USA die Nachfrage nach Investitionen steigern und auf diese Weise zum Sinken der Dollarkurse beitragen. In diesem Zusammenhang bezeichnete Regan den jetzigen Stand des Dollars als „über das übliche Maß hinausgehend“. Staatliches Eingreifen auf den internationalen Devisenmärkten verurteilte Regan als untaugliches Mittel, die Parität einer Währung langfristig zu beeinflussen.

Werfthilfe gefordert

Bonn (rtr) – Mit „katastrophalen“ Folgen für die deutsche Schiffbauindustrie rechnet der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, falls die Bundesregierung nicht in ausreichendem Maße die Sanierung dieses Industriezweiges finanziell unterstützt. In einem fünfseitigen Schreiben wandte sich Koschnick an Bundeskanzler Helmut Kohl und forderte ihn erneut zu einer persönlichen Intervention auf, um „zu verhindern, daß es zu untragbaren Belastungen kommt“.

LAMBSDORFF IN TOKIO

Deutsch-japanische Kritik an US-Handelspolitik

dpa/VWD, Tokio

Bonn und Tokio haben gestern bei Gesprächen zwischen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und japanischen Kabinettsmitgliedern gemeinsam die jüngsten amerikanischen Alleingänge in der Handelspolitik kritisiert. Gleichzeitig bezeichneten sie die nach wie vor hohen US-Zinsen als schwerwiegende Hindernisse für den wirtschaftlichen Erholungsprozeß im Westen. Wie nach den Begegnungen von Lambsdorff mit Außenminister Shintaro Abe und Finanzminister Noboru Takeshita verlautete, nahmen beide Seiten dabei vor allem Bezug auf die in der vergangenen Woche von Washington verhängten Importbeschränkungen für Edelstahl aus der EG und Japan.

Obwohl am vierten Tag des Japan-Besuchs von Lambsdorff internationale Wirtschaftsprobleme im Vordergrund standen, brachte er aus aktuellem Anlaß am Dienstag gegenüber Außenminister Abe erneut die Bonner Sorgen um die Motorrad-Produktion in West-Berlin zur Sprache. Wie ein japanischer Regierungssprecher anschließend mitteilte, bat Lambsdorff dabei „nachdrücklich um Verständnis“ dafür, daß Washington der Bundesrepublik wegen des politischen Sonderstatus Berlins bei der Aufteilung der zollbegünstigten US-Importquoten für schwere Motorräder (über 700 Kubikzentimeter) im Verhältnis zu den Marktanteilen höhere Stückzahlen eingeräumt habe als den Japanern.

Trotz der Intervention des Bonner Ministers zeichnet sich vorläufig kein japanisches Einlenken ab. Wie es heißt, will Tokio das Thema der massiven amerikanischen Zollerhöhungen für Motorräder vom April bereits heute und morgen bei bilateralen Konsultationen im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) in Genf aufgreifen.

SCHWEIZ / Friedensabkommen zwischen den Sozialpartnern wurde erneuert

Arbeitsfriede bis 1988 gesichert

IRENE ZUECKER, Genf

Das „Friedensabkommen“ in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie, die rund ein Zehntel aller Arbeitnehmer beschäftigt, kann nun doch fristgerecht per 19. Juli um weitere fünf Jahre verlängert werden.

Die Idee dieses Abkommens, das seit 1937 funktioniert, beruht auf den letztlich gemeinsamen Interessen der Vertragsparteien und sieht vor, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Meinungsverschiedenheiten einem unabhängigen Schiedsgericht unterwerfen und nur bei Nichtanerkennung des Entscheids gestreikt oder ausgesperrt wird. Die „absolute Friedenspflicht“ bezieht sich auch auf Streitigkeiten über Arbeitsverhältnisse, die vom Abkommen unabhängig sind. Damit werden die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vom Klassenkampf auf Treu und Glauben verlagert.

Gemäß Umfrage bewerten drei Viertel der Bevölkerung den Arbeitsfrieden als positiv. Er ist mit ein Grund für den schweizerischen Wohlstand, da durch Streiks viel weniger Verluste entstehen als anderswo. 1982 etwa kam es zu zwei unbedeutenden Arbeitsniederlegungen. Der neu ausgehandelte Gesamtarbeitsvertrag (GAV) bringt die stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden ab 1986 und 1988 bei paritätischer Teilung der Kosten, das heißt ohne vollen Lohnausgleich. Erstmals in der Geschichte der schweizerischen Gewerkschaften ist eine Arbeitszeitverkürzung mit einem Lohnabbau von rund 2,4 Prozent verknüpft.

Neu bei der GAV-Verlängerung sind weiter: eine Aufbesserung der monatlichen Kinderzulage für Jugendliche bis zum 25. Lebensjahr, sofern sie in der Ausbildung oder ohne Erwerb sind. Lehrlinge und Jugendliche erhalten eine fünfte Ferienwoche zugestanden. Zudem wird die Lohnentschädigung bei Militärdienst um fünf Prozent erhöht. Neu geregelt werden die Überzeit- und Feiertagsentschädigungen sowie die Solidaritätsbeiträge für nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer minimal erhöht.

Im immateriellen Bereich einigten sich die Vertragspartner grundsätzlich auf die Lohngleichheit für Mann und Frau bei gleichwertiger Arbeit und verabschiedeten ein Datenschutzabkommen, wonach der Arbeitnehmer Einsicht in seine Daten verlangen kann, um sie allenfalls berichtigen zu lassen.

Nicht erfüllt wurden die Forderungen der Gewerkschaften nach verstärktem Kündigungsschutz, größerer Mitbestimmung und Ausdehnung des GAV-Geltungsbereichs auf technische und Industrieangestellte sowie auf Lehrlinge. Gemäß Nationalrat Fritz Reimann willigten die Gewerkschaften mit Rücksicht auf die schwierige wirtschaftliche Lage, aber widerwillig, in diesen als ungenügend empfundenen neuen GAV ein, um so den Arbeitsfrieden nicht zu gefährden.

FRANKREICH / Ausländer behaupten Marktanteil

Automobilabsatz stagniert

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der Absatz der französischen Automobilindustrie hat sich im ersten Halbjahr *1983* nur schwach über den Vorjahresabsatz hinaus erhöhen können und wird damit vom französischen Automobilherstellerverband weiterhin als „stagnierend" bezeichnet. Nach Anzeichen eines gewissen Aufschwungs in den ersten Monaten des Jahres fielen die Juni-Zahlen nicht annähernd *so* gut wie erwartet aus und bewirkten, daß das Halbjahresergebnis mit 1 060 202 Neuzulassungen nur um 0,3 Prozent über dem von 1982 liegt. Im Juni wurden *184 852 neue Autos dem Verkehr* übergeben, 0,5 Prozent mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Hauptverantwortlicher für dieses enttäuschende Ergebnis ist der staatliche Automobilkonzern Renault, dessen Verkauf im Juni um 10 Prozent zurückging. Nur seine Modelle R 5, 9 und 11, sämtlich der Klein- und Mittelklasse zugehörig, konnten sich gut behaupten, während die größeren Typen R 20 und R 30 zunehmend ausländischen Modellen weichen mußten, die, so der Verband, besseres Marketing, bessere Werbung und besseren Service anbieten. Besser dagegen kamen die übrigen französischen Konkurrenten Citroën und Peugeot-Talbot davon. Citroën konnte seine Verkäufe im ersten Halbjahr um 33 Prozent, davon im Juni allein um 17 Prozent, verbessern. Beim Peugeot-Talbot betrug die Steigerung 4 Prozent.

Die ausländischen Fabrikate behaupteten sich mit 31 Prozent knapp über der als „fatal" genannten Marke von 30 Prozent Markenanteil. Ziel der Regierung ist es seit langem, diesen *Anteil unter 30* Prozent zu drücken. Im Juni ging der Absatz der Ausländer allerdings um 2,4 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. Unter den Fremdfabrikaten streiten sich nach wie vor Volkswagen, Ford und Fiat um die ersten Plätze. Ford lag im ersten Halbjahr mit 77 000 verkauften Automobilen an der Spitze (Marktanteil 8 Prozent), gefolgt von VW und Fiat.

LATEINAMERIKA / Wirtschaftsorganisation will Handel mit Europa ausweiten

Dialog mit der EG soll vertieft werden

MANFRED NEUBER, Bonn

Das lateinamerikanische Wirtschaftssystem (Sela), die größte und *loseste Organisation zur regio*nalen Integration, hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu einem „neuen Dialog" aufgefordert. Anlaß ist der Rückgang im Handel zwischen Lateinamerika und Westeuropa.

Die Sela mit Sitz in der venezolanischen Hauptstadt Caracas macht diese ernüchternde Rechnung auf: Vor zwanzig Jahren gingen 29,7 Prozent der gesamten Ausfuhren Lateinamerikas in Länder, die heute zur EG gehören. Vor zehn Jahren *betrug dieser Anteil nur noch* 22,7 Prozent, und im Jahre 1981 schrumpfte er auf 16,4 Prozent. Umgekehrt sanken die Einfuhren aus Westeuropa von 24,9 Prozent (1963) auf *15,3* Prozent *(1981)*.

Lateinamerika konnte wegen der sprunghaft gestiegenen Kosten für die Rohöl-Einfuhren weniger im EG-Raum kaufen und infolge des gemeinsamen europäischen Agrarmarktes dort weniger absetzen. Außer landwirtschaftlichen Produkten waren auch Ledererzeugnisse und Textilfasern betroffen.

Im Generalsekretariat der Sela wird befürchtet, daß der Warenaustausch mit Westeuropa nach dem Beitritt von Spanien und Portugal zur EG weiter abnehmen könnte. *Schon die* Aufnahme Griechenlands habe die eigenen Absatzmöglichkeiten in der EG geschmälert.

Im Hinblick auf die künftig zu erwartenden Schwierigkeiten sollen die EG-Kommission, das Europa-Parlament und die nationalen Regierungen dafür gewonnen werden, einen umfassenden Dialog zwischen der EG und der Sela in Gang zu bringen. Bisher fand nur ein unverbindlicher Meinungsaustausch von beiden Gruppen statt.

Nach den Vorstellungen der Sela *soll diese 1975 von 25* Ländern geschaffene Organisation denselben Status erhalten, den die EG den AKP-Ländern (in Afrika, der Karibik und im Pazifik) sowie der süd*ostasiatischen Staatengruppe* Asean eingeräumt hat.

Wichtigste Ziele der Sela bei Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft sind:

- gegenseitige Ausweitung der Meistbegünstigung. Gegenwärtig profitieren davon nur Gatt-Unterzeichner und Mexiko, de facto aber auch die Nicht-Signatarstaaten Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Panama, Paraguay und Venezuela.
- die Schaffung eines festen Rahmens für Konsultationen und Verhandlungen.
- eine Ausdehnung der zu erörternden Sachgebiete.

Das lateinamerikanische Wirtschaftssystem bemüht sich um eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber anderen Wirtschaftsgruppen, um die Finanzierung gemeinsamer Wirtschaftsprojekte, die Gründung multilateraler Unternehmen und um eine gemeinsame Preispolitik. Es bestehen eine Lateinamerikanische Exportbank und eine Lateinamerikanisch-Arabische Entwicklungsbank.

LBS WÜRTTEMBERG / Nicht zufrieden

Sanfter Aufschwung spürb[ar]

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Eine deutliche Belebung des Neugeschäfts registriert die LBS Landesbausparkasse Württemberg, Stuttgart. Im ersten Halbjahr 1983 ist das Brutto-Neugeschäft der Stückzahl nach um 7,8 Prozent auf 36 000 Verträge und den Summen nach um 16 Prozent auf 1,16 Mrd. DM Bausparsumme angestiegen. Heinz Wilderer, geschäftsleitendes Vorstandsmitglied, mag dennoch nicht von einem rundum zufriedenstellenden Ergebnis sprechen. Er verweist auf den Basiseffekt, war doch in der Vergleichzeit des Vorjahres das Neugeschäft rapide zurückgegangen. So gesehen handele es sich seiner Meinung nach um einen kleinen und sanften Aufschwung.

Bei der Bevölkerung fehle noch der Wille und die Motivation, wieder stärker auf das Vorsparen zu setzen. In diesem Zusammenhang forderte Wilderer eine Verkürzung der prämienrechtlichen Bindungsfrist für Bausparmittel von 10 auf wieder 7 Jahre. Die Bausparförderung, die verbesserungsbedürftig sei, dürfe nicht als Subvention, sondern als wünschenswerte[r In]vestitionshilfeanreiz gesehen [wer]den.

Aufwärts tendiert auch der [...] eingang: Er stieg in den ersten [...] Monaten dieses Jahres um [...] Prozent, wobei die Sparbei[träge] sogar um 13,1 Prozent zunah[men]. Aber auch hier ist zu berücks[ichti]gen, daß die Sparintensität, [...] 1976 noch bei 139 Prozent la[g, ...] noch 93 Prozent beträgt. So[...] zahlungen bleiben also immer [...]ker aus. Deshalb ist der Tren[d zur] Wartezeitverlängerung (die [...] lungsfrist beträgt derzeit 49 [...] te bei 40prozentiger Soforte[...] lung) noch immer nicht [...] stoppt. Ihren Marktanteil im [...] geschäft hat die LBS Stuttg[art in] ihrem Arbeitsgebiet Württen[berg] im vergangenen Jahr auf 31,2 Prozent verbessert. Der Zins[über]schuß wurde in 1982 auf 186 Mill. DM gesteigert. Aus der 18,8 (15,3) Mill. DM erhöhten [Jah]resüberschuß wurden wieder [...] Prozent auf das von den Spa[rkas]sen gehaltene Stammkapital [...] 30 Mill. DM ausgeschüttet.

BRASILIEN / BIZ setzt IWF unter Druck:

Keine Kreditverlängerung

dpa/VWD/rtr, Basel

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, ist nicht bereit, einen am 15. Juli fällig werdenden Kredit Brasiliens über 400 Millionen US-Dollar (rund 1,15 Milliarden Mark) erneut umzuschulden beziehungsweise zu verlängern. Dies erklärte ein BIZ-Sprecher in Basel.

Bankkreise in Brasilien und den USA vermuten, daß die BIZ damit Druck auf den Internationalen Währungsfonds ausüben will, eine bereits für Mai zugesagte zweite Kredittranche über 411 Millionen US-Dollar auszuzahlen. Dies hat der IWF angesichts der wirtschaftlichen Lage Brasiliens bisher verweigert. Gegenwärtig verhandelt eine IWF-Delegation in Brasilien über die geforderten wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen der *brasilianischen Regierung zum* Abbau des riesigen Schuldenberges von fast 90 Milliarden Dollar.

Nach Angaben aus Delegationskreisen wird es jedoch kaum möglich sein, die Verhandlungen bis zum 15. Juli erfolgreich zu beenden. Mit neuen Vereinbarungen – und somit der Auszahlung der Tranche – könne frühestens gegen Monatsende gerechnet werden.

Auf die Frage, was geschehen werde, wenn Brasilien das Geld nicht bis Freitag gezahlt habe, sagte der Präsident der BIZ, Fritz Leutwiler: „Das werden wir näch*ste Woche sehen.*" *In diesem* Fall könne Brasilien allerdings nicht damit rechnen, daß die BIZ einen weiteren Überbrückungskredit billigen werde.

Das US-Schatzamt hat einen Kommentar zu der Entscheidung der BIZ abgelehnt. Auch ein Sprecher der brasilianischen Zentralbank wollte sich nicht zu der Entscheidung der BIZ äußern. *Beamte* der Zentralbank dementierten aber, daß sich das Land in den USA um eine Zwischenfinanzierung bemühen wolle. Die finanziel*len Bedürfnisse Brasiliens würden* innerhalb des vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Geschäftsbanken gesteckten Rahmens erfüllt. Die Verhandlungen mit dem IWF verliefen zufriedenstellend, sagten die Beamten.

Brasiliens Finanzminister Ernane Galveas erklärte in Caracas, er hoffe bald eine Einigung mit dem IWF zu erreichen, so daß der IWF die Auszahlung von Mitteln aus dem 4,9-Milliarden-Dollar-Programm fortsetzen werde. Die aufgelaufenen Rückstände Brasiliens gab Galveas mit rund einer Milliarde Dollar an.

GRIECHENLAND / Seit zwölf Jahren besteht ein Importverbot für Bananen

Europäische Kommission warnt Athen

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Die Zollbeamten an der griechisch-jugoslawischen Grenze hatten einen zuverlässigen Tip und wollten die „heiße Ware" unbedingt sicherstellen. Tatsächlich wurden sie in einem Lastwagen fündig: Hinter tonnenschweren Kisten mit Auto-Ersatzteilen aus Deutschland entdeckten sie 150 Kilogramm Bananen. Griechische Urlauber, die aus dem Ausland nach Hause heimkehren, werden an den Grenzübergängen häufig mit der Frage konfrontiert, ob sie Bananen in ihrem Gepäck haben.

Es mag absurd klingen, aber in Griechenland, wo in jedem besseren Supermarkt französische Butter und deutsche Biersorten zu kaufen sind, sind Bananen Mangelware: Eine Verordnung des Handelsministeriums aus dem Jahr 1971 verbietet die Einfuhr der Südfrucht ins Land der Hellenen.

Griechenlands Obristen hatten *vor zwölf* Jahren den Bananenimport verboten, um den Verkauf der auf der Insel Kreta wachsenden Bananen und den Verbrauch von anderen einheimischen Obstsorten *zu fördern. Ihnen ging es* auch um eine Entlastung der Devisenkasse: Denn in den 60er Jahren haben die Griechen bis zu 50 000 Tonnen Bananen im Jahr verzehrt und Griechenlands magere Devisenreserven entsprechend belastet.

Seither hat es keine griechische Regierung gewagt, dieses unsinnige Verbot aus der Welt zu schaffen. Auch *nach* dem EG-Beitritt blieben die Handelsexperten stur. „Das Verbot bleibt erhalten, weil die griechische Bananenproduktion zur Abdeckung der Nachfrage ausreicht", sagte unlängst Handelsminister Georgios Moraitis.

Es stimmt nicht. Denn Kretas Bananenproduzenten – alles in allem 80 Familien – können nur knapp 800 Tonnen im Jahr auf den Markt bringen. Hinzu kommt, daß die in Griechenland wachsende Frucht wegen der ungünstigen klimatischen Bedingungen mit ihren südamerikanischen Schwestern nicht zu vergleichen ist: Sie ist klein und mickrig, nahezu geschmacklos und kaum aromatisch und dazu noch exorbitant teuer. Ein Pfund griechischer Bananen ist nicht unter sechs Mark zu haben.

Aktuell wurde der griechische *Bananenstreit, als die* Franzosen unlängst eine Direktive aus Brüssel veranlaßten: Den Griechen wurde bedeutet, daß sie nicht das Recht haben, den Import von französischen Bananen aus Guadeloupe und Martinique zu unterbinden. Den Antrag Athens auf eine Sonderbehandlung der auf Kreta wachsenden Bananen hatte die Kommission schon im letzten Jahr verworfen.

Unternehmen die Griechen nichts, so wollen die Franzosen *den Europäischen Gerichtshof* einschalten. Schützenhilfe erhalten sie auch in Griechenland. Myron Mavrikidis, Präsident der arbeitslos gewordenen griechischen Bananenimporteure, *rief* unlängst den Staatsrat, Griechenlands oberstes Verwaltungsgericht, an, nachdem das Landwirtschaftsministerium erneut einen Antrag für den Import von 1000 Tonnen Bananen abgelehnt hatte. Die griechischen Bananenkonsumenten, die die einheimische minderwertige Frucht jahrelang mit Verachtung gestraft haben, dürfen hoffen, daß sie schon im Herbst in den Genuß von Import-Bananen kommen werden. Bananenpräsident Mavrikidis ist zuversichtlich: „Unsere Chancen auf Erfolg sind gut." (SAD)

Schuldenproblem wird alarmierend

AFP, Paris

Die Verschuldung der Dritten Welt ist außerordentlich alarmierend und zur Lösung dieses Problems sind neue Maßnahmen erforderlich. Diese Auffassung vertrat in Paris der Vorsitzende der „Gruppe der 30", *Johannes* Witteveen, auf einem Seminar zum Thema „Die Handelsbanken und die Umverteilung der internationalen Verschuldung". Der 1978 gegründeten „Gruppe der 30" gehören 30 einflußreiche Persönlichkeiten aus der internationalen Finanzwelt an.

Witteveen, dem ehemaligen Generaldirektor des Weltwährungsfonds (IWF), zufolge müßte ein „systematisches Programm" erstellt werden, das sowohl den verschuldeten Staaten als auch dem internationalen Finanzsystem langfristig die Existenz garantiert. Dennoch sei selbst mit einem solchen Programm nicht vor Ende dieses Jahrzehnts mit einer Lösung des Schuldenproblems zu rechnen. Zunächst müßten laut Witteveen in einigen reichen Ländern stimulierende Maßnahmen ergriffen werden und die Banken den Schuldnerländern die für einen Aufschwung erforderlichen Kredite gewähren. Der IWF müsse über genügend Resourcen verfügen, um die Unterstützung für die Entwicklungsländer auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: R[...] Bau GmbH Hoch- u. Tiefbau, S[...]rath; **Detmold:** Nachl. d. Heinric[h ...]sche, Blomberg; **Düsseldorf:** B[...]hoff Beteiligungs-GmbH, Lange[...]; Nachl. d. Ewald Schmitz, Klem[...]meister; Nachl. d. Ruprecht Fritz [...]dor Wahle, Kaufmann; Michael J. [...] Water, früher Inh. d. Diskothek u. [...]stätte Casablanca-Club, Mon[...]; **Hamburg:** Nachl. d. Hans Fri[...] Schacht; **Ingolstadt:** Siladent AG, [...]tronische zahntechnische, zahnm[...]nische Erzeugnisse u. Geräte; **Ka[...]he:** Nachl. d. Günther Friedrich [...]; **Neu-Ulm:** Nachl. d. Karl Gerhard [...] Max, Münsterhausen; **Offen[bach am] Main:** Orion-Heimreiter-V[...] GmbH, Heusenstamm; **Stra[...]** *Gerda Lermer geb. Jorek*, Allein[...] Autovermietung Lermer; Alfred [...]mer, Kaufmann; **Wiesbaden:** Kaufhaus der Mitte Attendorn G[...], Mainz-Kastel.

Anschluß-Konkurs eröffnet: D[...]dorf: Hildegard Fuks geb. Baume[...]; **Schwäbisch Hall:** Sport-Shop [...] Gaildorf; Dieter + Fritz Maier (Spielwaren), Gaildorf; a) Dieter [...] Gas- u. Wasserinstallateurmeist[er], *Fritz Maier, Heizungsbaumeister*, [...]dorf; **Tettnang:** Henke-Hyd[...] GmbH u. Co. KG, Kreßbronn a. [...]

Vergleich eröffnet: Berlin-Ch[ar]tenburg: Rainer Baron von Led[...]ger-Falkenegg; **Biedenkopf:** Tr[...] Öhm & Sohn KG, Dautphetal-B[...]nau; **Leverkusen:** Rudolf Frisch G[mbH] & Co. KG, Holz- u. Baumateria[l]handlung, Leichlingen.

Vergleich beantragt: Wal[dshut-]Tiengen: Schwarzwälder Kun[...] GmbH, Wehr.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lubke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. [...] für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens vierteljährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fracheli

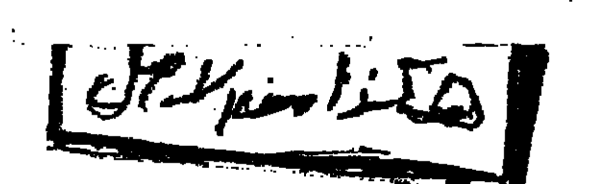
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6



OTTO WOLFF / Verlustreichen „Schicksalsschlag“ aus dem US-Geschäft verdaut

Im Markt überwiegen die Moll-Töne

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Erstmals seit seiner schon 18 Jahre zurückliegenden Umgründung in eine Aktiengesellschaft läßt das Kölner Handels- und Holdinghaus Otto Wolff AG für 1982 die Familieneigentümer von 100 Mill. DM Grundkapital ohne Dividende. Der mager gewordene Gewinn wird in dann 90 Mill. DM Rücklagen gepackt. DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen, Hauptaktionär und Vorstandsvorsitzender, räumt zwar ein, daß man mit Ach und Krach noch 4 Prozent Dividende hätte darstellen können. Aber was nicht verdient sei, wolle man auch nicht ausschütten. Und Vorrang soll obendrein die Reservenstärkung auch im nächsten Abschluß haben.

Für den sieht Otto Wolff Besseres voraus. Zwar überwiegen nach seinem Eindruck auf den meisten Märkten 1983 bisher noch die Moll-Töne. Aber im Stahlhandelsgeschäft, das einschließlich der Werksabsatzfunktion für die beiden „Stahlweiterverarbeitungs“-Halbtöchter Rasselstein AG und Stahlwerke Bochum AG (Elektro-, Fein- und Weißblech) weiterhin den größten Teil der Wolff-Gruppe repräsentiert, laufe nun, wenn man auch noch nicht von Trendwende sprechen könne, doch einiges besser. Analog dazu werde nach seiner Einschätzung der deutsche Rohstahlausstoß 1983 mit 35,5 Mill. t wenigstens wieder das allerdings magere 1982er Niveau (35,9 Mill. t) ungefähr erreichen.

Besseres im eigenen Haus erwartet Otto Wolff für 1983, allerdings vor allem aus einem anderen Grund. In 1982 mußte man den „Schicksalsschlag“ von rund 62 Mill. DM Verlusten aus dem in USA aufgebauten Stahlhandelsgeschäft verdauen. Dazu noch rund 18 Mill. DM Verluste bei inländischen Handelstöchtern (Ferrum und Hommel), die zu zwei Dritteln aus nur noch 147 (172) Mill. DM Umsatz des auch mit hohen Sozialplankosten auf die „Schlankheitskur“ geschickten Hommel-Handels stammten.

Mit einem für Familienunternehmer nicht alltäglichen Freimut räumt Otto Wolff ein, daß der „Schicksalsschlag“ im US-Geschäft „aus einer Kombination von eigenen Fehlern und drastisch verschlechterten Marktverhältnissen“ stammte: Aufbau zu hoher Bestände (aus Drittland-Importen), teils in falscher Markteinschätzung, teils als Folge von Auftragsstornierungen, dazu die Zahlungsunfähigkeit wichtiger Schuldner und ein notleidendes Großgeschäft. Das alles bei einem dann 20prozentigen US-Stahlpreisverfall – und einem eigenen Rechnungswesen, das für rechtzeitige Warnung vor dem heraufziehenden Gewitter (noch) nicht tauglich war.

Stolz ist man in Köln, daß man diesen Aderlaß vor allem dank besserer Erträge zumal im Werkshandelsgeschäft und der um die Hälfte auf 12 Prozent erhöhten Gesamtdividende der „Montan-Zwischenholding“ EHW daheim ohne Verlustausweis und gleichwohl „ohne Bilanzkosmetik“ habe verdauen können.

Bei aller Scheu vor dem allfälligen Bild vom gierigen Räuber deutet der Firmenchef an, daß man parat stehe, aus den stahlfernen deutschen Aktivitäten des in der Stahlkrise taumelnden Luxemburger Arbed-Konzerns bei Verkaufsbedarf einiges zu übernehmen. Das gilt wohl in erster Linie für den Arbed-Anteil von 49,9 Prozent bei der im Wolffschen Investitionsgüterbereich dominierenden PHB Weserhütte AG, die Wolff bisher in Paritätspartnerschaft mit Arbed betreibt. Aber auch die Hereinnahme eines weiteren und für das internationale PHB-Geschäft nützlichen Partners gehört da offenbar zur möglichen Strategie.

Und der Strukturwandel beim Stahl? Wolff schwört da, und „glücklicherweise“ selbst längst nicht mehr mit Rohstahlerzeugung befaßt, nach wie vor auf das Moderatorenkonzept. Da liege die unverändert beste Chance sinnvoller Umstrukturierung.

Wolff-Umsätze	1982	± %
Wolff AG (Mill. DM)	1799	+ 0,6
Handelstöchter	1753	– 11,6
Investitionsgüter	797	+ 31,3
Stahlweiterverarbeitung	2049	0
US-Holding	389	– 42,5
AG-Gewinn	2,6	– 75,0
Ausschüttung	–	(8,4)

RODAMCO / US-Immobilien brachten hohe Erträge

Spitzenobjekte gefragt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die niederländische, in hochwertigen, fast ausschließlich kommerziell genutzten und bereits vermieteten Immobilien anlegende Rodamco N. V., Rotterdam, erwartet, daß der Bewirtschaftungsgewinn des laufenden Geschäftsjahres 1983/84 (28. 2.) nicht hinter dem des Vorjahres zurückbleibt. Das zur Robeco-Gruppe gehörende Unternehmen geht davon aus, daß sich die wirtschaftliche Situation in den Anlageländern Europas nicht verschlechtert. Namentlich aus den USA werden gute Ergebnisse erwartet. Darüber hinaus rechnet das Unternehmen mit Ergebnisverbesserungen aus veminderten Leerständen – zur Zeit 4,2 Prozent

Im Geschäftsjahr 1982/83 hat die internationale Streuung der Immobilien einen bedeutenden Beitrag zur Ergebnisentwicklung beigetragen. Die mit Ausnahme einiger bedeutender Städte in der Bundesrepublik europaweit schwache Marktentwicklung ist durch die US-Anlagen mehr als ausgewogen worden. Zwar läßt die Marktsituation anderes vermuten, aber Büroraum in erstklassig gelegenen Objekten und Gebieten wie San Francisco, Los Angeles, Boston und New York wird von Mietern und Anlegern gleichermaßen gesucht.

Während Läden und Büroobjekte in den Niederlanden bei erhöhtem Angebot auf geringe Nachfrage stießen, zeigt die Bundesrepublik ein durchweg positives Bild. Insgesamt ist der Wert des Portefeuilles gestiegen, eine Folge kontinuierlicher Nachfrage bei mäßiger Steigerung des Mietniveaus.

Die Gesamt-Immobilienanlagen stiegen 1982/83 auf 927 (813) Mill. hfl, von denen in Bürohäuern bzw. Läden 46,7 bzw. 40,9 Prozent angelegt waren. Die Hälfte (44 Prozent) der Immobilien liegt in den USA, 25 Prozent in den Niederlanden und 15 Prozent in der Bundesrepublik. Der Reingewinn aus Bewirtschaftung erhöhte sich von 24,9 auf 31,5 Mill. hfl, das bedeutet eine Steigerung um 27 (22) Prozent (ohne Vekäufe, deren Erlös direkt ins Vermögen fließt) – Wertänderungen führten hier zu einem Vermögenszuwachs von 27,3 (30,7) Mill. hfl, so daß das gesamte Anlageergebnis 58,8 (55,6) Mill. hfl erreichte.

Aus dem Reingewinn wurden den Aktionären 4 (3,80) hfl in bar sowie 3 Prozent in Aktien zu Lasten der Agiorücklage ausgeschüttet.

Dietz-Mehrheit bei Norsk Data

Py. Düsseldorf

Die Norsk Data A. S., Oslo, hat ihre bisherige 25-Prozent-Beteiligung an dem deutschen Computerhersteller Dietz Computer-Systeme, Mülheim/Ruhr, auf 80 Prozent aufgestockt. Damit hat sich schneller als erwartet die im Herbst letzten Jahres eingeleitete Zusammenarbeit in Entwicklung, Produktion und Vertrieb zu einem europäischen Zusammenschluß ausgeweitet. Die Familie Dietz, seit über 30 Jahren alleiniger Inhaber des Mülheimer Unternehmens, hat der Mehrheitsbeteiligung zugestimmt, „um dem Unternehmen eine starke kooperative und finanzielle Basis zu geben, die im Hinblick auf ehrgeizige Pläne und starkes Wachstum notwendig erscheinen“.

Dietz – 350 Mitarbeiter – hatte 1981 letztmalig seinen Umsatz mit 55,5 Mill. DM und seine (nicht eingetroffenen) Erwartungen für 1982 mit 65 Mill. DM beziffert. Im ersten Halbjahr 1983 wird die Umsatzsteigerung mit 25 Prozent angegeben. Entwicklung und Produktion in Mülheim bleiben erhalten.

Agab: Mit gesamtem Kapital an die Börse

VWD, Frankfurt

Die Zulassung ihres gesamten Grundkapitals – das inzwischen durch Ausnutzung von genehmigtem Kapital um 20 auf 60 Mill. DM erhöht worden ist – zur amtlichen Notierung an der Frankfurter Wertpapierbörse hat die Agab AG für Anlagen und Beteiligungen beantragt. Die Agab-Holding, an deren Kapital die DG-Bank und die Landwirtschaftliche Rentenbank mit je mehr als 25 Prozent beteiligt sind, hält derzeit sechs Beteiligungen an ertragsstarken und zukunftsträchtigen mittleren Unternehmen mit Schwerpunkt in der Nahrungsmittelwirtschaft. Die jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung sollen im Rahmen eines öffentlichen Angebots, das für August erwartet wird, breit gestreut werden. Für das Geschäftsjahr 1982 wird der Agab-Hauptversammlung am 13. Juli die Verteilung einer auf 5,0 von 4,50 DM pro 50-DM-Aktie erhöhten Dividende auf 40 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen.

NAMEN

Hans Karl Hemmer, persönlich haftender Gesellschafter und später Vertriebs-Geschäftsführer der R. Woeste & Co. GmbH & Co. KG., Düsseldorf, ist Ende Juni in den Ruhestand getreten. **Dr. Hans-Günther Kröckel**, Prokurist und stellvertretender Geschäftsführer, wurde zu seinem Nachfolger bestellt.

Dr. Eduard Goudefroy, ehemaliger langjähriger Vorstandsvorsitzender der Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg-Berlin, ist kurz vor Vollendung des 81. Lebensjahres am 6. Juli in Hamburg gestorben.

Gustav Heinz (48), Leiter der Hauptabteilung Soziale Sicherung der Siemens AG, ist zum Vorstandsvorsitzenden des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen gewählt worden. Er ist Nachfolger des aus Altersgründen ausgeschiedenen **Dr. Hans-Albrecht Bischoff**.

Ute J. Hoppe hat als Nachfolgerin für den in den Ruhestand getretenen **Joachim Schypek** die Leitung der PR und Öffentlichkeitsarbeit des Internationalen Woll-Sekretariats (IWS) für Deutschland, Österreich und die Schweiz in Düsseldorf übernommen.

Jörg Schopf, Gründer und bisheriger geschäftsführender Gesellschafter der Schopf Maschinenbau GmbH, Stuttgart, scheidet Anfang Juli aus der Geschäftsführung aus.

Bruno Fritz (52), Geschäftsführer des Bezirksverbandes Karlsruhe der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden in Baden-Württemberg, wurde zum Landesverbandsvorsitzenden berufen. Er ist Nachfolger des kürzlich verstorbenen **Erich Emmrich**.

DORNIER / Keine neue Schubkraft wegen der leeren Kassen des Bundes

Hoffnung im zivilen Flugzeugbereich

DANKWARD SEITZ, München

Nach jahrelangem Steigflug hat sich das Luft- und Raumfahrtunternehmen Dornier GmbH, Friedrichshafen, für die nächste Zeit auf eine Konsolidierungsphase auf dem erreichten hohen Niveau vorbereitet. Die leeren Kassen des Bundes, speziell des Verteidigungsministeriums, bringen keine Schubkraft mehr. Die Projekte vor allem der wehrtechnischen Forschung, Entwicklung und Erprobung werden, wie Vorstandssprecher Karl-Wilhelm Schäfer bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1982 erklärte, weiter zusammengestrichen oder gestreckt. Erst für die zweite Hälfte der 80er Jahre zeichnen sich Möglichkeiten für größere neue Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme ab.

Vor diesem Hintergrund erwartet Schäfer für 1983 einen Umsatzrückgang um etwa 11 Prozent auf 1,4 Mrd. DM und einen um die gleiche Rate geringeren Jahresüberschuß. Daß es bei einem Umsatzanteil der öffentlichen Auftraggeber von 31 Prozent nicht zu stärkeren Einbußen kommt, wird mit der erfolgreichen Diversifikationspolitik der 60er Jahre begründet. Das verstärkte Bemühen um zivile und ausländische Auftraggeber wird weitgehend einen Ausgleich bringen, so daß die Beschäftigung des Unternehmens gesichert ist. Die Auslastung im Entwicklungsbereich – er steuert rund ein Drittel zum Umsatz bei – soll durch Umschichtungen stabil gehalten werden.

Große Hoffnungen setzt man bei Dornier auf den zivilen Flugzeugbau. Von der Do 128-6 sollen 1983 bereits 10 (5) und 3 (9) Einheiten von der Do 228 ausgeliefert werden. Den Auftragsbestand gab Schäfer mit insgesamt 43 Maschinen und weiteren 49 Optionen an. Damit sei die Produktion für die nächsten zwei Jahre fast ausgelastet und ein Ausgleich für den Alpha-Jet gefunden, wenn dessen Lieferung an die Bundeswehr demnächst ausläuft. Der Break-even-point liege bei rund 350 Maschinen.

Gestützt wird der Flugzeugbau neben den Zulieferungen für den Airbus A 310 auch noch vom Alpha-Jet-Programm. Erst in diesen Tagen wurde mit Nigeria ein Anschlußauftrag über die Lieferung von weiteren 12 Maschinen unterzeichnet. Der Auftragsbestand für Flugzeuge erhöhte sich dadurch auf wieder rund 1 Mrd. DM nach 0,75 (1,0) Mrd. DM Ende 1982. Zum Projekt „Flugboot“ sagte Schäfer, daß im Herbst erste Tests durchgeführt würden. Die Realisierung sei aber noch vollkommen offen und hänge davon ab, ob man einen Auftraggeber finden könne.

Einen weiteren Ausgleich für das nachlassende Militärgeschäft will Dornier in den Bereichen Raumfahrt und neue Techniken finden. Im Mittelpunkt stehen hier das Spacelab-Programm, Satelliten für die Erderkundung sowie Bodenstationen einerseits. Große Nachfrage im Bereich neuer Technologien andererseits besteht zum Beispiel für ein Gerät zur Zertrümmerung von Nierensteinen.

Trotz mancher Sorgen beim Blick in die Zukunft, die Zahlen von 1982 geben dazu keinen Anlaß. So gesteht Schäfer auch ein, daß insgesamt gut verdient wurde. Das Betriebsergebnis sei um 30 Prozent verbessert worden und habe trotz eines aperiodischen hohen Steueraufwands von 104,8 (79,7) Mill. DM für Vorsorgemaßnahmen genügend Raum gelassen. So wurden für den hohen Forderungsbestand an außereuropäische Auftraggeber eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 17,7 Mill. DM vorgenommen und 49,7 Mill. DM den Rückstellungen zugewiesen. Das Ergebnis erlaubte neben der Stärkung der offenen Rücklagen um 5,6 Mill. DM wieder eine Ausschüttung von 6 Mill. DM an die Gesellschafter.

Dornier	1982	± %
Umsatz (Mill. DM)	1573,7	+ 28
davon Flugzeuge	603,5	+ 31
Wehrtechnik	115,4	– 12
Betreuung von Flugzeugen	88,5	+ 3
logist. Betreuung, Ausbildung	164,7	+ 34
Raumfahrt, neue Technologien, Elektronik	303,4	+ 50
Maschinenbau	179,4	+ 16
Sonstiges	118,8	+ 68
Beschäftigte	8713	+ 1,5
Sachinvestitionen	53,4	– 6,2
Abschreibungen	40,2	+ 49,4
Brutto-Cash-flow	205,4	+ 22,5
Jahresüberschuß	36,2	+ 2,8
Bilanzsumme	1478,4	– 1,1
Eigenkapital	184,8	+ 26,2

Einbußen bei den Aktienfavoriten

Zinsunsicherheit und fester Dollar verunsicherten den Markt

DW. – Bei schleppendem Geschäft erlitten die bisher vorzugsweise von den Ausländern favorisierten Spitzenaktien überwiegend deutliche Kursverluste. Diese waren weniger die Folge eines wachsenden Angebots als vielmehr das Resultat einer um sich greifenden Käuferzurückhaltung. Erst auf deutlich ermäßigter Basis kam es zu Meinungskäufen inländischer institutioneller Gruppen. Im allgemeinen, so wird von den Banken berichtet, warten die Großanleger jedoch auf noch niedrigere Notierungen, bevor sie Neuengagements aufbauen wollen. Die zur Zeit unsichere Tendenz wird mit der Zinsungewißheit in den USA, aber auch mit dem festen Dollarkurs begründet.

Die Ausländer hielten sich mit Kaufengagements zurück, so war zu hören, weil sie die fälligen Zinsentscheidungen in den USA abwarten wollten. Ihre Zurückhaltung löste insbesondere bei Allianz Versicherung (minus 8 DM), BMW (minus 9 DM), Daimler (minus 9 DM), Schering (minus 7 DM) und Linde (minus 10 DM) spürbare Einbußen aus. Aber auch Papiere wie Siemens (minus 5 DM) sowie die Titel der Großchemie mußten Abschläge hinnehmen.

Düsseldorf: Allgemeine teils kräftige Kursverluste. So schlossen Balcke Dürr um 4,80 DM besser. Hageda erhöhten um 4 DM auf 91 DM. Nachgeben mußten Biewag um 30 DM, Didier St. um 4,80 DM und Heinrich um 4 DM. Hochtief verloren 7 DM auf 488 DM und Kromschröder 5 DM auf 185 DM. Leffers gaben um 4 DM auf 370 DM nach und Rhenag um 10 DM auf 380 DM.

Frankfurt: Im Bereich der Automobile kam es zu höheren Kursverlusten, so BMW mit 390 DM minus 9,50 DM und Daimler 576 DM minus 9 DM. Heidelberger Zement hingegen konnten sich um 25 DM auf 485 DM verbessern, bei Phusankündigung ebenfalls Deutsche Conti Rücknamensaktien um 40 DM auf 760 DM.

Hamburg: HEW gaben um 0,90 DM auf 101,20 DM nach, während NWK-Vorzüge bei 162 DM unverändert lagen. Haller Meurer fielen um 2,50 DM auf 167 DM zurück. Phoenix Gummi gaben um 0,50 DM auf 142,50 DM nach. Orenstein u. Koppel schwächten sich um 3 DM auf 219 DM ab. Hapag Lloyd gingen zu 46,50 DM (minus 1 DM) aus dem Markt.

München: Audi NSU erhöhten um 8 DM auf 293 DM und Augsburger Kammgarn um 1,50 DM auf 71,50 DM. Cassella gaben um 12 DM auf 470 DM nach und Dywidag um 5,50 DM auf 319 DM. Ekatit stockten um 2,50 DM auf 99,50 DM auf und Neue Baumwolle Hof um 8 DM auf 198 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf schwächten sich um 10 DM, Orenstein um 6,50 DM und Herlitz Stämme um 5,50 DM ab. Dt. Hypobank Berlin wurden um 5 DM niedriger taxiert. DeTeWe und Herlitz Vorzüge gaben um je 5 DM, DUB-Schultheiss um 4,50 DM und Kempinski um 2 DM nach.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Freiverkehr

Ausland

New York

	11. 7.	8. 7.
Comm. Edison	25,625	25,375
Comm. Satellite	43	42,75
Continental Group	45,625	43,25
Control Data	57,25	56,375
CPC Int.	37,75	37,75
Curtiss Wright	56,50	55,50
Deere	33	33
Delta Airlines	42,875	42,875
Digital Equipm.	116,375	115,625
Dow Chemical	33,125	33,125
Du Pont	48,125	47,375
Eastern Gas-Fuel	23	21,875
Eastman Kodak	70,75	70,50
Exxon	34,875	34,25
Faberge	20,375	20,375
Firestone	20,125	20,25
Fluor	22	21,75
Ford	56,75	55
Foster Wheeler	16,625	16,75
Fruehauf	35,50	34,625
GAF Corp.	16,25	16,50
General Dynamics	54	55,625
General Electric	53,625	53,25
Monsanto	87,375	87
National Gypsum	30,25	31,50
Nat. Semiconductor	49,875	49,50
National Steel	24,875	25
NCR	110,50	109
Newmont	56,50	55,25
PanAm World	7,875	7,50
Pfizer	41,625	41,25
Phibro	36	35,625
Phillips Petroleum	34,125	36
Philip Morris	59,375	58,875
Pittston	16,25	16,375
Polaroid	28,50	28,50
Prime Computer	20,75	19,875
Procter & Gamble	56,625	56,125
RCA	28,50	28
Revlon	35	34,75
Reynolds Ind.	50,875	50,25
Rockwell Int.	33,125	32,75
Rorer Group	30,125	29,875
Schlumberger	56,875	56,875
Sears, Roebuck	40,875	40,50
Shell Oil	50	50,25

Toronto

	11. 7.	8. 7.
Abitibi Paper	25,75	25,25
Alcan Alu.	39,875	39,75
Bk. of Montreal	29,125	29
Bk. of Nova Scotia	45,625	45,625
Bell Canada	26,375	26,50
Bluesky Oil	5,75	5
Bow Valley	28,625	28,125
Brenda Mines	16,875	16,50
Brunswick M. & Sm.	17,50	17,50
Cdn. Imperial Bk.	34	33,375
Cdn. Pacific Ltd.	47	47,25
Cdn. Pacif. Enterpr.	25,375	25,25
Cominco	53	53
Coseca Res.	4,40	4,30
Denison Mines	42,375	42,125
Dome Petroleum	5,75	5,875
Domtar	25	24,875
Falconbridge Nickel	75,25	74
Great Lakes Paper	84,50	84,75
Gulf Canada	19,25	19,125
Gulfstream Res.	1,375	1,37

London

	11. 7.	8. 7.
All. Breweries	135	134
Anglo Am. Corp. $	21,25	21,38
Anglo Am. Gold $	1,20	1,20
Babcock Int.	155	1,58
Barclays Bank	486	483
Beecham	328	331
Bowater	230	225
B. A. T. Industries	137	140
Br. Leyland	33	31
British Petroleum	400	406
Burmah Oil	152	154
Cadbury Schweppes	103	104
Charter Cons.	286	290
Cons. Gold. Fields	574	569
Cons. Murchison	420	415
Courtaulds	94	94
De Beers $	9,40	9,40
Distillers	238	241
Driefontein $	37,25	36,75
Dunlop	63	63

Mailand

Fiat	2905	2929
Fiat Vz.	2150	2175
Finsider A	52,25	49,75
Generali	130400	130400
IFI Vz.	4495	4730
Italcementi	44700	45600
Italgas	935	948
Lepetit St.	25150	25150
Magneti Marelli	810	796
Mediobanca	60000	60410
Mondadori	2760	2750
Montedison	176	174,75
Olivetti Vz.	2790	2790
dgl. St.	2871	2951
Pirelli SpA	1607	1630
Rinascente	350	355,5
RAS	139800	141800
S. A. I.	12750	12960
SIP	1845	1875
Snia Viscosa	974	994
STET	1620	1650
Index	–	–

Amsterdam

Volker Stevin	35,1	34,9
Westland Utr. Hyp.	118	122,8
Index: ANP/CBS	110,2	111,0

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	210	211
Gösser-Brauerei	328	329
Länderbank Vz.	210	210
Österr. Brau AG	275	277
Perlmooser	367	367
Reininghaus	351	351
Schwechater Br.	170	174
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	164	164
Universale HochTief	–	250
Veitscher Magnesit	216	218
Index	55,82	55,86

Tokio

Sharp El.	1340	1360
Sony	3390	3340
Sumitomo Bank	500	506
Sumitomo Marine	213	213
Takeda	802	808
Teijin	318	326
Tokyo Marine	477	475
Tokyo El. Power	1008	1020
Toray	416	431
Toyota Motor	1180	1200
Index	667,82	660,22

Kopenhagen

Den Danske Bank	295	299
Jyske Bank	469	467,5
Kopenh. Handelsbk.	272,5	280,5
Novo Industri	2765	2780
Privatbanken	272,5	277
Ostasiat. Komp.	121	121,5
Dan. Sukkerfabr.	562	571
For. Bryggerier St.	960	961,5
Kgl. Porc. Fabr.	320	320

Zürich

dgl. NA	730	730
Winterthur Inh.	2975	2940
Winterthur Part.	2700	2755
Zür. Vers. Inh.	16475	16450
Ind.: Schw. Kred.	288,7	288,7

Brüssel

Arbed	1210	1210
Brux. Lambert	2320	2350
Cockerill Ougrée	146	147
Ebes	2415	2400
Gevaert	2250	2225
Kredietbank	–	6490
Petrofina	5720	5750
Soc. Gén. d. Belg.	1915	1900
Sofina	4765	4750
Solvay	2865	2870
UCB	4060	4025
Index	–	129,19

Hongkong

Hongk. + Sh. Bk.	8,20	8,20
Hongk. Teleph.	35,00	34,75
Hutch. Whampoa	14,40	13,90
Jard. Matheson	14,40	–
Swire Pac. + A +	–	–
Wheelock + A +	3,45	–

Singapur

Cycle + Car.	Geschl.	6,50
Cold Storage		5,70
Dev. Bk. of Sing.		18,80
Fraser + Neave		8,95
Kl. Kepong		2,64
Mal. Banking		9,75
Nat. Iron		7,20
OCBC		11,20
Sime Darby		2,52
Singapur Land		7,25
Un. Overs. Bank		5,65

Sydney

ACI	1,34
Ampol. Explor.	2,48
Bk. New S. Wales	2,70
Brok. Hill. South	–
Brok. Hill. Prop.	8,74
Coles	2,86
CRA	5,34
CSR (Theiss)	3,91
Metals Expl.	0,70
MIM-Holdings	4,34
Myer Emporium	1,37
North Broken Hill	2,85
Oakbridge	1,57
Peko Wallsend	7,06
Poseidon	5,39
Thomas Nat. Tr.	1,74
Waltons	0,60
Western Mining	4,55
Woodside Petr.	1,27
Index	520,2

Optionshandel

Frankfurt: 12. 7.: 787 Optionen, 41 500 (58 250) Aktien, davon 227 Verkaufsoptionen = 12 200 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-75/7,10, 10-80/3,30, 1-75/8,50, 1-85/4, 4-85/6, Siemens 10-360/16,50, 10-380/11, 10-390/9, 1-360/23, 1-370/20, 1-380/14,40, 4-370/30, Veba 10-180/9,60, 1-180/14,80, 4-170/18, BASF 10-145/12, 10-155/6, 1-160/1-1-1-170/4, 4-160/10, Bayer 10-126/31, 10-136/22, 10-160/4,90, 1-140/17, 1-146/14,1-150/11, 160/7,80, 1-170/4,4-140/20, 4-150/15, 4-170/4,50, Hoechst 10-140/20,10-160/5,90, 10-170/2,80, 1-160/8,4-160/14, 4-170/7,50, VW 10-180/13,80, 10-190/16,60, 10-200/11,80, 10-210/8,20, 1-200/18,1-210/14,70, 1-220/8, 1-240/7, 4-200/24, Conti 10-80/21, 10-95/14, 10-100/12,90, 10-110/7,90, 1-95/17,1, 1-100/15,10, 1-110/13, 1-120/5,4-110/15, 4-130/3,50, Lufthansa 4-140/6,60, 4-150/6,60, Lufthansa Vorz. 4-140/8, Commerzbank 10-190/8,20, 10-200/5, 1-190/15,50, 1-200/9, 1-220/4,40, 1-230/3,35, 4-200/14,80, 4-240/7, Deutsche Bank 10-340/16,10-350/12,10-360/8, 1-350/27, 1-360/14,60, 1-370/10, 4-350/35,4-390/11,85, Dresdner Bank 10-180/11,40, 1-200/9,60, 4-210/9,40, Hoesch 10-50/3,00, 10-55/3, 10-60/1,50, 1-50/9, 1-55/5, Mannesmann 1-150/11,40, 1-160/7,1-170/3,50, 4-150/14, 4-170/8, 4-180/6, Preussag 10-290/6,50, 1-280/16,60, Thyssen 10-80/4, 1-80/33, 1-85/7,1 1-90/3, Bayhbf-Bank 1-270/41, Bewag 10-110/2, BBC 1-220/10, Daimler 4-600/30, Degussa 1-370/28,90, Karstadt 4-280/15, Kloeckner 10-45/1,50, Mercedes 1-530/19, RWE 1-180/6,10, 4-180/15, RWE 1-170/14,60, Schering 1-370/12, VEW 10-130/2,05, Chrysler 1-90/10,20, Sperry Rand 1-10/10,60, Xerox 10-120/6,1-120/10,40, Royal Dutch 10-120/8,1, 1-100/24,1 1-110/21,30, 4-130/10,4-130/12,40, Elf Aquitaine 1-50/14, Norsk Hydro 4-180/23,50. Verkaufsoptionen: AEG 10-70/2,60, 10-75/5, 1-70/3,20, Siemens 10-350/7,50, 1-360/17,60, 1-370/25, Veba 10-170/3,80, 1-180/16, Bayer 10-150/4, Hoechst 10-150/3, 1-150/5, BMW 10-380/6,50, 10-400/20, 1-370/4,1-380/8, VW 10-180/2, 10-190/4,40, 10-200/8 und 8,50, 1-180/4,50, 1-190/5,60, 1-200/10,60, 4-190/9,90, 4-200/17,80, Conti 10-110/2,50, 1-100/5, Commerzbank 10-190/10,50, 1-180/4, 1-190/11, Deutsche Bank 10-340/13,4-380/30, Dresdner Bank 10-180/3,50, 1-180/8, Bay. Hypo-Bank 10-320/14, BHF-Bank 1-300/16, Daimler 10-580/16, 1-580/18,1-590/28, Degussa 10-370/13,50, 1-370/17, GHH 10-170/2, KHD 10-280/8,50, Linde 10-400/15, MAN 1-160/15,60, Mercedes 10-520/16,1-520/22, RWE 1-170/2,50, Schering 10-350/15, Alcan 1-80/4,50, Chrysler 10-80/5, 1-80/8, General Motors 10-180/5, 1-180/8,50, Sperry Rand 1-120/12,40, Xerox 1-120/5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	4¾–5	4⅞–5
3 Monate	10 –10¼	5⅛–5⅜	4⅞–5
6 Monate	10⅜–10⅝	5⅜–5⅝	4⅞–5⅛
12 Monate	10⅝–10¾	6 –6¼	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1470,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian**)	1223,00	1437,01
5 US-Dollar (Liberty)	543,00	671,96
1 £ Sovereign alt	261,00	320,34
1 £ Sovereign Elizabeth II	250,00	307,80
20 belgische Franken	193,00	254,22
10 Rubel Tscherwonez	270,00	338,30
2 südafrikanische Rand	254,00	312,36
Krüger Rand, neu	1130,00	1333,80
Maple Leaf	1130,00	1333,80
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	257,00	327,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	211,00	269,04
20 franz. Franken „Napoleon"	210,00	267,90
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1046,00	1260,84
20 österr. Kronen (Neuprägung)	211,00	263,34
10 österr. Kronen (Neuprägung)	111,00	143,84
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	485,00	592,80
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	115,00	153,90

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

12. 7. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,5858	2,5938	2,5578	2,55	2,64
London¹)	3,967	3,981	3,928	3,90	4,05
Dublin¹)	3,152	3,166	3,094	3,11	3,25
Montreal³)	2,0975	2,1056	2,0792	2,06	2,15
Amsterd.	89,250	89,470	89,36	88,25	90,25
Zürich	122,000	122,200	122,10	120,00	123,50
Brüssel	4,987	5,007	4,851	4,88	5,08
Paris	33,190	33,350	32,52	32,25	34,25
Kopenh.	27,835	27,955	27,605	27,00	29,00
Oslo	35,380	35,500	34,75	34,50	36,25
Stockh.**)	33,620	33,780	33,20	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,687	1,697	1,642	1,65	1,75
Wien	14,183	14,223	14,203	14,10	14,33
Madrid**)	1,748	1,758	1,653	1,72	1,84
Lissabon**)	2,180	2,200	2,09	1,85	2,75
Tokio	1,0735	1,0765	——	1,03	1,09
Helsinki	46,300	46,380	45,39	45,75	47,50
Buen. Air.	——	——	——	——	32,00
Rio	——	——	——	0,10	0,75
Athen*) **)	3,033	3,087	——	2,40	3,40
Frankf.	——	——	——	——	——
Sydney*)	2,2515	2,2705	——	2,18	2,31
Johannesbg.*)	2,354	2,373	——	1,86	2,10

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Ohne das neue Faktoren am Markt bekannt wurden konnte sich der Dollarkurs am 12. 7. 1983 weiter befestigen und erreichte an der Börse mit 2,5898 den höchsten Kurs seit dem 11. November 1982. Bei insgesamt ruhiger Geschäftstätigkeit lagen die Kurse im Freiverkehr jedoch überwiegend höher. Die Dollarfestigkeit war besonders ausgeprägt gegenüber der D-Mark, sodaß sich für die meisten übrigen amtlich notierten Währungen zum Teil deutliche Kursgewinne ergaben. Dabei verzeichnete der Schweizer Franken mit einem Tagesgewinn von 0,46 Prozentpunkten auf 122,10 die größte Steigerung. Der japanische Yen befestigte sich um 0,4 Pf auf 1,0750 als höchsten Kurs seit 1981. Mit minimal schwächeren Notierungen von 33,27 (–1 Pf). Und 89,36 (–0,5 Pf) bildeten der französische Franc und der holländische Gulden die einzigen Ausnahmen. US-Dollar in: Frankfurt 2,5898; Amsterdam 2,9020; Brüssel 51,885; Paris 7,7930; Mailand 1532,70; Wien 18,2390; Zürich 2,1210; IKr. Pfd./DM 3,150; Pfd./Dollar 1,5345.

Ostmarkkurs am 12. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt notierten die Dollar-Dep[illegible] 12. Juli bei unveränderten Zinsgegebenhe[illegible] Euromarkt auf Vortagsniveau.

	1 Monat	3 Monate
Dollar/DM	1,19/1,09	3,25/3,15
Pfund/Dollar	0,05/0,08	0,11/0,15
Pfund/DM	2,20/0,90	6,20/3,98
FF/DM	30/14	81/65

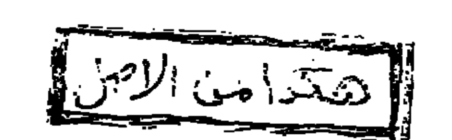
Geldmarktsätze

[illegible] im Handel unter Banken [illegible] Tagesgeld 5,05–5,10 Prozent; Monatsgeld 5,35–[illegible] zent; Dreimonatsgeld 5,55–5,65 Prozent.

[illegible] am 12. 7.: 10 bis 29 Tag[illegible] 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B [illegible]

Diskontsatz der Bundesbank am 12. 7.: 4 [illegible] Lombardsatz 5 Prozent.

[illegible] (Zinslauf vom 1. Juni [illegible] Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammer[illegible] [illegible] in Prozent für die jeweilige Be[illegible] [illegible]): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,[illegible] (5,17) –8,50 (6,38)–9,00 (6,83)–9,50 (7,20). Ausg[illegible] 10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,82)–8,5[illegible] 9,00 (6,98)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70) [illegible] des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,05, [illegible] 6,97. [illegible] (Ausgabebedingun[illegible] Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,00, Rendite 7,71.



Renten unter Druck

Am Rentenmarkt ging der Zinsanstieg weiter. Er wird auch durch die Renditeheraufsetzung bei den Bundesobligationen dokumentiert. Öffentliche Anleihen wurden bis zu 0,40 Prozentpunkte zurückgenommen. Die jüngste 8prozentige Bundesanleihe kam gleichwohl zu ihrem Emissionskurs von 99¼ Prozent an die Börse. Die Emission dürfte noch weitgehend unabgesetzt bei den Konsortialbanken liegen. Im Handel unter Banken wird sie immer noch mit einem Abschlag von ⅞ Prozent angeboten. DM-Auslandsanleihen tendierten uneinheitlich, bei den Pfandbriefen schlief der Handel nahezu völlig ein.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		12. 7.	11. 7.
4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,05	100,1G
10 dgl. 73 II	11/83	101,2	101,35
7½ dgl. 72	2/84	100,7G	100,9
8 dgl. 72	9/84	101,7	101,7G
8¾ dgl. 76	9/84	101,8-	101,8
6 dgl. 78 III	11/84	99,2	99,25
8½ dgl. 79	2/85	99,1	99,25
8½ dgl. 73	2/85	102,1	102,1
7 dgl. 77	2/87	97,7	97,45G

Bankschuldverschreib.

	12. 7.	11. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82G
6½ dgl. Pf 5	87	87
7 dgl. Pf 2	99,1G	99,1G
F 7½ Bakola Pf 104	100,2T	100,2T
9 dgl. Pf 106	103,5G	103,5G
10 dgl. Pf 108	108,75G	108,75G
7 dgl. KS 132	95G	95G
8 dgl. KS 155	99G	99G
9 dgl. KS 189	102,3G	102,3G

	12. 7.	11. 7.
Br 6½ dgl. Pf 77	93G	93G
6 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 68	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	79,5G	79,5G
6 dgl. Pf 130	90,35G	90,45G
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G
10 dgl. Pf 168	100,5G	100,9G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	88,4G	88,4G
6 dgl. 47	79G	79
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,25G	98,25G
7½ dgl. Pf 45	100,75G	100,75G
M 6 Südboden Pf 41	88G	88G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5bG
7½ dgl. Pf 104	96bG	96bG
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	100G	100G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	104G	104G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73bG	73bG
5½ dgl. Pf 59	80G	80
6 dgl. Pf 162	80G	80G
B 9 Dt.Pf.Wf. Bd. 482	103,75G	103,75G
Br 7½ Dt. Schiffsbk. Pf 33	–	–
8 dgl. Pf 46	100,4G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,1G	98,1G
6¾ dgl. Pf 60	93,85G	93,85G
6¾ dgl. Pf 74	96,8G	96,8G
6¾ dgl. Pf 76	95G	95
9 dgl. Pf 167	101,6G	101,6G
8 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	101G	101G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	83,1G	83,1G
5½ dgl. Pf 43	83,15G	83,15G
6 dgl. Pf 58	78,8G	78,8G
7 dgl. Pf 61	88,35G	88,35G
8 dgl. Pf 70	100,15G	100,15G
9 dgl. Pf 68	102,5G	102,5G

Sonderinstitute

	12. 7.	11. 7.
D 7¾ LAG TS 76	100,8G	100,8
8 dgl. TS 76	101,5G	101,5G
6½ dgl. TS 77	95,6G	95,6G
5½ dgl. 78	92,6	92,5G
7 dgl. 79	97,6G	97,6

Industrieanleihen

	12. 7.	11. 7.
F 6 Badenwerk 64	99,3G	99,3G
8 dgl. 78	94	93,75G
5 BASF 59	98,15G	98,15G
5 Bayernw. 59	98,15T	98,15T

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	12. 7.	11. 7.
3½ Sanyo Elec. 78	161T	164G
3¾ Seiyu Stores 78	94,5G	94,5
8¼ Sekisui 78	144	148G
3½ Stanley 78	119G	120
6 Taiyo Yuden 82	117G	119
5 Texaco Int. 66	94,75	95,25G
3½ Tok. Elec. 78	384T	394T
4¾ Tok. Sanyo 77	285G	290G
4 Tokyu Land 79	100	100,25T
3½ Trio Kenw. 78	105	106,5T
6½ Uny Ltd. 79	131	131G

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	12. 7.	11. 7.
F Kawasaki Kisen	1,65	1,6G
F Kawasaki Steel	1,75	1,75T
M Kloof Gold Min.	132	129,5
F Komatsu	5,65	5,65
D KLM	142,2	145
F Kubota	3,55	3,4
D Lafarge	92G	92G
D Litton Ind.	172,5	168
F Lone Star	79	77,5G
D LTV	40,5	40,5
M M.J.M. Hold.	19,4	19,1
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3G	3G
F United Techn	183,5	185,5
F US Steel	65	64,9
M Vaal Reefs Expl.	336,5	327
D Vmf-Stork	60G	61
D Volvo A	144G	140G
D dgl. Nam B	144G	140G
F Warner Commun	69	71,8
F Warner Lambert	77,5	76
F Wells Fargo	95G	95
M Western Deep L	161	157
M Western Mining	10,48	10,2
F West.-Utrecht H	107	109
D Xerox Corp	120,2	121

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Gut behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee fester notierte, kam es bei Kakao zu Abschlägen in allen Sichten. (SF)

Getreide und Getreideprodukte

	11. 7.	8. 7.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	337,25	335,75
Sept.	348,50	347,00
Dez.	365,50	363,00
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	11. 7.	8. 7.
St. Lawrence 1 CW	233,76	307,88
Amber Durum	235,11	234,76
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	113,80	113,20
Okt.	119,00	119,00
Dez.	122,50	122,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	93,50	92,70
Okt.	89,60	88,00
Dez.	90,40	90,50
Hafer Chicago (c/bush)	11. 7.	8. 7.
Juli	152,50	149,00
Sept.	159,75	154,50
Dez.	173,50	157,00
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	332,75	329,25
Sept.	310,00	304,75
Dez.	288,50	278,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	11. 7.	8. 7.
Juli	96,50	94,30
Okt.	99,80	97,90
Dez.	102,80	100,80
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	11. 7.	8. 7.
Juli	unerhältl.	unerhältl.
Sept.	unerhältl.	unerhältl.
Nov.	unerhältl.	unerhältl.
Jan.	unerhältl.	unerhältl.
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	unerhältl.	unerhältl.

Genußmittel

	11. 7.	8. 7.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	128,70	127,75
Sept.	128,70	127,80
Dez.	126,75	126,15
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	1983	2050
Sept.	2025	2101
Dez.	2091	2186
Umsatz	–	3460
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,88	10,95
Sept.	11,10	11,08
Okt.	11,45	11,40
Jan.	12,05	11,97
März	12,28	12,14
Umsatz	9 546	10 450
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	10,68	10,22
Kaffee London (£/t) Robusta-	11. 7.	8. 7.
Kontrakt Juli	1645–1650	1630–1632
Sept.	1620–1621	1605–1606
Nov.	1599–1600	1581–1583
Umsatz	1189	3457
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1440–1444	1474–1475
Sept.	1470–1472	1494–1495
Dez.	1496–1497	1520–1521
Umsatz	6811	5885
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	171,25–171,75	171,25–171,50
Okt.	178,20–178,25	178,00
Dez.	182,00–182,75	182,75–183,00
März	191,75–192,00	191,00
Mai	194,25–195,00	193,90–194,25
Umsatz	2615	4745

	11. 7.	8. 7.
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	257,50	257,50
weißer Sarawak	365,00	365,00
weißer Muntok	370,00	370,00
Orangensaft New York (c/lb)		
Juli	120,20	120,00
Sept.	117,35	117,25
Nov.	115,00	115,00
Jan.	109,00	108,30
März	108,35	108,00
Umsatz	250	150

Öle, Fette, Tierprodukte

	11. 7.	8. 7.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	28,00	28,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	20,00	20,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Juli	20,19	19,78
Aug.	20,20	19,79
Sept.	20,36	19,92
Okt.	20,50	20,05
Dez.	20,80	20,31
Jan.	21,03	20,50
März	21,28	20,80
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	23,00	23,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	15,75	15,50
Choice white hog 4% fr. F.	13,50	13,50
Talg New York (c/lb)		
top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50
Schweine Chicago (c/lb)		
Juli	46,20	46,45
Aug.	43,15	43,55
Okt.	39,70	39,85
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	53,80	54,30
Aug.	51,20	51,75
Febr.	57,25	56,80

	11. 7.	8. 7.
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	51,00	50,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	639,00	681,00
Aug.	642,50	623,00
Sept.	651,50	631,00
Nov.	666,50	645,50
Jan.	681,50	658,50
März	695,00	671,50
Mai	705,00	681,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	186,70	179,20
Aug.	186,80	179,60
Sept.	189,00	182,30
Okt.	192,00	184,50
Dez.	197,00	189,50
Jan.	199,00	192,00
März	203,50	196,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	11. 7.	8. 7.
Juli	295,10	291,20
Okt.	305,00	300,50
Dez.	311,00	306,50
Kokosöl New York (c/lb)	11. 7.	8. 7.
Westküste fob Werk	32,50	23,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	12. 7.	11. 7.
jegl. Herk. cif	575,00	575,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	440,00	437,50
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	385,00	382,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	129,50	128,00
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif		–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	725,00	720,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	254,00	250,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	11. 7.	8. 7.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Juli	78,20	78,20
Okt.	79,50	79,10
Dez.	80,80	80,45
März	81,30	80,70
Mai	81,50	80,80
Juni	76,70	76,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	58,50	57,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	11. 7.	8. 7.
Aug.	442–459	457–460
Okt.	444–449	444–448
Dez.	443–449	445–448
Umsatz	72	31
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	11. 7.	8. 7.
Juli	44,50	44,50
Okt.	44,90	44,90
Dez.	45,40	45,40
März	45,80	45,80
Umsatz	13 500	13 500
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	11. 7.	8. 7.
Juli	557,0–558,0	558,0–559,0
Okt.	571,0–572,5	571,0–572,0
Dez.	581,5–583,0	581,5–583,0
Umsatz	24	48
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11. 7.	8. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	11. 7.	8. 7.
Juli	13 850	13 850
Aug.	13 777	13 780
Kautschuk London (p/kg)	11. 7.	8. 7.
Nr. 1 RSS loco	79,50–81,50	79,00–80,50
Aug.	79,90–80,00	79,00–80,10
Sept.	78,20–80,30	77,60–79,00
Okt./Dez.	80,10–80,20	79,50–79,60
Tendenz: ruhig/stetig		

	11. 7.	8. 7.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS loco:	geschl.	259,50–260,50
Juli	geschl.	260,00–261,00
August	geschl.	263,50–264,50
Nr. 2 RSS Juli	geschl.	257,50–258,50
Nr. 3 RSS Juli	geschl.	254,00–255,00
Nr. 4 RSS Juli	geschl.	248,00–249,00
Tendenz: –		
Jute London (£/lgt)	11. 7.	8. 7.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	12. 7.	11. 7.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	104,90–105,00	104,89–105,09
drittfolg. Monat	108,68–108,88	109,06–109,26
Zink: Basis London		
laufend. Monat	189,10–189,20	187,33–187,53
drittfolg. Monat	194,47–194,67	193,09–193,19
Produz.-Preis	202,32	201,86
Reinzinn 99,9%	geschl.	3750–3788

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12. 7.	11. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	452,05–454,44	452,33–454,71
Blei in Kabeln	112,50–113,50	112,50–113,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	12. 7.	11. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	366–382	366–382
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	409–415	405–415
MS 63	420–423	420–423

Zinn-Preis Penang

	11. 7.	8. 7.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,97	30,97

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	12. 7.	11. 7.
Leg. 225	359–361	359–361
Leg. 226	361–364	361–364
Leg. 231	389–401	389–401
Leg. 233	404–412	404–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	12. 7.	11. 7.
Platin (DM je g)	39,15	38,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	36 300	35 800
Rücknahmepr.	35 500	35 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	36 280	35 840
Rücknahmepr.	35 190	34 760
verarbeitet	38 070	37 620
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 990	35 550
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1048,10	1020,20
Rücknahmepr.	1011,40	984,50
Verarbeitet	1094,50	1065,40

Internationale Edelmetalle

	12. 7.	11. 7.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	430,50	426,15
15.00	429,00	430,50
Zürich mittags	430,75–431,25	427,60–428,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	108 500	106 350
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	807,95	786,85
3 Monate	826,60	805,65
6 Monate	846,30	824,85
12 Monate	882,80	860,85
Platin (£-Feinunze) London	11. 7.	8. 7.
fr. Markt	285,40	282,80
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	94,75	92,85

New Yorker Preise	11. 7.	8. 7.
Gold H & H Ankauf	430,50	436,00
Silber H & H Ankauf	1219,00	1199,00
Platin fr. Händlerpr.	415,00–424,00	415,00–420,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	145,00–147,00	144,50–146,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juli	1231,00	1205,00
Aug.	1239,00	1213,00
Sept.	1247,00	1220,00
Dez.	1278,00	1250,00
Jan.	1295,00	1265,20
März	1317,50	1285,70
Mai	1340,50	1309,20
Umsatz	33 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	11. 7.	8. 7.
Juli	76,35	76,25
Aug.	76,85	76,75
Sept.	77,50	77,25
Dez.	79,50	79,20
Jan.	80,15	80,05
März	81,35	81,25
Mai	82,45	82,45
Umsatz	13 000	10 000

Londoner Metallbörse

	12. 7.	11. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	989,50–990,50	985,00–987,00
3 Monate	1017,5–1018,0	1013,5–1014,0
Blei (£/t) Kasse	263,50–263,75	264,00–264,50
3 Monate	273,00–273,50	273,50–273,75
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1123,0–1123,5	1126,0–1126,5
3 Monate	1132,0–1132,5	1131,5–1132,0
abends Kasse	–	1126,5–1127,5
3 Monate	–	1134,0–1134,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1076,0–1080,0	1084,0–1085,0
3 Monate	1095,0–1096,0	1101,0–1103,0
Zink (£/t) Kasse	475,00–475,25	471,50–472,00
3 Monate	488,50–489,00	485,75–486,00
Zinn (£/t) Kasse	8720–8725	8775–8780
3 Monate	8655–8660	8710–8720
Quecksilber ($/Fl)	–	280–295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–83

Ein Unikum aus dem Ruhrpott: Tana Schanzara

Viel Herz für Viecher

Zwei Katzen machen ihr derzeit die größten Sorgen. Sie sind ein Jahr alt, schwarz, männlich, kastriert und herrenlos. Wehe dem, der sie bei der bloßen Beschreibung schon niedlich findet. Sofort wird er als potentieller Besitzer in Betracht gezogen. „*Ich kann sie* nämlich beim besten Willen nicht behalten", sagt Tana Schanzara, „mein Haus ist vollgestopft mit Tieren." Sie mag sich nicht entscheiden, welchen Beruf sie in erster Linie ausübt: Schauspielerin oder Tierpflegerin. Beides ist sie mit Leib und Seele; Interessenkonflikte sind da natürlich programmiert. „Es geht schon viel Zeit mit drauf. Oft, wenn die anderen nach der Probe noch stundenlang diskutieren, sag' ich: ‚Tschau, Kinder, ich muß nach meinen Viechern sehen'. Und dann bin ich weg!"



Von Beruf Schauspielerin, aber auch Tierpflegerin: Tana Schanzara FOTO: HELGA KNEIDL

Tana Schanzara ist in jeder Hinsicht ein Unikum: Telefon hat sie keines in ihrem Haus („Den letzten grünen Fleck im Revier hab ich mir reserviert!"), wer etwas von ihr will, mußte bis vor kurzem in einer Herner Zoohandlung anrufen. „Das Geschäft gibt's jetzt nicht mehr; aber dafür habe ich eine Tankstelle, die meine Anrufe entgegennimmt."

Jede Menge Kohle – ARD, 20.15 Uhr

Außerdem gilt ihr in diesem reisefreudigen Beruf die „Treue zum Haus" eine Menge. Im letzten Jahr konnte sie ihr 25. Bühnenjubiläum in Bochum feiern. Von Schalla über Zadek bis Peymann hat sie alle Intendanten des Bochumer Schauspielhauses erlebt. 1925 in Dortmund geboren, in Köln aufgewachsen, begann sie nach dem Abitur und obligatem Kriegseinsatz im Arbeitsdienst in Bonn eine Lehre – „als Designerin, würde man heute sagen. Ich habe Mode, Ledermappen, Lampenschirme entworfen, Gegenstände bemalt."

Malen – abstrakt und Porträts – ist ihr Hobby geblieben. Jedenfalls bis die Tiere kamen. 1967 hatte sie eine Ausstellung in Köln. Ihre Bilder verkaufte sie im Kollegenkreis. „Auch der Schalla hat eins an der Wand hängen", erzählt sie nicht ohne Stolz. Doch die stille Kunst war ihr nicht genug. Vorbelastet durch Vater und Mutter – beide waren Sänger –, entschloß sie sich, zur Schauspielschule zu gehen. Von dort hat man sie sofort ans Theater geschickt. Erste Gehversuche machte sie in Bonn und Mannheim.

Ihre zweite musikalische Karriere begann 1972, die sie weit über das Ruhrgebiet hinaus bekannt machen sollte. „Da rief mich eines Tages aus Köln einer an und fragte: ‚Können Sie Ruhrpott?' Ich also nach Köln, ein Probeband besprochen, schließlich habe ich an dem Text noch was geändert, war nämlich viel Berlinerisches drin, und *dann war die Platte fertig*. Aber gesungen habe ich ja gar nicht, nur mit Musik im Hintergrund einen Text gesprochen."

Das war die Zeit, als das Ruhrgebiet und sein breiter Dialekt – dank Jürgen von Manger – mit einem Mal salonfähig wurde. Kaum ein Tag verging, *ohne daß* Tana Schanzara ihr „Vatter, aufstehn" aus dem Radio trompetete.

Sie glaubt nicht, daß 26 Jahre an einem Haus sie in irgendeiner Weise festgelegt hätten. Das passiert ihrer Meinung nach im Theater viel seltener als im Film. Den Beweis dafür liefert sie gleich mit. Gerade hat sie, mit Adolf Winkelmann als Regisseur, wieder einen zu Ende gebracht. Neben Udo Lindenberg, Günter Lamprecht und Hannelore Hoger hat sie „auf der Halde in Marl" gestanden und manche Nacht gefroren. „Super" ist der letzte Teil der Ruhrgebietstrilogie, deren erster Teil, „Die Abfahrer", bereits im Fernsehen zu sehen war; der zweite Teil, „Jede Menge Kohle", wird heute abend ausgestrahlt. In allen drei Filmen war Tana Schanzara dabei. Nicht nur im Tier-, auch im Umweltschutz ist die Künstlerin engagiert. Bei einer Wahlveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle hat sie gekalauert „Herr Doktor, ich brauch' Kohletabletten, denn die Ruhr hat die Ruhr." „Ganz in Grün bin ich aufgetreten, vor 20 000 Zuschauern." So viel kriegt sie an einem Abend – trotz aller Popularität in Bochum und Umgebung – selten zusammen. RAINER NOLDEN

KRITIK

Reine Materialschlacht

Freunde alter Lokomotiven hätten Spaß gehabt an dem Film **„Der Fall Sylvester Matuska"** (ZDF). Die Loks fuhren da herum, stießen nostalgisch Rauch und Dampf aus, ratterten über Brücken und Viadukte wie einst im Mai, und der Matuska Sylvester kauerte am Hang und zog die Sprenghantel an, *so daß eitel Feuer und Flamme* den Bildschirm überzog.

Aber es war ein Dokumentarfilm, den Eisenbahnattentäter hatte es wirklich und wahrhaftig gegeben in den dreißiger Jahren, und schon damals konnte man nicht genau sagen, war er politisch bescheuert oder psychisch krank.

Auch nach der pflichtgemäßen Betrachtung des deutsch-ungarischen Films ist man dem Rätsel nicht näher. Eher ist man weiter ab von den Ansätzen einer halbwegs eingängigen Motivation. Der Matuska, Michael Sarrazin ist sein Darsteller, läuft herum, ist zu seiner Frau gut, zu manchen anderen auch, liebt seine kleine Tochter und spielt egalweg mit Attentatsplänen, sehr dilettantisch, aber nicht viel dilettantischer als die Filmemacher, die ungemein viel Material ins Spiel brachten, die Brükken, die sie sprengten, die teuren Oldtimer-Loks, die sie zerstörten, die Darsteller, die sie hilflos agieren ließen – es war eine reine Materialschlacht. Doch keiner wußte zu sagen, was es eigentlich sollte.

REGINA ROSTOW

Indirekte Sicherheit

Die Beklommenheit, die heutzutage viele Menschen überfällt, wenn sie über Waffen, Streitkräfte und Rüstung nachdenken, mag dazu beigetragen haben, einmal zu fragen, wie es neutrale Staaten in Europa mit der Wahrung ihrer Unabhängigkeit halten. Der Bericht, der dabei entstanden ist, **„Die bewaffnete Neutralität"** (ARD), gehört in die Reihe handwerklich sauberer und mit keiner Ideologie befrachteter Fernsehreportagen.

Obwohl nur wenig Zeit für die Schilderung der Sicherheitspolitik so unterschiedlicher Länder zur Verfügung stand, gelangen dem Autor Karl Neumann über Schweden, Österreich und die Schweiz angemessene Porträts. Daß freilich alle drei Länder im Schatten der sowjetischen Überrüstung nur deshalb so gut überleben können, weil sie vom Kräftefeld des westlichen Bündnisses sichernd umschlossen sind, hätte der Film zweifellos noch stärker herausstellen können. In diesem Lichte ist nämlich „bewaffnete Neutralität" mehr Wunsch denn Wirklichkeit dieser Staaten.

Wie hätte sich wohl die sowieso schon brutale Herausforderung der schwedischen Neutralität durch die sowjetische Großmacht in der *U-Boot-Affäre* weiterentwickelt, genösse Schweden nicht den indirekten Schutz der NATO?

RÜDIGER MONIAC

Drama im Provinzmief

Robert Siodmak war ein Meister des hintergründigen Psychodramas und einer der großen Regisseure der „*Schwarzen Serie*" in den vierziger Jahren. Sein Film **„Onkel Harrys seltsame Affäre"** (ARD) entstand zwischen zwei seiner berühmtesten *Thriller*, „*Die* Wendeltreppe" und „Der schwarze Spiegel".

In dieses Drama eines braven Kleinstadtbürgers, der, um sein Glück betrogen, die dunklen Seiten seines Charakters hervorkehrt, hat Siodmak all das eingebaut, was auch seine anderen Filme unverwechselbar prägt: die dichte Atmosphäre, Kritik an Engstirnigkeit und Intoleranz und die Kunst, seinen Figuren mit sparsamen Mitteln ausgeprägte Konturen zu verleihen. In den Mittelpunkt der Handlung stellt er zwei gegensätzliche Frauen: die offenherzige Deborah, deren Wesen von der Weltstadt New York geformt ist, und Harrys bösartige Schwester Lettie, deren Seele von der provinziellen Enge ihrer *Heimatstadt* verkrüppelt zu sein scheint. Dazwischen der unglückselige Harry, der vergeblich versucht, durch seine Ehe mit der lebensfrohen Deborah dem Provinzmief zu entkommen. George Sanders gelang es, dieser Gestalt die rechte Mischung aus Schwäche und Brutalität, Verzweiflung und Wut zu verleihen.

Wie schade nur, daß dieses Melodram zu so unchristlich später Stunde als deutsche Erstaufführung auf den Bildschirm kam.

M. von SCHWARZKOPF







ARD/ZDF VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.30 Louis de Funès:
Balduin, der Heiratsmuffel
franz.-italien. Spielfilm (1968)
11.50 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.20 Unsere kleine Farm
Störenfried
16.10 Tagesschau
16.15 Stars im Studio:
Etta James
Es spielt die SFB-Combo
Die Kritik schrieb über sie: „Zwar ist sie so dick wie Aretha Franklin und Tina Turner zusammen, aber dafür ist ihre Stimme auch so groß wie die Stimmen der beiden anderen zusammengenommen." Man wird Etta James stilistisch *kaum festlegen können.*
17.00 Die Geschichte der Null
Die Entwicklung der Rechenmaschine
Dokumentarfilm von Martin Ulrich
17.50 Inseln unter dem Wind
Dokumentarfilm über den Südsee-Archipel von Ivo Bulanda
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Jede Menge Kohle
Fernsehspiel von Jost Krüger, Gerd Weiss und Adolf Winkelmann
Regie: Adolf Winkelmann
21.55 Britische Nachbarn
Lord Christopher Thynne – Von Arbeit und Adel auf Schloß Longleat
Bericht von Walter Helfer
22.30 Tagesthemen
23.00 Deutschland vor dem Herbst
Bonns Spielraum zwischen Ost und West
In einem Studiogespräch diskutiert WDR-Redakteur Gerd Ruge *mit den ehemaligen Botschaftern* Richard Vine (USA), Joan Sauvagnargues (Frankreich) und dem früheren Sprecher der Bundesregierung, Kurt Becker.
23.45 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Captain Future
2. Unter Zirkuskünstlern
15.45 Eingeschneit
Amerikan. Jugendfilm (1977)
16.25 Ferienkalender
16.50 Mork vom Ork
Science-fiction-Komödie
Das Ei aus dem Weltall
17.15 Enorm in Form
17.30 heute/Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
18.10 Das geht Sie an
Tips: Urlaub auf dem Lande
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Bilder, die die Welt bewegten
Hochhaus in Flammen
Peter von Zahn berichtet
19.00 heute
19.30 Konsul Möllers Erben (4)
7teiliger TV-Film von Herbert Asodi nach Adolph Wittmaack
20.15 ZDF-Magazin
Der Milliarden-Kredit – Interview mit dem Staatsminister im Bundeskanzleramt Philipp Jenninger / Die „DDR" im Strudel der Westverschuldung / Bundesgrenzschutz *einsatzbereit?* / Wirtschaftliche Opfer statt Arbeitslosigkiet
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Aussage gegen Aussage
22.10 Treffpunkt Ü-Wagen 4
in St. Michaelis, Bremen
22.40 Wandel durch Annäherung
Eine Diskussion über 20 Jahre deutsch-deutscher Politik
Leitung: Marion Gräfin Dönhoff und Horst Schättle
0.10 heute



Szene mit Pam Dawber als Mindy und Robin Williams als Mork aus der Science-Fiction-Serie „Mork vom Ork", ZDF, 16.50 Uhr FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Arche 2000 für Kinder
Geschichten und Report[...]
Tieren, Pflanzen und Men[...]
Heute aus dem Duisburg[...]
Da rettet ein Pfleger [...]
Robbe und es wird de[...]
ablauf eines Tierarztes g[...]
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Emm wie Meikel
Meikels Bildungsprogram[...]
18.30 Arche 2000 für Kinder
19.00 Rockpalast
Heute: XTR

WEST/NORD/HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Bürger und Politiker heut[...]
leshausen/Werra-Meißne[...]
21.45 Auslandsreporter
Die glücklichen Kühe von[...]
Almauftrieb in den Schwe[...]
gen
22.15 Die eigene Wahl
Indischer Film von Adoor[...]
krishnan
(Originalfassung mit d[...]
Untertiteln)
Der Film erhielt den [...]
Staatspreis für den bes[...]
die beste Regie, beste[...]
und für die beste Schausp[...]
0.20 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritt[...]
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Aerobic (1)
20.00 Wohin mit der Angst?
Ein Gespräch zwischen N[...]
und Ulrich Hommes
21.15 Instanbul
Ein Film von Klaus Peer De[...]
22.00 Das Ding aus einer ande[...]
US-Spielfilm (1951)
Mit Kenneth Tobey, Marg[...]
ridan, u. a.
Regie: Christian Nyby

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 „Wir leben nur auf der Re[...]
19.45 Poldark (15)
Engl. Fernsehfilm in 16 Teil[...]
Nach dem Roman von
Graham
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Kino Kino
22.30 Telecub
Das „Picksüße Hölzl"
Geschichte der Sch[...]
stie
23.15 Rundschau
23.20 News of the Week

Sein Leben war die Musik

Unser Ehrenpräsident und Gründer unseres Verbandes

Professor Werner Egk

geb. 17. 5. 1901

hat uns am 10. Juli 1983 für immer verlassen.

Unsere Dankbarkeit gehört ihm über seinen Tod hinaus.

Der Deutsche Komponisten-Verband
Der Vorstand

Berlin/München

Wir trauern um den Gründer unseres Verlages

Carl H. Dieckmann

* 10. Februar 1904 † 7. Juli 1983

Ingeborg Streiff
i. Fa. Verlag Carl H. Dieckmann
Fachverlag für den Außenhandel
und alle Mitarbeiter

Ost-West-Straße 84
2000 Hamburg 11

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 15. Juli 1983, um 10.30 Uhr in der Kapelle 3 des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf.

Statt evtl. freundlich zugedachter Blumen oder Kränze bitten wir um eine Spende für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Vereins- und Westbank, Hamburg, Konto-Nr. 1 075 577 (BLZ 200 300 00).

Werner Egk

17. Mai 1901 10. Juli 1983

GEMA-Ehrenmitglied **Träger des GEMA-Ehrenringes**

Ausgezeichnet mit der Richard-Strauss-Medaille

Neben dem bedeutenden musikalischen Schaffen von Professor Werner Egk steht – wohlbewußt, daß die geistige und künstlerische Freiheit davon abhängt – seine Leistung für die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Komponisten.

Aufsichtsrat und Vorstand der GEMA
Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte





Die Ersten, die Letzten

eka – Du warst schon öfters auf dieser Erde! Du wirst wiederkommen! Denn das Wiedergeburtsrad dreht sich! Wo, um Himmels willen? In einem Entwicklungsland.

Seriöse Bürger mit eindringlichem Blick schieben Einladungen unter die Scheibenwischer, drücken sie in Passantenhände. Erwischen auch mich. „Das Wiedergeburtsrad dreht sich", steht *da blau auf* weiß. Es folgt die Ortsbestimmung: in einem Entwicklungsland. Sieh' mal an. Locken hier Phantasten? Oder sind es Realisten, bei denen die Kasse tunlichst stimmen soll?

Schon wer so fragt, wird sich wundern. Spornstreichs findet er sich nämlich, nach vorherigem Ableben selbstverständlich, als Bettler in eben einem Entwicklungsland wieder. Wer dagegen zu Lebzeiten, hier und sofort die einladende und sammelnde Gemeinschaft in Wort, Tat und mit Spenden unterstützt, darf sich freuen. Ihm stehen alle Entwicklungsländer dermaleinst offen. Sollte er gar auf Erden Bettler oder Rentner gewesen sein (was bald auf dasselbe herauskommt), dann wird er sich „in ein Erdenkleid inkarnieren, das ein Hochgestellter wird". In einem Endwicklungsland.

Handelt es sich also letztendlich um eine Wiedergeburts-Entwicklungshilfe? Dann sieht die Sache anders aus. Dann müssen Reagan, Andropow, Mitterrand, Helmut Kohl und die smarte Missis Thatcher schleunigst für ihr Wiedergeburtsheil zu sorgen beginnen. Warum? Weil Staatsmänner und Staatsfrauen nur als schlichte Volksseelen – und zudem als unterjochte – wiedergeboren werden können. Ausnahmen von diesem schauerlichen, zukünftigen Schicksal werden gegen Bezahlung gemacht.

Es ist den Genannten und anderen in der Politik Tätigen deshalb zu empfehlen, in sich zu gehen und unverzüglich Entwicklungshilfe in Form von Verrechnungsschecks zu leisten. Nur dann wird im folgenden Leben ein Hund noch den Futternapf mit ihnen teilen.

Das Wiedergeburtsrad dreht sich. In einem Entwicklungsland! Um Himmels willen.

Bonn: Ende für Riber?

Ein Stadtrat spielt Operette

Die Wiener haben schon einen neuen Intendanten für die Bundeshauptstadt Bonn. Österreichische Gazetten jedenfalls nennen Michael Horwath als Nachfolger von Jean-Claude Riber. Nun besagt das nicht allzuviel. Horwath ist jemand, der es versteht, sich ins Gepräch zu bringen. Und da er sein Büro in der Wiener Staatsoper, wo er für „künstlerische und administrative Beriebsleitung und Koordination" zeichnete, vor ein paar Wochen Hals über Kopf räumen mußte, weil er dort nicht mehr erwünscht ist, hatte er bessere Schlagzeilen bitter nötig.

Aber viel interessanter als Horwaths Entrée ist natürlich die Tatsache, daß die Ablösung Ribers in Bonn, nach Ablauf seines Vertrages 1986, schon beschlossene Sache zu sein scheint in der Bundeshauptstadt. Die christdemokratische Mehrheitsfraktion im Rathaus hat dieses Votum jedenfalls erst einmal gefaßt.

Die Gründe dafür sind nicht so recht dingfest zu machen. Den einen ist Ribers weltläufige Oper zu teuer – ein schlechter Witz, wenn man bedenkt, daß die Stadt siebzig Prozent ihres Zuschusses vom Bund ersetzt bekommt, der städtische Zuschuß per Saldo also nicht höher ist als zu Pforzheim oder Trier.

Andere wiederum beteuern, daß gegen Ribers Amtsführung nichts einzuwenden sei, was ja einem Bekenntnis zu Ribers starstrahlender Oper gleichkommt. Die jetzige Generalintendanten-Struktur aber solle geändert werden, Manager-Intendant plus Operndirektor plus Schauspielchef sei von Vorteil.

Das, richtig durchdacht, führt wohl auf den Weg. Riber ist den Bonner Kommunalpolitikern ganz einfach zu stark. Er läßt sich nicht von ihnen hineinreden in sein Theater. Er macht keinen Hehl daraus, was er von der fachlichen Kompetenz der Stadtverordneten in Sachen Bühnen hält, nämlich wenig bis nichts, womit er wahrscheinlich recht hat. Kulturpolitiker, die es nach Art einer Duodez-Residenzstadt gewohnt waren, dem Intendanten in den Spielplan zu pfuschen und beim Sonntagsfrühstück die Silvesterbesetzungen zu diktieren, fühlen sich von Riber brüskiert.

Riber setzt auf Unterstützung durch den Hauptfinanzier Bund, der freilich kein direktes Mitspracherecht hat, höchstens sanften Druck auf die Stadtväter ausüben kann. Das würde erst besser, wenn das Theater aus den städtischen Betrieben herausgelöst und in einer Gesellschaft umgewandelt würde, in der der Bund dann die Mehrheit der Anteile hielte. Das hat Riber längst verfochten und damit städtischen Zorn auf sich gezogen. In Wahrheit wollen die Bonner eben gar keine Hauptstadt-Kultur, sondern hängen an ihrer lieben Kleinstadt-Szenerie. Die Politiker jedenfalls, bei den Theaterbesuchern mag das anders aussehen.

REINHARD BEUTH

Sorgenkinder der Bildung: Kongreß über Analphabeten in Industrieländern

Angst vor dem Gruppenerlebnis

In diesen Tagen geht in der schottischen Universitätsstadt St. Andrews eine Tagung über „Basic Adult Education" zu Ende, zu der alle westeuropäischen Industriestaaten Vertreter geschickt hatten, um das zumeist verschwiegene Thema der Analphabeten in Industrieländern zu behandeln. Die Konferenz wurde ausgerichtet vom Europäischen Büro für Erwachsenenbildung, *dem vor allem jene* Organisationen angehören, die in der Praxis der Erwachsenenbildung tätig sind.

In den Industriestaaten gibt es heute eine Analphabetenrate, die bei etwa sechs Prozent der Bevölkerung liegt, wobei dieser Durchschnittswert nur die Landesbürger, nicht die Gastarbeiter erfaßt. In der Bundesrepublik dürfte es mehr als eine halbe Million Deutscher geben, die man als Voll- oder Semi-Analphabeten bezeichnen muß, d. h. die weder schreiben, rechnen, lesen können.

Der Deutsche Volkshochschulverband bietet Projekte, und mit ihm die meisten Volkshochschulen Kurse, für Analphabeten an, die stark besucht sind. In Köln und Berlin haben sich auch andere Anbieter von Erwachsenenbildung der Alphabetisierung zur Verfügung gestellt.

Diese Aktivitäten konnten in St. Andrews vorgestellt werden, wobei man allerdings einräumen muß, daß man sich im Vereinigten Königreich schon länger des Gegenstandes angenommen hat. „Basic Adult Education" umfaßt im dortigen Verständnis eine formale und eine nichtformale Seite, d. h. die Alphabetisierung vermittelt einmal die formalen technischen Fähigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens, um den Anschluß oder den Einstieg in das formale Bildungssystem zu ermöglichen, und sodann eine soziale und kommunikative Handlungskompetenz, die bei Analphabeten fehlt.

In Gruppendiskussionen, Plenarsitzungen mit mehr als 100 Experten – Praktikern, Professoren und Bildungspolitikern – wurde das Panorama der Maßnahmen und Hilfen abgeleuchtet. Aus der Bundesrepublik kam der Beitrag der Volkshochschule zur Milderung des Problems zur Sprache, wobei deutlich wurde, daß sich hierbei zwei Vorgehensweisen gegenüberstehen: Auf der einen Seite kann man bei Maßnahmen zur Überwindung des Analphabetismus auf Gruppenstruktur und entsprechende Binnenaktivitäten innerhalb von Gruppen setzen, auf der anderen scheint die – das jedenfalls lehrt das englische Beispiel – Begegnung von Lehrer und Schüler, also die Person-zu-Person-Alphabetisierung, vorteilhaft zu sein, da besonders in der Anfangsphase die gesellschaftliche Stigmatisierung so stark ist, daß viele Analphabeten den Weg zur Gruppe scheuen.

Hinzu kommt in allen Industrieländern das hohe Potential von Analphabeten unter den jeweiligen Gastarbeitern, vor allem bei Frauen und Jugendlichen. England hat, auch hier früher als die Bundesrepublik, die pädagogischen und sozialen Probleme dargelegt und auf Abhilfe gesonnen. Inzwischen gibt es auch hierzulande häufig frequentierte Kurse unter der Bezeichnung „Deutsch für Ausländer" oder „Deutsch als zweite Sprache". Aber die Beobachtung lehrt denn doch, daß derartige Kurse nicht allenthalben auf Annahme stoßen und daß zumal diejenigen Jugendlichen ins gesellschaftliche Abseits hier und in ihren Heimatländern gedrängt werden, die ihre Muttersprache nicht mehr und die zweite Sprache noch nicht korrekt beherrschen.

Insgesamt hat die Tagung in St. Andrews einen ersten und beeindruckenden Einblick in die je nationalen Besonderheiten der Alphabetisierung vermittelt. Von da aus ist es notwendig, in einem nachfolgenden Austausch Fragen von besonderer Dringlichkeit zu besprechen. Dazu zählen u. a.: Wer soll und mit welcher Qualifikation Analphabeten unterrichten – Lehrer, Erwachsenenbildner, Sozialarbeiter? Muß denn bei der Aufdeckung von Problemgruppen gleich an die Professionalität derer gedacht werden, die mit diesen Problemgruppen pädagogisch umzugehen haben? Es wurde in St. Andrews deutlich, daß gerade in der Alphabetisierung Spontaneität und Intimität erforderlich sind, die kein derzeitiger Ausbildungsgang vermitteln kann und daß es töricht wäre, neue und reglementierte Ausbildungsgänge zu ersinnen.

Dies leitet zur zweiten Frage über: Wer soll eine Vorbereitung auf die Tätigkeit in der Alphabetisierung wahrnehmen – die Universitäten, die Pädagogischen Hochschulen, die Fachschulen für Sozialarbeit? Mehrheitlich ergab sich aus der St.-Andrews-Konferenz, daß am besten ein „In-Service-Training" für unterschiedlich vorgebildete Fachkräfte sei, solchermaßen wäre dann gewährleistet, daß sich Weiterbildung stets an der Praxis orientiere, von ihr ausgehe und auf sie zurückbezogen sei.

Und letztlich wurde noch die Frage nach dem Inhalt der Alphabetisierung erörtert. So weit bestand Einvernehmen, daß formale und nichtformale Qualifikationen zusammen gesehen werden müßten, daß also Alphabetisierung nicht bei der technischen Fertigkeit stehenbleiben dürfe.

Daß das Thema mit dieser Konferenz nicht „erledigt" ist, versteht sich von selbst. Wie die Alphabetisierung zum Dauerthema der Entwicklungsländer geworden ist – die numerische Zahl der Analphabeten nimmt dort ständig zu –, so wird auch in den Industrieländern an dem Thema nicht mehr vorbeigesehen werden dürfen, obwohl sich viele Bildungsreformer der euphorischen 70er Jahre gern aus der Verantwortung herausstehlen möchten.

JOACHIM H. KNOLL

Opern-Ausgrabung nach 50 Jahren: Saarbrücken spielt d'Alberts „Golem"

Im Getto dreht ein Roboter durch

Seinen eigenen Ruhm als Komponist und Pianist hatte Eugen d'Albert bereits vor 1920 überlebt. Und was weder seiner fünften noch seiner sechsten Frau gelang, das schaffte dann doch eine gewisse Madame Labouchère: dem viel bewunderten und viel gescholtenen Schöpfer des „Tiefland" und der „Toten Augen" noch einmal eine Oper abzutrotzen: „Der Golem" kam 1926 in Frankfurt durch Clemens Krauß zu Uraufführungsehren, mußte sich aber nach einigen Nachspielerfolgen bald wieder in der Erde verkriechen.

Mit der Symbolfigur des jüdischen Volkes, wie sie noch Meyrink in seinem Roman beschreibt, hat der Golem der Oper wenig zu tun. Er verhält sich zum kabbalistischen Urtypus ungefähr so, wie Lortzings treuherziger „Zar und Zimmermann" zum gnadenlosen Moskowiterfürsten. Auf dem Theater wird der Golem nicht zum Leben erweckt, um sein Volk aus Not und Bedrängnis zu führen, sondern – so will es der nicht sonderlich metierkundige Librettist Ferdinand Lion –, um seinem Herrn und Schöpfer Loew zu dienen. Quasi durch einen Konstruktionsfehler erlernt der Golem das Sprechen und wird sogar der Liebe teilhaftig. Als sich dann die gattungsüblichen Schwierigkeiten einstellen, setzt sich der Golem, wie weiland Paul Wegener im Stummfilm, in Bewegung, um das ganze Prager Getto dem Erdboden gleichzumachen. Dem hohen Rabbi Loew gelingt es dann doch, das Unheil abzuwenden und den Golem samt der Geliebten Lea in sein steinernes Urelement zurückzuverwandeln.

Fünfzig Jahre nach der Diskreditierung des „Golem" unternahm nun Saarbrücken den Wiederbelebungsversuch. Der Dramaturg und d'Albert-Biograph Veit W. Jerger hatte - gründliche Vorarbeit geleistet. Der Einsatz hat sich gelohnt. Natürlich glaubt auch noch der Komponist des „Golem" an die gute Verträglichkeit von Verismo und Wagner, und weil er allem, was zwischen der „Salome" und dem „Wozzeck" passierte, mit große Skepsis gegenübersteht, ist d'Albert auch in seiner letzten Oper entschlossen, mit erprobten alten Techniken neue Musik zu machen.

Er traut zwar Puccini und sogar Lehár, aber am meisten eben doch seinem „Tiefland" und rekapituliert daher noch einmal die Grundlagen der eigenen Polystilistik. Man hört durchweg klingende, farbenreiche und raffiniert orchestrierte Musik, die weder Weltuntergangsstimmung verbreitet noch durch zerschlagene Harmonik provoziert. Vermutlich hätte sie die Moden überdauert, wenn ihr ein wenig mehr Originalität eigen wäre.

Matthias Kuntzsch und dem Saarländischen Staatstheater-Orchester gelang eine spannungsvolle und detailgenaue Wiedergabe, frei von Hektik und Überpointieren. Ähnlich besonnene Professionalität zeichnete die Inszenierung aus, wenn sie auch, was hier durchaus zu vertreten ist, der Konvention und der Kategorie des Wohlanständigen verpflichtet bleibt; auch bei der praktikablen und schüchternen Farbsymbolik über die herunterblickenden Szenenbilder von Thomas Richter-Forgàch.

Dem Mixtum compositum aus Magie, Horror und Kolportage gab Regisseur Peter Reichenbach umrißhafte Eindringlichkeit, brachte das gestische Ritual nur in vertretbarer Dosis ins Spiel und ließ im übrigen unverstellt und gradlinig agieren. Wenn nur der peinliche Auftritt des Kaisers samt der Beschwörung Salomons und der Königin von Saba nicht gekommen wäre, jene üble Kreuzung aus Operettenfirlefanz und Jahrmarkts-Travestie, die das ohnehin nur langsam sich beschleunigende Geschehen im ersten Akt noch unnötig aufhält.

Hier konnte die erstaunliche Hiroko Nishida in der Partie der fallsüchtigen Lea bei üppigen Arioso-Passagen Punkte sammeln. Michael Glücksmann, der als hoher Rabbi Loew die Welt der Pharisäer und Schriftgelehrten vertrat, erhob zwar unentwegt seine weittragende, suggestive Stimme, blieb aber deklamatorisch unbefriedigend. Der musikalisch ebenso ausgewogene wie effektvolle zweite Akt entschied über den Erfolg des Unternehmens. Kraftvoll und mit prägnantem Ausdruck zeichnete hier Jürgen Vollmer den zum Prototyp des Roboter umfunktionierten Golem.

HEINZ LUDWIG



Symbolkräftige Bilderfindungen von absoluter Originalität: „Die wunderbare Errettung des Petrus" von Eugène Delacroix (1852), aus der Ausstellung in Kaiserslautern FOTO: DIE WELT

Pfalzgalerie erinnert an Eugène Delacroix

Löwe aus dem Handgelenk

Eugène Delacroix (1798–1863) zählt zu den meistzitierten Malern der Kunstgeschichte, aber hierzulande immer noch zu den unbekannten. Die letzte Delacroix-Ausstellung in Deutschland fand 1964 in Bremen statt, die vorletzte 1907 in Berlin. Die Bremer Kunsthalle war durch beträchtlichen Eigenbesitz zu jener Geächtnisausstellung legitimiert.

Aus Bremer Besitz stammen auch die Zeichnungen und Druckgrafiken, die in der Pfalzgalerie Kaiserslautern zu einer beachtlichen und ebenso verdienstvollen Delacroix-Galerie zusammengestellt wurden. Freilich ist es keine Gemäldegalerie, und es fehlt diesem dankenswerten Hinweis auf Delacroix die beherrschende Dimension: die Farbe. Doch braucht hier nicht die elementare Erfahrung neu beschworen zu werden, daß der sicherste und direkte Zugang zu dem Werk und der Persönlichkeit eines Malers über die Handzeichnung führt; sie ist aus mehr als einem Grund dem ausgeführten Gemälde „überlegen als Zeugnis, als Autogramm" (Friedländer).

Delacroix war ein leidenschaftlicher und unermüdlicher Zeichner und als solcher nur noch mit Menzel zu vergleichen. Man hat das erst nach seinem Tod erfahren, als Tausende von Zeichnungen und Aquarellen in seinem Nachlaß zum Vorschein kamen. Wer allerdings seinen Baudelaire gelesen hatte, konnte davon so überrascht nicht sein; der hätte nämlich wissen müssen, daß Delacroix' Tagewerk mit der Zeichnung begann und endete. Morgens zeichnete er, „um sich die Hand zu machen", will sagen: das Handgelenk zu lockern; und wer zum Beispiel die grandiose Rötelzeichnung des „Löwen, einen Hasen zwischen den Tatzen" sieht, weiß, wie das geschah.

Delacroix hätte einen ausgefüllten Arbeitstag dennoch für schlecht ausgefüllt gehalten, berichtet Baudelaire „an dem er nicht die Abendstunden am Kamin dazu benützt hätte, beim Schein der Lampe zu zeichnen, indem er das Papier mit Träumen, Ideen oder flüchtig in den Zufällen des Lebens erhaschten Gestalten bedeckt hätte". Darin unterschied er sich gründlich von Menzel, der vor der Natur zeichnete und von Träumen nichts hielt, während der französische Romantiker sich die Hand von seiner dramatischen Phantasie führen ließ.

Das gilt nicht minder für seine Druckgrafik. Anschauliche Beispiele dafür liefern seine kongenialen Illustrationen zu Goethes „Faust", die einen Höhepunkt der europäischen Illustrationsgrafik darstellen. Goethe hat an diesen siebzehn Lithographien – die komplett und in vorzüglichen Zuständen in Kaiserslautern zu sehen sind – wiederholt ein „Pathos der Ebenbürtigkeit" gerühmt; Delacroix sei eben der Mann, „Bilder hervorzubringen, an die niemand hätte denken können". Und Eckermann gegenüber gestand der anfangs sehr skeptische Dichter, daß „Herr Delacroix meine eigene Vorstellung bei Szenen übertroffen hat, die ich selbst gemacht habe, um wieviel mehr werden nicht die Leser alles lebendig und über ihre Imagination hinausgehend finden".

Shakespeare, wenn er die Hamlet-Folge seines französischen Illustrators gekannt hätte, oder nur das wunderbare Einzelblatt „Macbeth bei den Hexen", hätte sich nicht anders geäußert. Vor allem in dieser unheimlichen Hexenszene eroberte sich Delacroix als bleibendes Stilelement das Helldunkel Rembrandts. So wenig wie Rembrandt in seinen Bibel-Illustrationen begnügte sich Delacroix in seinen Lithographien und (selteneren) Radierungen mit bildhaften Nacherzählungen oder optischen Beihilfen zum Text, vielmehr verband er damit in symbolkräftigen Bilderfindungen durchaus eigene Visionen und Ideen von absoluter Originalität. Es sind grafische Interpretationen und Steigerungen eines mitdichtenden Malers; man betrachte nur den fliegenden Mephistopheles über der Stadt, den rasenden Ritt zum Hexensabbat oder die eigenwillige Charakterisierung Gretchens. Nicht allein der Dichter des „Faust" hat durch Delacroix „Illustration in höherem Sinne kennengelernt". Die Ausstellung in Kaiserslautern vermittelt die gleiche Erfahrung (bis 7. Aug., Katalog 20 Mark).

EO PLUNIEN

Beim Nordsee-Jazzfest schlug den Altstars die große Stunde

Die Uhr wurde schnell zum wichtigsten Requisit beim „North Sea Jazz Festival 1983" im Kongreßzentrum von Den Haag. Hatte man gerade einen akzeptablen Platz für Chick Coreas Vortrag ergattert, wurde man nach 30 Minuten immer unruhiger, weil Dizzie Gillespie in einem anderen Saal die Trompete ansetzte.

Die Qual der Wahl war unermeßlich angesichts der jeweils zehn simultan laufenden Ereignisse. Im vollen Bewußtsein, anderswo vielleicht ein Ereignis von epochaler Bedeutung zu verpassen, entschied man sich für Woody Herman in der Hoffnung auf eine erste Rosine im Kuchen. Aber der Klarinettenaltmeister beschränkte sich auf wenige Töne seines Instruments und etwas Gesang und ließ im übrigen „seine Männer" ihre Soli abliefern wie dressierte Affen. Einen solchen Dompteur haben die „New Thundering Men" nicht verdient – und auch gar nicht nötig, wie sich bald herausstellte. Da die Namen der Musiker laut Programmheft nicht sehr bekannt sind, wurden sie auch gar nicht aufgeführt. Schade. So mußte der phänomenale Solist am Flügelhorn – trotz Hermans nuscheliger Vorstellung – anonym bleiben.

Hin- und hergerissen: Das Gefühl wird man drei Nächte lang nicht los. Während im „Carrouselzaal I" der Saxophonist Scott Hamilton „In a mellow tone" anstimmt, lockt von gegenüber die Pianistin Dorothy Donegan mit ihrem Trio: ein Kraftwerk am Klavier. Das unbestrittene „Sweetheart of the Festival" beginnt mit dem Thema aus der „Love Story" und steigert das hohle Sextengeklingel dieser Schnulze bis zur Parodie, wobei sie mit der linken Hand wuchtige Akkorde dagegensetzt. Während im Diskant das süßliche Lied verhallt, wächst aus dem Baß Gershwins „Summertime" hervor und mündet über einige Takte der „Rhapsody in Blue", die bei Miss Donegan ein Begleitorchester total überflüssig machen, in „The Man I Love". Aber das ist für sie kein gefühlvoller „torch song", das ist ein Naturereignis wie ein Wirbelsturm. Die Zuhörer, nahe am Rand der Massenhysterie, ertrampeln sich eine Zugabe, die sie im Stehen gibt. Danach verläßt sie, die Arme erhoben wie ein siegreicher Boxer nach dem Fight, das Podium.



Ein Kraftwerk am Klavier: Dorothy Donegan FOTO: ANP

Sie legt ihr Spiel bewußt, ein wenig zu aufdringlich vielleicht, auf sensationsheischende Effekte an. Das geht auf Kosten der leiseren Töne, die Oscar Peterson mit seinem Trio am letzten Tag nachliefert. Mit dem Bassisten Niels Henning Orsted-Pedersen und dem Schlagzeuger Martin Drew hat sich ein Ensemble zusammengetan, dem man kaum etwas Besseres in seiner Art gegenüberstellen kann. Auf dem Weg in den „Prins-Willem-Alexander-Zaal", der für die Großmeister des Jazz reserviert ist (für die hier stattfindenden Darbietungen muß man eine weitere Karte lösen), vermischt sich der Duft von frischem Kuchen mit Heringshappen und verdirbt den Appetit auf beides. Zuhörer, in ihre Veranstaltungskalender vertieft, rempeln einander an; man muß aufpassen, daß das Brötchen auf dem Pappteller bleibt, das Bier nicht aus dem Becher schwappt.

Der PWA-Zaal ist nahezu ausverkauft, als Chick Corea und Gary Burton auftreten. Im Vergleich zu Miss Donegan wirkt Corea wie ein intellektueller Asket, der auf dem Instrument impressionistische Töne von höchster Poesie anschlägt. Zwischen ihm und dem Vibraphonisten Burton entwickelt sich bei den vordergründig so simplen „Children's Songs" ein sensibler, fast zärtlicher Dialog. Der Zyklus wird, dem Publikum sei's gedankt, nicht durch Zwischenapplaus unterbrochen. Ihr Vortrag, bei dem auch jeder als Solist brillierte, war einer der Höhepunkte des Jazz-Marathons.

In der Fülle des Angebots floß so manches kleinere Ensemble den Mainstream hinunter, ohne bemerkenswerte oder gar aufregende Wellen zu schlagen. Experimente oder das, was ihre Interpreten dafür hielten, wurden teilweise auf die Dachterrasse verbannt. Hier gaben sich das „Art Ensemble of Chicago", der Pianist Yosuke Yamashita, nach dessen Vortrag ein Klavierstimmer reichlich zu tun hatte, und das „Charles Lloyd Quartet" ein Stelldichein. Saxophonist Lloyd scheint auf seine Entdeckung als Bewegungsclown aus zu sein. Der eigentliche Star in seinem Ensemble ist der Pianist Michel Petrucciani, ein Künstler von zwergenhafter Gestalt, der Begeisterungsstürme hervorrief.

Kurioses am Rande: das Baß-Duo Slam Stewart und Major Holly, das den gestrichenen Kontrabässen knarzende Töne entlockt, aus denen man nur dank ihrer vorhergehenden Ansage eine zusammenhängende Melodie erkennen kann. Da hilft es auch wenig, wenn die alten Herren ganz im Stil der „Swingle Singers" scatsingenderweise den Song zu stützen versuchen. Eine skurrile Etüde war's allemal – wenn nur nicht die Magenwände so mitzittern würden.

Ein besonderes Instrument pflegt die Amerikanerin Corky Hale, weswegen ihr im Jazz die ganz große Popularität wohl versagt bleiben wird: Die Harfe. Sie läßt die Engels-Saiten swingen, stößt aber bald an die Grenzen der dynamischen Möglichkeiten, was ihren Songs durchweg einen romantisch verschwommenen Sound verleiht.

Rund 600 Interpreten spielten 31 Stunden lang auf. Aufregende Neuentdeckungen waren nicht auszumachen. Dem Nachwuchs keine Chance – hier, inmitten des Großaufgebots der Meister, hätte er sie ohnehin schwerlich gefunden. Die wurden ihrem Ruf jedenfalls gerecht, und das Publikum war zufrieden.

Die Organisation klappte vorzüglich; zeitliche Verschiebungen einzelner Konzerte wurden geduldig hingenommen. Nur an eines hatten die Veranstalter nicht gedacht (oder nicht für nötig befunden): Die meisten Programmansagen fanden in der Landessprache statt. Da wäre es doch eine nette Geste den internationalen Gästen gegenüber gewesen, zwischendurch auf das allgemein verständlichere Englisch zurückzugreifen, zumal ja ausdrücklich zum „North Sea Jazz Festival" eingeladen worden war . . .

RAINER NOLDEN

JOURNAL

Paris veranstaltet sein 18. Sommerfestival

AFP, Paris

Einen Streifzug durch die Musik – von Rameau bis Dutilleux – bietet das 18. Sommerfestival von Paris vom 15. Juli bis 20. September. Veranstaltungsorte sind sowohl die traditionellen Konzertsäle wie die Metrogänge und die Schiffe, die Besichtigungsfahrten auf der Seine unternehmen. Bevorzugter Komponist dieses Festivalsommers ist der Franzose Henri Dutilleux, dessen jüngste und bekannteste Werke – darunter „Timbres, espace, mouvement" und „Les metaboles" – aufgeführt werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Werk des vor 300 Jahren geborenen Jean Philippe Rameau (1683–1764).

Neugründung einer theologischen Zeitschrift

dpa, Berlin

In Berlin ist eine neue kirchliche evangelische Zeitschrift gegründet worden. Die „Berliner Theologische Zeitschrift" wird als Halbjahresperiodikum im Wichern-Verlag erscheinen. Sie wird herausgegeben im Auftrag der Kirchlichen Hochschule Berlin; Chefredakteur ist Klaus-Peter Jörns. Die Neugründung geht aus dem bisherigen Jahrbuch der Kirchlichen Hochschule hervor. Das erste Heft soll Weihnachten 1983 vorliegen.

Literarisches Erbe in der Akademie der Künste

AP, Berlin

Insgesamt 60 Schriftsteller-Nachlässe umfaßt das literarische Erbe, das die Akademie der Künste der „DDR" gegenwärtig bewahrt und betreut. Dazu gehören unter anderem die Nachlässe von Bertolt Brecht, Johannes R. Becher, Heinrich Mann, Leonhard Frank, Günther Weisenborn und Arnold Zweig. Mit 4500 Bänden und 1200 Zeitschriften ist die Bibliothek des marxistischen Literaturhistorikers und -kritikers Paul Rilla (1896–1954) die größte Nachlaßbibliothek der Akademie. Sie soll noch in diesem Jahr für Benutzer geöffnet werden.

Pforzheim zeigt den Goldschmied Th. Wende

DW. Pforzheim

Zum hundertsten Geburtstag von Theodor Wende zeigt das Schmuckmuseum in Pforzheim unter dem Titel „Ein Gold- und Silberschmied zwischen den Zeiten" eine Übersicht über sein Werk. Wende, in Berlin geboren, wurde 1913 als eines der letzten Mitglieder von Großherzog Ernst Ludwig von Hessen in die Künstlerkolonie Mathildenhöhe berufen. Von 1921 bis 1951 lehrte er an der Badischen Kunstgewerbeschule Pforzheim. In seinen Arbeiten spiegeln sich die verschiedenen Zeitströmungen vom Jugendstil über Art Déco, Kubismus bis zum Konstruktivismus. Die Ausstellung ist bis zum 21. August zu sehen.

Ungarn klagt über steigenden Buchdiebstahl

rst. Budapest

Die ungarische Presse bedauert den steigenden Bücherdiebstahl in ungarischen Buchläden und Bibliotheken. In der Tageszeitung „Magyar Nemzet" ging man der Frage nach, welche Bücher am meisten gestohlen werden. Die überraschende Antwort: Es sind vor allem solche, die sich mit den Ereignissen der Zeitgeschichte beschäftigen, hauptsächlich mit Vorgängen, an die sich die jetzige Generation nicht mehr erinnert.

Gießerwerkstatt auf der Schalkenburg entdeckt

AFP, Berlin

Eine Gießerwerkstatt in Befestigungsgräben aus der Ur- und Frühgeschichte haben Mitarbeiter des Landesmuseums für Vorgeschichte Halle jetzt bei Ausgrabungen auf der Schalkenburg (Bezirk Halle) entdeckt. Bisher war unbekannt, daß derartige Werkstätten in Befestigungsgräben angelegt wurden. Die systematischen Grabungen auf der Schalkenburg seit 15 Jahren erbrachten bereits viele neue Erkenntnisse zur Siedlungsstruktur und insbesondere zur Befestigung bronzezeitlicher Wohnstätten.

Auszeichnungen für Sänger und Schauspieler

RMB, München

Die Auszeichnung „Bayerische Kammersängerin" bzw. „Bayerische Staatsschauspielerin" oder „Bayerischer Staatsschauspieler" zu führen, wurde in diesem Jahr in München an Mirella Freni, Lucia Popp, Ursula Lingen, Hans-Jürgen Diedrich und Nikolaus Paryla verliehen.

Bettina Hürlimann †

dpa, Zürich

Die Verlegerin und Schriftstellerin Bettina Hürlimann ist kurz nach ihrem 74. Geburtstag in Zollikon bei Zürich gestorben. Bettina Hürlimann, die 1909 in Weimar als Tochter des Verlegers Gustav Kiepenheuer zur Welt kam, schrieb und verlegte zahlreiche Kinder- und Jugendbücher. Mit ihrer Arbeit „Das europäische Kinderbuch in drei Jahrhunderten" wurde sie international bekannt. 1971 erhielt die Schriftstellerin gemeinsam mit ihrem Mann Martin Hürlimann, dem Gründer des Atlantis-Verlags, die Auszeichnung für kulturelle Verdienste der Stadt Zürich. Sie war Gründungsmitglied des Internationalen Kuratoriums für das Jugendbuch und gehörte der Jury des Hans-Christian-Andersen-Preises an.

Die Legion ist auf dem Rückzug

Probleme mit korsischen Autonomisten zwingen zu Verlegung eines weiteren Regimentes von der Insel ins Mutterland

Von WALTER H. RUEB

Was Dutzende von Armeen der ganzen Welt, was Berberstämme, Senegalesen, Indios, Krimtartaren, Kambodschaner, deutsche Wehrmacht und Rote Armee nicht schafften, hat die korsische Befreiungsfront fertiggebracht: Die französische Fremdenlegion kapitulierte vor ihr und zieht sich von der Insel auf das französische Festland zurück.

„Corte beweint seine Legion" überschrieb Frankreichs größte Zeitung seinen ganzseitigen Bericht über das Unglaubliche, das schon in Kürze Tatsache wird: 200 Männer der legendären Truppe verlassen unter dem Druck der korsischen Autonomisten die Garnisonstadt Corte im Herzen der Insel. Die Region beklagt die wirtschaftliche Katastrophe, im südfranzösischen Nimes aber bereitet die Bevölkerung einen herzlichen Empfang für die „Képi blancs" vom 2. Infanterieregiment der Fremdenlegion vor. Sie hat dazu allen Grund: Ihre Stadt wird zu einer Goldgrube, geben die Legionäre doch monatlich rund sieben Millionen Mark aus – in Bars, Restaurants, Tanzschuppen, Kaufhäusern, Kinos, beim Glückspiel und bei leichten Mädchen.

Der überraschende Abzug des legendären Regiments der Legion von der unruhigen Insel ist für Eingeweihte eigentlich keine Überraschung: Die Zeit der Liebe zwischen Korsen und Fremdenlegionären war schon vor mehr als zwei Jahrzehnten nach der Ankunft der Elitetruppe auf der „Insel der Schönheit" nur von kurzer Dauer.

Die Legion war nach dem Verlust ihrer alten Garnisonen im unabhängig gewordenen Algerien über die neue Bleibe glücklich. Zwar waren Corte, Bonifacio und Calvi auf Korsika nicht mit Sidi-Bel-Abbès, Mascara und Sétif jenseits des großen Wasser zu vergleichen, doch langsam lebte sich die Truppe ein, begann sich heimisch zu fühlen.

Doch die Insel dürstete nach Autonomie, nach Freiheit, nach Unabhängigkeit – und die Legion als harte Faust des französischen Mutterlandes stand ihr dabei bald im Wege. Nur zu schnell bekamen die Korsen zu spüren, was es heißt, sich mit einer Truppe anzulegen, die ihr Motto „Ehre und Treue" stets nach der Devise „Hoffnung und Aufopferung" hochhält.

Hatten die Korsen sich anfangs beim Gedanken an die guten Geschäfte mit der Legion noch die Hände gerieben, so begannen sie diese bald zu Fäusten zu ballen. Stets war die Legion zur Stelle, wenn die verhaßten Abgesandten von Paris sich nicht mehr zu helfen wußten und die Herrschaft des französischen Mutterlandes zu wanken begann.

Rasche Sinnesänderung

Im Sommer 1978 kehrten die Fallschirmjäger der Fremdenlegion ruhmbedeckt aus dem Süden Zaires nach Korsika zurück. Stürmisch feierte die Bevölkerung die „Retter der Weißen", die „Helden von Kolwezi" und den „Stolz der französischen Armee". Wenige Monate später aber waren die Transparente über den engen Gassen in Korsikas Städten verblaßt. Jetzt hingen frische Transparente an den Häuserwänden. „Fremdenlegion raus" stand darauf – vielfach neben Totenkopf und Hakenkreuz.

Geschickt schürten die Autonomisten die Stimmung gegen die Legion. Sie hatten leichtes Spiel: Desertionen mit Diebstählen von Waffen und Booten, Einbrüche und Vergewaltigungen, Plünderungen und Morde waren immer wieder willkommene Anlässe.

Bei der Beerdigung von zwei Opfern eines desertierten Legionärs kam es in Corte erstmals zu Demonstrationen gegen die Legion. Auf das Gebäude der Unterpräfektur wurde geschossen, die Wirte zahlreicher Lokale verweigerten den Gästen mit dem weißen Käppi den Zutritt. Die Regierung in Paris zog Konsequenzen und verlegte schon vor Jahren eine Ausbildungseinheit auf das Festland. Auf der Insel blieben von der Legion nur mehr die Fallschirmjäger in Calvi, die Infanteristen in Corte und eine Einheit in Bonifacio am Südzipfel der Insel.

Vorübergehend gelang es der Legion anschließend, sich aus den Schlagzeilen zu stehlen. In Korsika hatte man sowieso andere Probleme. Angesichts zunehmender Gewaltanwendung der Autonomisten war die Mehrheit der Korsen froh, daß wenigstens die Legion noch da war. Sie wurde Garant der Ordnung, sorgte dafür, daß Bombenterror, politische Instabilität und Ungewißheit nicht die Oberhand gewannen.

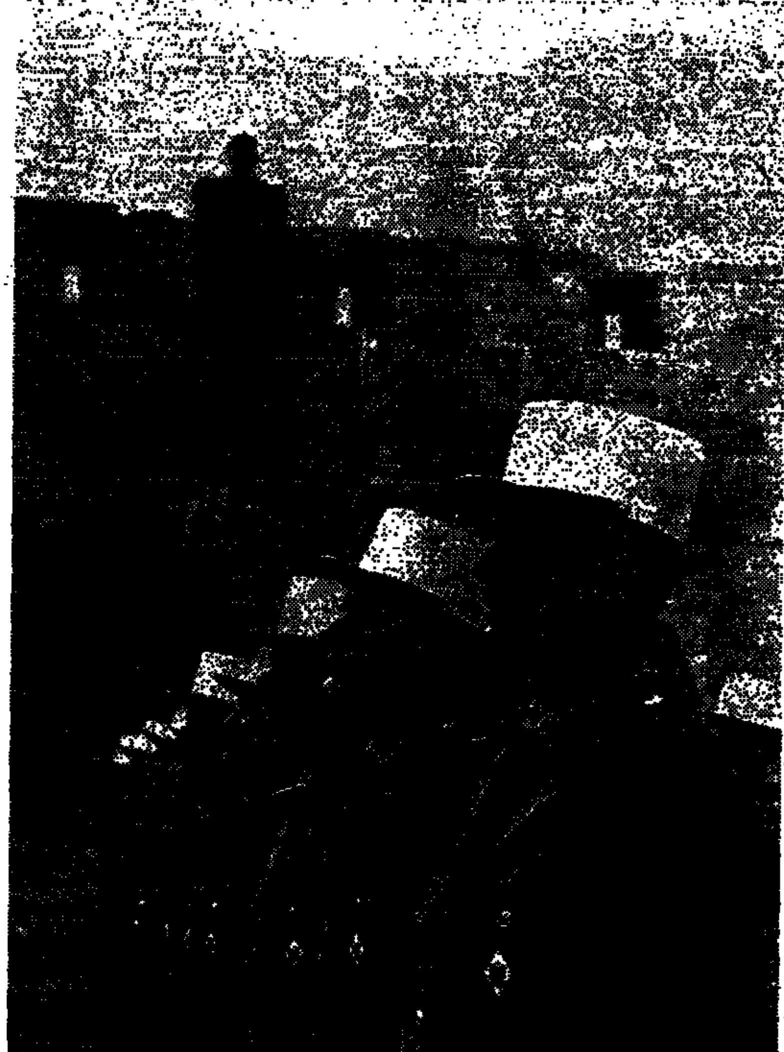
Zweifel über das Fortbestehen der legendären Truppe aber kamen auf, als Sozialisten und Kommunisten in Paris die Macht übernahmen: Schließlich war deren Abneigung gegen die Legion bekannt. Doch aus der angedrohten Auflösung der Fremdenlegion wurde nichts. Die neuen Machthaber in Paris hatten nämlich schnell erkannt, wie billig die Truppe, doch von welch unschätzbarem Wert sie für das Land war ...

Eine Zeichen aus Paris?

Immerhin dient ein Legionär laut Vertrag wenigstens fünf Jahre lang, bekommt nur geringen Sold, ist stets und überall einsatzbereit, und nirgends in Frankreich erhebt sich Protest gegen das Vergießen französischen Blutes und die Aufopferung eigener Söhne. Schließlich füllen nach wie vor lediglich Ausländer die Reihen der Legion.

Die Tränen in Corte und der Jubel in Nimes sind indessen keine Antworten auf Fragen nach den wirklichen Gründen der Verlegung der ältesten Einheit der Legion von Korsika nach Frankreich. Wollte Präsident Mitterrand den korsischen Autonomisten entgegenkommen? Wollte Paris ein Zeichen des Nachgebens setzen? Ist die Verlegung eine Bestrafung der aufmüpfigen Korsen, eine Belohnung der regierungstreuen Südfranzosen?

Die Antworten auf diese Fragen interessieren die Männer vom 2. Infanterieregiment am wenigsten, heißt doch der Leitspruch der legendären Armee „Legio patria nostra" – „Die Legion ist unsere Heimat". Was bedeuten da Sidi-Bel-Abbès, Corte oder Nimes einem Legionär?



Die „Képi blancs" auf Korsika: Nicht überall, wo die Legionäre erscheinen, verbreiten sie Angst und Schrecken. Immerhin werden ihre Garnisonsstädte zu Goldgruben für die Bewohner. FOTO: DEPARDON/STUDIO X

Blankes Entsetzen über kontinentale Blößen

FRITZ WIRTH, London

Vom Kontinent – das lernt jeder Brite in der Schule – kommt das Ungemach. Der Rechtsverkehr und die Maul- und Klauenseuche, ungenießbares Frühstück (continental breakfast) und das Dezimalsystem, Butterberge und die Tiefdruckgebiete, ausgedörrte Humorlosigkeit, die Tollwut und der Sex. Mit allem haben sie im Laufe der Jahrzehnte zu leben gelernt, bis eben auf den Sex, dessen vielfältigen und selbst unschuldigen Erscheinungsformen sie sich nur selten zu öffnen vermögen.

Es kann kein Zufall sein, daß das Theaterstück „No sex please, we are British" nun schon seit mehr als zehn Jahren der publikumswirksamste Renner im Londoner Westend ist. Der Brite verwahrt sich immer noch entschieden gegen die öffentliche Darstellung gediegener Körperformen. Sex trägt, ebenso wie die Zigarettenschachteln, in diesem Lande eine quasi regierungsamtliche Warnung, daß er der Gesundheit schade. Es ist, als habe es die vielgelästerte „permissive society" niemals gegeben und als seien die „swinging sixties" mit ihrem Jugendkult eben niemals mehr als die Trockenübung einer Generation gewesen, die Sex mit den Kriterien der Fleischer-Innung mißt: Gut abgehangene Ware ist die bekömmlichste.

Nun fügte es sich, daß mit dem meteorologischen Hoch vom Kontinent her auch taufrische Knabberware an englische Strände angelandet wurde. So waren in englischen Seebädern zwischen Brighton und Torbay plötzlich mitteleuropäische textilfreie Busen zu besichtigen. Diese Art, den Körper der Sonne preiszugeben, der in Mitteleuropa prosaisch mit der Formel „oben ohne" umschrieben wird, wurde in England sehr schnell mit seiner Herkunft identifiziert. Nackt oder halbnackt Baden ist in diesem Land unter der Formel „to go continental" in den Sprachgebrauch aufgenommen worden. Und wer die Skepsis der Briten gegenüber allem Kontinentalen kennt, begreift sehr schnell, daß unausgesprochen in dieser Formel die alte puritanische Hausordnung mitschwingt: „Man tut so was nicht." Entblößter Busen ist in diesem Lande bestenfalls als auflagentreibendes Element auf der Seite 3 britischer Massenzeitungen vorstellbar, nicht aber in naturfrischer Form an britischen Stränden.

So sah sich denn beispielsweise in der letzten Woche die Polizei von Torbay mit einigen Damen konfrontiert, die behaupteten, das Oberteil ihres Bikinis daheim vergessen zu haben. Nun gibt es gegen derartige Vergeßlichkeit in diesem Lande ein mehr als hundert Jahre altes Gesetz aus Viktorianischen Tagen, das bereits die Freilegung einer Damenfessel als unzüchtig begreift.

Die Polizei von Torbay beschloß nun kühn, dieses greise Auge des Gesetzes zu schließen, und legte den kontinentalen Busen-Freischälern Diskretion, aber keine Enthaltung nahe. Es sei lediglich wünschenswert, derart entblößt nicht zum Biere in ein Pub zu eilen. Das wiederum brachte die Fremdenverkehrsbosse von Torbay in ein Dilemma: Sollten sie laute und lustvolle Entrüstung zeigen und damit den Zulauf zu ihren Küsten weiter fördern oder sich der Lobby der Puritaner beugen, die um Torbays Ruf als Familienbad fürchten? Der beste Ausweg scheint ihnen, dieser Invasion des Sex vom Kontinent her wie der Invasion der Tollwut zu begegnen: mit einer Quarantäne.

Im Seebad Brighton, das schon seit Viktorianischen Tagen den heimlichen Ruf genießt, Zielpunkt von Sternfahrten in ein „dirty weekend" all jener höheren Angestellten zu sein, die die außerberuflichen Fähigkeiten ihrer Sekretärinnen testen möchten, gibt es diese Nudisten-Quarantäne bereits seit einigen Jahren.

Bevor dieses Duell zwischen den Puristen des Sonnenbadens und den Puritanern Viktorianischer Kleiderzucht grundsätzlicher und tiefgreifender Lösung bedarf, hoffen die Ordnungshüter der guten britischen Strandsitten kurzfristig auf eine natürliche Lösung. Sie warten auf ein neues Ungemach vom Kontinent, auf ein Tiefdruckgebiet, das eine gesetz- und gewaltfreie Flucht zurück in altbewährte Textilien auslöst.

LEUTE HEUTE

Schlechte Erfahrung

Nur noch eine Operation am offenen Herzen kann Filmstar **Burt Lancaster** (69) retten. Das haben die Ärzte des „Cedars Sinai Hospital" von Los Angeles dem Filmstar erklärt. Lancaster aber will sich nicht operieren lassen. Grund für die Angst ist die Erinnerung an eine Gallenblasenoperation im Februar 1980. Damals lag der Filmstar elf Stunden auf dem Operationstisch.

Miß aus Neuseeland

Die 19 Jahre alte Neuseeländerin **Lorraine Downes** (Foto) ist im amerikanischen St. Louis zur neuen Miß Universum gewählt worden. Den zweiten Platz belegte die Amerika-



nerin **Julie Hayek** und den dritten die Irin **Roberta Brown**. Lorraine Downes nahm die Insignien ihrer neuen Würde von der bisherigen Titelträgerin, der Kanadierin **Karen Baldwin**, entgegen. Die Deutsche **Loana Rabecki** endete auf dem siebten Platz.

Hollywood-Star

Jacqueline Bisset (38) und ihr Russe **Alexander Godunow** (33) drehen jetzt ihren ersten gemeinsamen Film. Privat sind sich „die schönste Frau Hollywoods", wie man die englische Arzttochter genannt hat, und der Startänzer aus Moskau schon so nahe gekommen, daß sie inzwischen zusammenleben.

Auge um Auge

Englands Presserecht ist zu einem großen finanziellen Stolperstein für die kleine satirische Zeitschrift „Private Eye" geworden. Das Blatt muß dem Millionär Sir **James Goldsmith** 340 000 Mark Schadenersatz zahlen. „Private Eye" hatte behauptet, Goldsmith sei in den Skandal um den italienischen Vatikanbankier Roberto Calvi verwickelt, ohne dafür Beweise vorlegen zu können.

Entdeckung eines Hamburgers ist 1200 Lichtjahre entfernt

Junger Wissenschaftler wies riesige Gaswolke vor Doppelstern-System nach

RUDOLF MERGET, Hamburg

Erstmals ist von einem jungen deutschen Forscher eine bisher nur bei der Sonne als Protuberanz bekannte dichte Gaswolke enormer Größe über der Oberfläche eines roten Riesensterns in unserem Milchstraßensystem nachgewiesen worden. Die Entdeckung am 1200 Lichtjahre (ein Lichtjahr = 9,5 Billionen km) entfernten Doppelstern-System 32 Cyg im Sternbild Schwan machte der Doktorand Klaus Peter Schröder aus dem Hamburger Sternwarten-Team von Professor Dieter Reimers bei der Auswertung von Satelliten-Messungen.

Protuberanzen unterschiedlicher Gestalt gehören in das Gesamtbild der Oberflächen-Aktivität auf unserem Zentralgestirn ebenso wie die berühmten Flecken, Fackeln und Eruptionen. Sogenannte ruhende Protuberanzen wie in dem jetzt berichteten Fall sind den Astronomen bei der Sonne schon seit dem vorigen Jahrhundert bekannt.

Es sind „Wolken" aus relativ kühler (etwa 5000 Grad) Materie, die in der heißen Sonnenkorona (eine Million Grad) wochenlang nahezu unverändert schweben, plötzlich verschwinden und fast in derselben Form wieder auftauchen können. Wie bei allen Erscheinungen der Sonnenaktivität spielen auch hier Magnetfelder eine große Rolle und geben offenbar das Gerüst der Protuberanzen ab.

Obwohl zu vermuten, konnten Protuberanzen bei Sternen wegen der großen Entfernungen noch nie beobachtet werden. Zum überraschenden Erfolg seiner Arbeitsgruppe, so Professor Reimers, habe in diesem Fall ein Trick geführt. Die Wissenschaftler in Hamburg untersuchen seit einigen Jahren mit Hilfe des von der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa und der europäischen Weltraumbehörde (Esa) betriebenen Ultraviolett-Erforschungs-Satelliten (IUE) die UV-Spektren heißer Begleiter von roten Riesensternen in Doppelstern-Systemen.

In solchen Systemen kann man heiße Sterne der Spektralklasse B als astrophysikalische Lichtquelle zur Beleuchtung der äußeren Schichten des roten Riesensterns benutzen. Die Hamburger Gruppe hat mit solchen Beobachtungen vor allem den kontinuierlichen Massenverlust von roten Riesen aus der Spätphase eines Sternenlebens gemessen.

Besonders geeignet für ihre Beobachtungen sind Doppelstern-Systeme, bei denen der kleine B-Stern bei seinem Umlauf um den fast hundertmal größeren Riesenstern regelmäßig hinter den zur K-Klasse gehörenden roten Riesen tritt und dabei vollständig bedeckt wird. Kurz vor dem Eintritt in die totale Bedeckung oder kurz nach dem Austritt aus dieser scheint der B-Stern dann durch die äußesten Schichten der Atmosphäre des Riesensterns. Ein solches Sternsystem ist nun 32 Cyg. Die etwa alle drei Jahre ablaufende Bedeckung des heißen (etwa 13 000 Grad) B-Sterns durch den 180 Sonnen-Durchmesser großen, relativ kühlen (etwa 4000 Grad) Riesen wurde im Frühjahr 1981 intensiv von einer Nasa-Gruppe am Goddard Space Flight Center und von dem Hamburger Team beobachtet.

Bei der genauen Analyse dieser Daten fand nun Klaus-Peter Schröder, daß etwa fünf Tage nach dem Hervortreten des B-Sterns hinter dem Rand des roten Riesen das Licht des B-Sterns erneut für ca. vier Tage durch eine Wolke verdunkelt wurde. Die genaue Auswertung der Messungen ergab, daß sich eine gigantische, verhältnismäßig kühle Protuberanz-Wolke mit einer Größe von einem Drittel des Riesenstern-Durchmessers ins Bild geschoben hatte.

Rechenkünstler holten viermal Gold

CONSTANZE KNITTER, Paris

Vier junge Deutsche gewannen Goldmedaillen bei der 24. Internationalen Mathematik-Olympiade in Paris und holten sich damit knapp die Hälfte der neun ersten Peise. Auch in der Gesamt-Länderwertung gelangten die jungen deutschen Mathematik-Genies auf den ersten Platz.

Insgesamt beteiligten sich an der zum ersten Mal in Paris ausgetragenen Internationalen Mathematik-Olympiade 192 Teilnehmer aus 32 Ländern. Am Montagabend nahmen die Sieger des Rechenwettbewerbs im großen Auditorium der Pariser Sorbonne aus den Händen des Kabinett-Direktors des französischen Erziehungsministers Alain Savary ihre Goldmedaillen, Diplome und Erinnerungsgeschenke an die Olympiade entgegen.

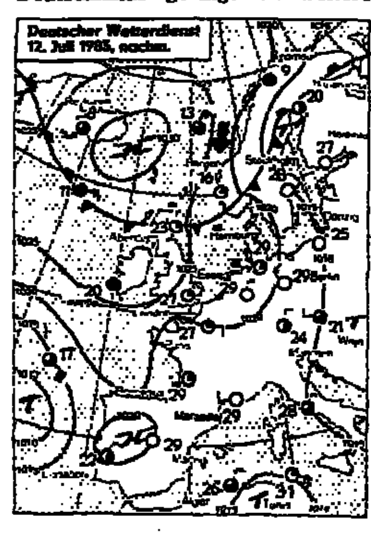
Bernhard Leeb (17) aus Kelkheim im Taunus, der Jüngste der sechsköpfigen deutschen Mannschaft, erhielt außerdem einen Spezialpreis für die Lösung einer „Ungleichung", der schwierigsten von insgesamt sechs gestellten Aufgaben.

Die Teilnehmer der Mathematik-Olympiade mußten an zwei Tagen in jeweils viereinhalb Stunden sechs von einer internationalen Jury gestellte Aufgaben lösen. Dazu gehörten Funktional-Gleichungen, Geometrie, Zahlentheorie, kombinatorische Geometrie, Kombinatorik und Ungleichungen.

Der Berliner „Goldjunge" Daniel Grieser (19) machte erst Weihnachten sein Abitur und studiert jetzt an der Freien Universität Berlin Mathematik und Physik. Der jüngste Goldmedaillengewinner, Bernhard Leeb, geht in Kelkheim noch zur Schule. Die beiden anderen Sieger, Michael Stoll (19) aus München und Frank Wagner (18) aus Laufenburg, haben gerade ihr Abitur gemacht und wollen später Mathematik studieren. (SAD)

WETTER: Hochsommer

Wetterlage: An der Südostflanke eines Hochs mit Schwerpunkt bei Island wird trockene und sehr warme Luft nach Deutschland geführt. Der Norden Deutschlands gelangt im weiteren Verlauf in den Zustrom etwas kühlerer Luftmassen.



Vorhersage für Mittwoch:

Gesamte Bundesrepublik: Im Nordseeküstenbereich morgens Nebel oder Hochnebel. Sonst überwiegend sonnig und trocken. Nur im Südosten Deutschlands nachmittags und abends örtlich Wärmegewitter. Höchste Temperaturen 28 bis 33 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Norden wolkig, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	29°	Kairo	34°
Bonn	29°	Kopenh.	27°
Dresden	26°	Las Palmas	23°
Essen	29°	London	27°
Frankfurt	29°	Madrid	29°
Hamburg	29°	Mailand	27°
List/Sylt	20°	Mallorca	31°
München	24°	Moskau	26°
Stuttgart	26°	Nizza	28°
Algier	28°	Oslo	26°
Amsterdam	28°	Paris	27°
Athen	27°	Prag	26°
Barcelona	27°	Rom	28°
Brüssel	27°	Stockholm	29°
Budapest	22°	Tel Aviv	32°
Bukarest	26°	Tunis	31°
Helsinki	27°	Wien	21°
Istanbul	26°	Zürich	26°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.21 Uhr, Untergang: 21.34 Uhr; **Mondaufgang:** 10.15 Uhr, Untergang: 0.14 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Das Museum im Spessart pflegt nur eine Mär

H. H. KANNENBERG, Lohr

Der Steckbrief des Wegelagerers Veit Krämer hängt an der Wand des „Wirtshauses im Spessart". Im Sommer 1812 rollte sein Kopf in Heidelberg in den Korb des Scharfrichters. Mit ihm starben seine Spießgesellen Georg Philipp Lang („Hölzerlips"), Friedrich Schütz („Mannefriedrich") und Andreas Petry. Sie hatten bei einem Raubüberfall einen Kaufmann erschlagen. Die Physiognomie des Spessarträubers Krämer soll, so Werner Loibl nach alten Quellen, „nicht unsympathisch gewirkt haben, nicht wie Räuber Hotzenplotz". Er muß es wissen, denn er ist „Hausherr" für die seit Wilhelm Hauff und Kurt Hoffmann („Das Wirtshaus im Spessart") legendären Spessarträuber.

Sein Spessart-Museum im Stadtschloß von Lohr am Main beherbergt seit kurzem eine Spezialabteilung für Deutschlands romantischste Räuberlegende, in der Dichtung und Wahrheit, Historie und Phantasie zu einem reizvollen musealen Ferienabenteuer verwoben sind. Hauptaussage der dokumentarischen Asservate ist allerdings: Hauffs literarisch überhöhte Spessart-Räuberbande hat es – in „romantischem" Sinne – nie gegeben.

Wie es wirklich war im düsteren Spessartwald zwischen 1500 und 1850 mit den Räubern, ist – wegen weitgehend unausgewerteter Quellen – nur spekulativ zusammenzureimen. Tatsache ist: Hauptoperationsfeld der räuberischen Mordbanden war die 1615 in Betrieb genommene Post- und Handelsroute Frankfurt–Würzburg–Prag.

Die „alten" Spessarträuber des 17. und 18. Jahrhunderts waren keine „Sozialrebellen" à la Schinderhannes. Es waren arme Bauernburschen, die in den kargen Streifendörfern kein Auskommen fanden, Hungerleider ohne Alternative, „no future"-Leute ohne Perspektive. Loibl: „Die meisten zwang die Not auf die Straße!" Wie viele Kaufmannszüge sie überfielen, wie viele Morde sie begingen, wie hoch die Beute war – es ist summarisch nirgendwo festgehalten.

Daß die Straße durch den Hochspessart zu jener Zeit Deutschlands gefährlichste Handelsroute war, ergibt sich aus Details, die Loibl im Museum zusammengetragen hat. Beispielsweise das überlieferte Stoßgebet der Nürnberger Kaufleute: „Mein Gott, mein Gott, verlaß mich nit. Ich heule, denn alle Hülfe ist fern. Ich bin ein Wurm und kein Mensch mehr. Mein Herz wie verschmolzenes Wachs – eile mir zu helfen. Du hast mir aus dem Mutterleib geholfen. Du wirst mir auch durch den Spessart helfen. Amen."

Der Kernpunkt der Räuberlegende, das „Wirtshaus im Spessart", entstand 1686. Es stand in Rohrbrunn, fast im Tal. Inhaber war der kurfürstliche Oberjäger Melchior Uzuber. Sein Haus, die „Uzuberei", wurde 1688 Poststation. Wer die Straße Frankfurt–Würzburg–Prag benutzte, machte hier halt. Für die Spessarträuber ohne Zweifel ein günstiger Ort (Rotwelsch: „Kochemer bayes"), um Gelegenheiten auszubaldowern. Ob das Wirtshaus selbst je Schauplatz eines spektakulären Raubüberfalles war, ist nicht überliefert. 1790 wurde die „Uzuberei" aufgegeben und abgerissen. Später entstand auf der Paßhöhe über Rohrbrunn ein neues „Wirtshaus im Spessart", das jedoch in den Nachkriegsjahren der Autobahn weichen mußte. Mit den Räuberlegenden hatte es nichts zu tun.

Als Hauff im Mai 1826 durch den Spessart reiste (auf der Fahrt von Frankfurt nach Nördlingen, wo er seine Braut besuchen wollte), war die „Uzuberei" nur noch Erinnerung. Räuber-Forscher Loibl: „Die Idee zu seinem Wirtshaus im Spessart hat er vermutlich aus Erzählungen von Mitreisenden aufgeschnappt." In Lohr jedenfalls soll er übernachtet und eine (seit dem letzten Krieg verschollene) Postkarte an seinen Bruder geschrieben haben.

Nach dem napoleonischen Befreiungskrieg war im Spessart eine neue „Räuber"-Generation auf den Plan getreten: Kriegsversprengte, Marodeure, Vaganten. Für sie war der Spessart als Operationsfeld ideal. Hier stießen drei Länder zusammen: Bayern, Hessen, Baden-Württemberg. Hier boten die nach wie vor unwegsamen Wälder Unterschlupf. Loibl: „Die Banden wechselten jetzt von einem Land ins andere. Sie verübten ihre Überfälle heute in den Spessartdörfern, morgen im Odenwald, übermorgen westlich des Rheins. Sie waren nicht mehr nur arme Teufel, sondern oft Kriminelle!"

Das Lohrer Spessart-Räubermuseum beschwört ihr Andenken mit Steckbriefen, Votivtafeln, Folterinstrumenten und alten Polizeirapporten. Die Hauffsche Räuberromantik aber ist bühnenhaft inszeniert – mit einer altfränkischen Wirtsstube, die aus der alten Uzuberei stammen könnte, und einem Postkutschenüberfall unter echten Spessartbuchen.

119 Tote bei Absturz in Ecuador

A

Beim Absturz des ecu schen Verkehrsflugzeugs Montagabend in der An Cuenca alle 119 Insassen u gekommen. Nach Anga Luftfahrtbehörde prallte di 737 der staatlichen Flugges TAME beim Landeanflug nen Berg und ging in Flam Das Flugzeug befand sich Weg von der Hauptstadt Q Cuenca. An Bord waren l giere, darunter ein Baby, u Besatzungsmitglieder.

Eine Rundfunkstation h meldete, dem Absturz sei plosion an Bord der Masc ausgegangen. Der Direkt villuftfahrt, General Edu ran, wollte sogar einen Sab nicht ausschließen, begrün Verdacht jedoch nicht näh sagte, die Maschine sei di gewesen, über die die Fl schaft verfügt habe. Das wurde als das schwerst Geschichte der Zivilluft Landes bezeichnet.

Brücke „schmolz"

AP, F

Die Sommerhitze hat den Menschen, sondern a Frankfurter Brücke sc schaffen gemacht. Am frü tagabend mußte die Frank lizei die Ober-Main-Brück rere Stunden sperren, nac der Fahrbahnbelag bei 4 der Sonne zu lösen begonn

Schütze stellte sich

d

Zwei Tage nach dem To auf einen zehnjährigen J der Sozial-Wohnsiedlung „ neuve" bei Paris hat ein Fa ter die Tat gestanden, nac Polizei die Waffe – ein Luft in seiner Wohnung gefund Er soll nach Zeugenauss reits öfter auf spielende K schossen haben.

Hubschrauber exploc

AP

Beim Absturz eines Hu bers der philippinischen L vor der Küste der Insel M sind gestern alle 13 Insas Leben gekommen. Dem Ab eine Explosion vorausg hieß es.

Schatz im Grab

Ein 2400 Jahre alt mehr als 7000 we Bronze- und Bam den ist in dem Gra schen Feudalherren Yi vinz Hubei entdeckt wo Grab des Fürsten, so die tung „China Daily", sei vo bern mit den sterblichen sten junger Frauen umge denen es sich wahrschein die Konkubinen Yis g habe.

Brand im Kloster

dpa, Ei

Bei einem Brand im Klo siedeln im Kanton Schwyz Montagabend die oberen S ke der Statthalterei, We und die Wäscherei verniel den. Der Schaden geht in di nen.

Vierzehn Haftbefehle

dpa, F

Im Zusammenhang mit mordung des Carabinieri-G und ehemaligen Polizeipr von Palermo, Carlo Albert Chiesa, wurden 14 Haftbef gen die mutmaßlichen Tä Hintermänner erlassen, nac der vergangenen Woche ein suchungskommission ihr richt vorgelegt hatte. Zu d traggebern des Mordes soll Greco gehören, genannt Papst" und unumstrittener C Mafia-Clans von Palermo.

Raketentransport verunglü

dpa, Pir

Drei Luftabwehrraketen v Hawk sind beim Unfall eines portfahrzeugs der US-Arm Montagabend bei Weselberg Pirmasens) beschädigt word ne der drei Raketen brach b Unfall auf. Die Ladung wur gestern morgen mit Spezialf gen geborgen und abtransp

Giftalarm am Bodense

AP, Über

Eine größere Chlorgaswo gestern mittag beim Brand Lagerhalle in einer Schaum fabrik in Überlingen am Bod ausgetreten. Drei Werksange wurden verletzt. Im Rundfun de die Bevölkerung im Über Stadtgebiet aufgefordert, in Häusern zu bleiben und Türe Fenster geschlossen zu halte

ZU GUTER LETZ

„Hängen ist gestorben, nicht begraben" – Überschr Londoner „Daily Telegraph" die Debatte um die Wiederein rung der Todesstrafe.